

LTW 0 Landtagswahlprogramm

Antragsteller*in: LAG Frauenpolitik
Beschlussdatum: 09.11.2016
Thema: Landtagswahlprogramm

LTW-Programm - gendergerechte Sprache

- 1 Der Landesparteitag fordert den Landesvorstand auf, das Landtagswahlprogramm
- 2 dahingehend zu überarbeiten, dass durchgängig gendergerechte Sprache verwendet
- 3 wird. Auch bei der vom Lavo geplanten sprachlichen Überarbeitung der endgültigen
- 4 Fassung sind die ausführenden Personen für geschlechtergerechte Sprache zu
- 5 sensibilisieren.

Begründung

Das LTW-Programm entspricht nicht unseren Beschlüssen bezüglich der Verwendung gendergerechter Sprache. Dies hätte vermieden werden können, wenn z. B. die Änderungen und, Streichungen der Entwürfe der Landesarbeitsgemeinschaften rückgekoppelt würden und die vorläufige Fassung des Programms rechtzeitig vor dem Landesparteitag an die Mitglieder kommuniziert worden wäre. Die vorgezogenen Checks für Finanzen und Recht sind im Ergebnis intransparent. Das Programmverfahren sollte wieder transparent, nachvollziehbar und verlässlich für alle Mitglieder sein.

LTW 1 NEUneu Landtagswahlprogramm

Antragsteller*innen:

LTW-PROGRAMM - PRÄAMBEL

- 1 Liebe Schleswig-Holsteiner*innen,
2 wir wenden uns mit diesem Programm an Sie, denn wir sind fest davon überzeugt, dass
3 es besonders jetzt auf eine klare politische Haltung ankommt. Mehr denn je müssen
4 wir gemeinsam für die Errungenschaften unserer demokratischen Gesellschaft
5 eintreten. Wir müssen deutlich machen, dass Vielfalt ein Mehrwert ist und gerade in
6 Schleswig-Holstein die Toleranz gegenüber Minderheiten ein wichtiger Teil unserer
7 Identität ist. Sie haben es unmittelbar in Ihrer Hand, denn mit Ihrer Stimme
8 entscheiden Sie, welchen Beitrag Schleswig-Holstein auch künftig für eine
9 ökologische Politik und eine gleichberechtigte Gesellschaft leisten wird, in der
10 alle Menschen in Würde und Freiheit leben können.
- 11 Als Teil der Regierung haben wir GRÜNE in Schleswig-Holstein für politische
12 Stabilität gesorgt und das Land aus der ewigen Spirale von Skandalen und ständigen
13 Neuwahlen herausgeholt. Wir haben das geschafft, weil wir auf eine Kultur des
14 Miteinanders, des Zuhörens, der Beteiligung und des Kompromisses gesetzt haben. Mit
15 diesem Auftrag und dieser politischen Haltung möchten wir Schleswig-Holstein auch
16 in den kommenden fünf Jahren regieren.
- 17 Wir haben in den vergangenen Jahren viel für unser Land erreicht. Auch für die
18 kommenden Jahre haben wir viel vor!
- 19 Wir möchten Ihnen ein klares Angebot machen:
- 20 * Wir haben 100% Erneuerbaren Strom erzeugt, jetzt brauchen wir mehr, um mit der
21 Wärme- und Mobilitätswende durchzustarten.
- 22 * Wir haben Tierschutz und Ökolandbau vorangebracht, jetzt wollen wir die
23 europäischen Agrargelder neu und besser verteilen.
- 24 * Wir haben Knicks, Mooren, Naturschutzgebieten neuen Raum gegeben, jetzt wollen
25 wir die Moore besser schützen und eine neue Strategie für Biologische Vielfalt
26 entwickeln.
- 27 * Wir haben den Haushalt saniert, jetzt wollen wir die Infrastruktur erneuern.
- 28 * Wir haben den Schulfrieden hergestellt, jetzt wollen wir die
29 Unterrichtsversorgung auf 100% bringen.
- 30 * Wir haben die Kommunen mit Geld ausgestattet, jetzt wollen wir die Kita-Qualität
31 verbessern.
- 32 * Wir haben 35.000 Geflüchteten Zuflucht in der Not gegeben, jetzt geben wir Ihnen
33 ein zweites Zuhause.
- 34
- 35 *Wir GRÜNE haben die Frauenhäuser und -beratungsstellen, die Ausbildung in der
36 Pflege und die Krankenhäuser gestärkt, jetzt bauen wir sie weiter aus.
- 37 * Wir haben die Bürgerrechte gestärkt, jetzt kämpfen wir für den Schutz der
38 Privatsphäre und Rechtsstaatlichkeit im Netz.

39

40 * Wir haben eine Digitalstrategie formuliert, jetzt werden wir die Digitalisierung
41 von Wirtschaft und Gesellschaft gestalten.

42 Wir GRÜNE kämpfen für unsere Visionen mit einem klaren Kompass. Unsere Politik ist
43 ökologisch, gerecht und weltoffen. Sie schützt natürliche Ressourcen, fördert
44 sozial-ökologische Innovationen und Kreativität, denkt generationenübergreifend,
45 steht für Demokratie und Freiheit.

46 Wir können verstehen, wenn der eine oder die andere sich mit Blick auf diese
47 politischen Zeiten entmutigt fühlt. Wir bitten Sie, nicht den einfachen Weg zu
48 wählen oder denen Glauben zu schenken, die auf schwierige Fragen die schlichtesten
49 Antworten haben. Unser Programm ist visionär aber nicht utopisch, mutig aber nicht
50 leichtsinnig.

51 Wir GRÜNE wollen auch über Ihre Wahlentscheidung hinaus mit Ihnen gemeinsam an
52 einer Stärkung unserer Demokratie arbeiten. Überlassen Sie die Gestaltung nicht
53 Anderen, mischen Sie sich ein!

54 Wir brauchen SIE, um diese Konzepte auch umzusetzen.

55 Daher bitten wir am 07. Mai um Ihre Stimme.

LTW-Programm - ÖKOLOGISCH

1. ÖKOLOGISCH

Nord- und Ostsee, Wattenmeer, Strände, Wälder, Seen, Grünland - Schleswig-Holstein ist von einer vielfältigen und einzigartigen Natur geprägt. Die Natur ist Grundlage allen Lebens – auch für uns Menschen. Naturschutz ist kein Luxus, sondern existenzielle Notwendigkeit! Der nachhaltige Umgang mit Ressourcen ist der Kern grüner Politik. Wir haben nur diese eine Erde und treten dafür ein, dass auch unsere Kinder und zukünftige Generationen ihre eigene Zukunft auf dieser Erde frei gestalten können.

Ökologische Politik wirkt auch sozialpolitisch. Sie schützt alle Menschen vor den gesundheitlichen und wirtschaftlichen Folgen verantwortungsloser Politik.

Besonders Schleswig-Holstein wird vom Klimawandel betroffen sein: Wetterextreme und der Anstieg des Meeresspiegels werden Landschaften und unsere gewohnte Umgebung verändern. Es liegt heute in unserer Verantwortung, den Klimawandel zu stoppen. In dieser Verantwortung machen wir Politik für Schleswig-Holstein!

Wir bringen Schleswig-Holstein voran, indem wir auf Nachhaltigkeit setzen: mit Klima- und Ressourcenschutz in der Wirtschafts- und Mobilitätspolitik, mit Umwelt- und Naturschutz, mit einer Neuorientierung in der Landwirtschaft. Dabei folgen wir dem Ansatz "Global denken, lokal handeln".

Umwelt- und Naturschutz / Wir bewahren die natürlichen Grundlagen für gutes Leben und erfolgreiches Wirtschaften

Die Natur ist die Grundlage allen Lebens. Ihr Schutz ist Voraussetzung für ein gutes Leben und erfolgreiches Wirtschaften. In der vergangenen Wahlperiode haben wir mit vielfältigen Maßnahmen und Gesetzen den Schutz der Natur verbessert. Das Landesnaturschutzgesetz, der Knickschutz, Wiedervernässung von Mooren und Auenwäldern, neue Naturschutzgebiete, Naturwälder und Meeresschutz standen auf unserer Agenda. Erfolge sind sichtbar: Seeadler, Fischotter, Biber, sogar der Wolf sind wieder da. Dennoch haben wir auch erhebliche Artenverluste vor allem bei Insekten und Wiesenvögeln zu verzeichnen. Die Hälfte aller Tier- und Pflanzenarten in Schleswig-Holstein ist in ihrem Fortbestand bedroht. Es gibt noch viel zu tun: In der nächsten Wahlperiode werden wir die verschiedenen Maßnahmen in einer Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt zusammenführen, damit umfassende Erfolge zu erzielen sind. Wir wollen die kargen Straßenränder in blühende Wiesen umwandeln, die insbesondere in den blütenarmen Sommermonaten den Bienen und vielen anderen Insekten ein reichliches Pollen und Nektarangebot bereitstellen. Die Landesentwicklungsstrategie zielt auf eine Überarbeitung der Regionalpläne, um den Flächenverbrauch etwa durch Siedlungen, Straßen und Gewerbegebiete zu verringern.

Bundesweit soll der Flächenverbrauch bis 2020 auf 30 Hektar pro Tag reduziert

42 werden. Für Schleswig-Holstein streben wir eine Reduktion auf 1,5 Hektar pro Tag
 43 an. Bis 2030 wollen wir mithilfe eines intelligenten Flächenmanagements und
 44 –recyclings eine Netto-Null beim Flächenverbrauch erreichen.

45 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 2.114: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH**

46 Die Natur ist die Grundlage allen Lebens. Ihr Schutz ist Voraussetzung für ein
 47 gutes Leben und erfolgreiches Wirtschaften. In der vergangenen Legislatur haben wir
 48 mit vielfältigen Maßnahmen und Gesetzen den Schutz der Natur verbessert. Das
 49 Landesnaturschutzgesetz, der Knickschutz, Wiedervernässung von Mooren und
 50 Auenwäldern, neue Naturschutzgebiete, Naturwälder und Meeresschutz standen auf
 51 unserer Agenda. Erfolge sind sichtbar: Seeadler, Fischotter, Biber, sogar der Wolf
 52 sind wieder da. Dennoch haben wir auch erhebliche Artenverluste vor allem bei
 53 Insekten und Wiesenvögeln zu verzeichnen. Es gibt noch viel zu tun: In der nächsten
 54 Legislatur werden wir die verschiedenen Maßnahmen in einer Landesstrategie zur
 55 Sicherung der biologischen Vielfalt zusammenführen, damit umfassende Erfolge zu
 56 erzielen sind.

59 Der Schutz gesunder Böden ist integrativer Bestandteil grüner Politik. Der Boden
 60 ist das einzige Umweltmedium, bei dem alle Versuche einer europaweiten Regelung
 61 bisher gescheitert sind. Dabei sind Böden umwelt-, klima- und nicht zuletzt
 62 wirtschaftspolitisch von hoher Bedeutung. Ihre vielfältigen Funktionen sind
 63 elementar für Mensch und Umwelt. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich der Bund
 64 in Brüssel für die Einführung einer EU-Bodenschutzrahmenrichtlinie stark macht.

66 Um der Flächenversiegelung zu begegnen, werden wir Projekte zur Entsiegelung
 67 versiegelter Flächen auch in Zukunft fördern.

68 **Natur in gemeinsamer Verantwortung schützen**

69 Vertragsnaturschutz- und Agrarumweltmaßnahmen sind für uns GRÜNE wichtige
 70 Instrumente zum Schutz der Natur und der biologischen Vielfalt in der vom Menschen
 71 geprägten Kulturlandschaft. Wir werden uns weiter dafür einsetzen, sie finanziell
 72 zu stärken. Wo Freiwilligkeit nicht ausreicht, setzen wir auf gesetzliche
 73 Regelungen.

74 Die Agrarumweltmaßnahmen wollen wir über die Umschichtung der europäischen
 75 Agrarsubventionen (Flächenprämie) in einer neuen integrierten Strategie ausbauen,
 76 die Umwelt und Landwirtschaft zusammendenkt. Das dient Umwelt und Tieren und
 77 sichert das Einkommen der Bäuer*innen.

78 Die Stiftung Naturschutz, die Naturschutzverbände, die lokalen Aktionen und die
 79 Freiwilligen im ökologischen Jahr sehen wir als starke und unerlässliche Partner,
 80 die wir auch weiterhin unterstützen.

81 Viele Tätigkeiten des Naturschutzes und der Landschaftspflege sind dazu geeignet,
 82 Geflüchtete zu integrieren. Wir werden bereits begonnene Kooperationen mit
 83 Organisationen der Flüchtlingshilfe stärken und den Ausbau neuer Netzwerke
 84 unterstützen. Auf diese Weise bringen wir ökologische und soziale Aspekte noch
 85 enger zusammen.

86 Die vier bestehenden Integrierten Naturschutz-Stationen im Land leisten einen
 87 wichtigen Beitrag für den Erhalt der biologischen Vielfalt und die nachhaltige
 88 Entwicklung unserer Regionen. Wir werden eine weitere Station in der Holsteinischen
 89 Schweiz einrichten.

90 Wir verbinden Naturschutz mit Natur-Tourismus und leisten damit auch einen Beitrag
91 zur regionalen Wirtschaft.

92 Mit einem Landesprogramm „Grüne Infrastruktur“ wollen wir das Schutzgebiets- und
93 Biotopverbundsystem in Schleswig-Holstein fortentwickeln. Die Pflege kulturgeprägter
94 Lebensräume (wie z.B. Offenlandschaften oder Orchideenwiesen) oder durch
95 Nährstoffeinträge beeinträchtigter Lebensräume (wie z.B. Küstendünen) werden wir
96 sicherstellen. Gleichzeitig soll es ein Umsetzungsprogramm zur Entwicklung von
97 Wildnisgebieten auf zwei Prozent der Landesfläche (gut 31.000 Hektar) geben.

98 **Weiden, Wiesen, Knicks und Wälder**

99 Für den Knick- und Grünlandschutz haben wir in dieser Wahlperiode viel erreicht.
100 Wir werden die, zwischen Landwirt*innen und Naturschützer*innen vereinbarten
101 Maßnahmen zur Pflege der prägenden Landschaftselemente sowie die gesetzlichen
102 Bestimmungen zum Erhalt des arten- und strukturreichen Dauergrünlandes, weiter
103 fördern und ausbauen.

104 Moorschutz- und Auenprogramme des Landes sind wichtige Instrumente des
105 Klimaschutzes und der Entwicklung von biologischer Vielfalt. Vernässte Moore senken
106 den Ausstoß klimaschädlicher Treibhausgase, die Renaturierung von Auen schafft
107 wertvolle Lebensräume und schützt vor den Folgen von Hochwasser. Wir werden diese
108 Programme auch zukünftig forcieren. Ob und wie wir weitere CO₂-Senken schaffen
109 können, wollen wir prüfen: etwa Terra Preta, oder der Einsatz von Holz als Bau- und
110 Werkstoff.

111 Gemeinsam mit dem Landesjagdverband, der Arbeitsgemeinschaft Naturnahe Jagd und den
112 Naturschutzverbänden wollen wir die Grundlagen für ein modernes Jagdrecht schaffen,
113 das den Zielen des Arten- und Naturschutzes gerecht wird.

114
115 Erlegtes Wild soll verwertet werden und Tierarten, deren Bestände sehr klein oder
116 nicht stabil sind, wollen wir vor der Bejagung schützen.

117 Ein neues Waldgesetz soll die naturnahe Waldbewirtschaftung sowie den Artenschutz
118 im Wald stärken. Der landeseigene Wald hat dafür eine Vorbildfunktion. Wir werden
119 die Organisationsstruktur der Schleswig-Holsteinischen Landesforsten untersuchen
120 und gegebenenfalls umbauen. Ziel ist dabei auch eine stärkere Berücksichtigung der
121 Allgemeinwohlleistungen.

122 Hierzu gehört auch die Berücksichtigung von Bildungsaufgaben, so sollen etwa Wald-
123 Kindergärten Rechtssicherheit (z.B. durch eine baldige Änderung der
124 Landesbauordnung) erhalten und ihre Bauwagen weiterhin in Wäldern aufstellen
125 dürfen.

126 **Verantwortungsvolle Naturschutzpolitik**

127 Wir begrüßen es, dass nach vielen Jahrzehnten endlich wieder regelmäßig Wölfe durch
128 Schleswig-Holstein ziehen. Das erfolgreiche Wolfsmanagement gilt es jetzt zu
129 intensivieren und gemeinsam mit Landwirt*innen den Schutz der Schafherden zu
130 verbessern. Die Rückkehr der Wölfe hat viele Menschen verunsichert, vor allem auch
131 die Schäfer*innen. Die Ausbreitung des giftigen Jakobskreuzkrauts beunruhigt die
132 Imker*innen, die vergrößerte Seeadlerpopulation ist im Konflikt mit dem
133 Windkraftausbau, Kormorane fressen aus den Teichen der Fischer*innen, die
134 Gänsepopulationen haben sich stark vermehrt und fressen an der Westküste die
135 Erträge der Bäuer*innen. Natur zu schützen heißt auch, Zielkonflikten offen
136 gegenüber zu stehen. Wir werden diesen Situationen nicht mit einer einäugigen
137 Verordnungspolitik begegnen. Verantwortungsvolle Umweltpolitik sucht den Dialog mit

138 allen Betroffenen. Wir werden weiter Lösungen erarbeiten, auch mit finanziellem
139 Ausgleich, die sowohl der ungebändigten Natur dienen wie auch dem Sicherheits- und
140 Schutzbedürfnis des Menschen – ein nicht immer einfacher Ausgleich.

141 Wir begrüßen es, dass nach vielen Jahrzehnten endlich wieder Wölfe durch
142 Schleswig-Holstein ziehen. Das erfolgreiche Wolfsmanagement gilt es jetzt zu
143 intensivieren. Gemeinsam mit Landwirt*innen werden wir etwa den Schutz der
144 Weidetiere verbessern.
145 Natur zu schützen heißt auch, Zielkonflikte zu erkennen und ihnen offen zu
146 begegnen. Verantwortungsvolle Grüne Politik sucht den Dialog mit Beteiligten.
147 Wir haben in Regierungsverantwortung dort, wo Naturschutz und Nutzen,
148 Sicherheitsbedürfnis oder wirtschaftliche Interessen aufeinander treffen, den
149 Dialog gesucht und Lösungen erarbeitet.

150 **Sauberes Trinkwasser für alle**

151 Unser Trinkwasser beziehen wir in Schleswig-Holstein zu fast 100 Prozent aus dem
152 Grundwasser. Insgesamt ist es noch von guter Qualität. Wasserversorger warnen
153 allerdings zunehmend vor den Folgen steigender Schadstoffbelastungen in unseren
154 unterirdischen Wasserressourcen durch industrielle Schadstoffeinträge und immer
155 höhere Pestizid- und Nitratbelastungen als Folge einer intensiven Landwirtschaft.
156 Brunnenschließungen aufgrund intolerabler Schadstoffkonzentrationen zeigen, dass
157 wir dringend handeln müssen.

158 Wir fordern ein striktes Düngemanagement und setzen uns für eine deutliche
159 Reduzierung der Nährstoffeinträge ein. Unsere Stimme soll im Bund dazu beitragen,
160 die nötigen Rechtsvoraussetzungen zu schaffen. Ausserdem setzen wir uns auf
161 Bundesebene für die Einführung einer Steuer oder Abgabe auf Stickstoff und Pestizide
162 als wirksames Instrument ein.

163 Entscheidend ist aber, dass wir im Land selbst Bescheid wissen über die Belastung
164 des Grundwassers. Darum setzen wir uns für eine Modernisierung der
165 Trinkwasserverordnung an zeitgemäße Anforderungen im Hinblick auf neue
166 Schadstoffgruppen und eine Verbesserung der Trinkwasserüberwachung ein. Desweiteren
167 werden wir mit einem "Fachbeirat Trinkwasserschutz", in den auch die
168 Wasserversorger einbezogen sind, ein Pestizid- und Düngekataster erarbeiten. Es ist
169 unser Ziel, die regelmäßig landesweit erhobenen Daten zur Grundwasserqualität
170 transparent zusammenzuführen, die wir als Open Data der Öffentlichkeit zugänglich
171 machen.

172 Wir setzen uns dafür ein, dass in Trinkwassergewinnungsgebieten strengere Auflagen
173 durchgesetzt werden als bisher und diese auch wirksam kontrolliert werden, damit
174 wertvolle Grundwasservorkommen auch für zukünftige Generationen noch nutzbar sind.

175
176 Die Ertüchtigung der kleinen Klärwerke bzw. der Anschluss kleinerer Gemeinden an
177 leistungsfähige größere Klärwerke ist anzustreben, die nötigen Finanzmittel hierfür
178 sind bereitzustellen. Der anfallende Klärschlamm muss umweltgerecht entsorgt werden
179 und sollte nicht mehr auf landwirtschaftlichen Flächen verklappt werden.

180 Über die Einbeziehung der Uferstrandstreifen in die Ökokontenverordnung wollen wir in
181 den nächsten Jahren alle großen Fließgewässer mit einem zehn Meter breiten
182 Randstreifen schützen.

183
184 Überall dort, wo es auf Grund der Beschaffenheit und des Umfeldes der Flächen für
185 Randstreifen ökologisch sinnvoll und möglich ist, sollen Blühstreifen entstehen.

186 Zum Erhalt der biologischen Vielfalt und des natürlichen Artenspektrums fördern wir
187 das Ausbringen autochthonen Saatguts.

188 Die mit dem Bauernverband geschlossene „Allianz für Gewässerschutz“ ist jetzt auf
189 ihren Erfolg hin zu überprüfen und weiterzuentwickeln.

190 Die Anstrengungen zur Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie werden wir
191 verstärken, insbesondere durch Maßnahmen zur Reduktion des Nährstoff- und
192 Pestizideintrags am gesamten Gewässernetz in Schleswig-Holstein.

193 **Schluss mit Ölbohrungen im Nationalpark Wattenmeer**

194 Der Schutz des Wattenmeeres ist angesichts des Klimawandels und des damit
195 verbundenen Anstiegs des Meeresspiegels eine Jahrhundert-Herausforderung. Küsten-
196 und Naturschutz müssen hier zusammenarbeiten. Das Konzept „Wattenmeer 2100“ zeigt
197 die Richtung auf. Dieses einzigartige Naturschutzgebiet wird noch immer stark
198 genutzt. Es ist klar: Ölbohrungen gehören nicht ins Wattenmeer. Weitere Erkundungen
199 und Bohrungen im Wattenmeer lehnen wir ab. Außerdem werden wir rechtssichere
200 Möglichkeiten suchen, um die Förderung von fossilen Brennstoffen im Wattenmeer und
201 gesamt Schleswig-Holstein so schnell wie möglich komplett zu beenden. Wir werden uns
202 auf Bundesebene auch weiterhin mit aller Entschlossenheit dafür einsetzen, dass das
203 aus der Kaiserzeit stammende Bundesbergrecht geändert wird, damit Erkundungen
204 zukünftig rechtssicher untersagt werden können. **In der Landesverordnung über die
205 Feldes- und Förderabgabe werden wir die bisher absetzbaren Feldesbehandlungskosten
206 schrittweise auf null reduzieren. Bisher können die Erdöl-Förderunternehmen neben
207 den eigentlichen Förderkosten sogar noch Verwaltungskosten absetzen, das alles geht
208 vom Förderzins und damit vom Anteil unseres Landes Schleswig-Holstein ab und bringt
209 den Erdöl-Förderunternehmen unnötig hohe Gewinne.**

210 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.103: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

211 Der Nationalpark Wattenmeer ist als hochwertiges Schutzgebiet und Weltnaturerbe von
212 internationaler Bedeutung und nicht nur ein wichtiger Beitrag Schleswig-Holsteins
213 zum Naturschutz, sondern auch ein herausragender touristischer Wirtschaftsfaktor –
214 beides wollen wir stärken. Die betreuenden Verbände werden wir weiterhin engagiert
215 unterstützen.

216
217 Der Schutz des Wattenmeeres ist angesichts des Klimawandels und des damit
218 verbundenen Anstiegs des Meeresspiegels eine Jahrhundert-Herausforderung. Küsten-
219 und Naturschutz müssen hier zusammenarbeiten. Die „Strategie für das Wattenmeer
220 2100“ des Landes zeigt die Richtung auf.

221 **Die Meere schützen - Fischerei nachhaltig gestalten**

222 Der Nationalpark Wattenmeer ist als hochwertiges Schutzgebiet von internationaler
223 Bedeutung. Er ist für den Naturschutz in Schleswig-Holstein von zentraler Bedeutung
224 und zudem längst ein herausragender touristischer Wirtschaftsfaktor – beides gilt
225 es zu stärken.

226 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.129: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

227 Der Nationalpark als einzigartiges Schutzgebiet wird aber noch immer stark genutzt.
228 Für uns ist klar: Ölbohrungen gehören nicht ins Wattenmeer. Weitere Erkundungen
229 lehnen wir ab. Wir werden uns auf Bundesebene dafür einsetzen, dass das veraltete
230 Bundesbergrecht so geändert wird, dass diese rechtssicher untersagt werden können.

231 Das betrifft genauso unsere anderen Schutzgebiete an Nord- und Ostsee. Die
232 betreuenden Verbände werden wir weiterhin engagiert unterstützen.

233 Alle zwei Jahre soll der ökologische Zustand von Nord- und Ostsee in einem
 234 „Meeresbarometer“ evaluiert und öffentlich transparent dargestellt werden.

235 **Die Meere schützen - Fischerei nachhaltig gestalten**

236

237 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.155: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

238 Wir wollen die regionale Krabbenfischerei erhalten und gleichzeitig einen
 239 effektiven Schutz sensibler Gebiete im Wattenmeer erreichen. Ähnlich dem
 240 „Muschelkompromiss“ für eine regulierte Muschelfischerei streben wir mit den
 241 Krabbenfishern und den betreuenden Verbänden eine Vereinbarung über die weitere
 242 Nutzung und die Einrichtung nutzungsfreier Zonen im Nationalpark an.

243 Die Schutzgebiete sind aber durch bestehende Nutzungen in ihrem Fischbestand, ihrer
 244 Funktion und ihrer Einzigartigkeit bedroht. Deshalb werden wir entsprechend
 245 internationaler Vorgaben und Vorbilder ein ausreichend großes Netzwerk von
 246 Jungfisch-Schutzonen in Nord- und Ostsee einrichten, insbesondere in den
 247 bestehenden Schutzgebieten und den Tidebecken und darüber hinaus. Auch Ruhezone in
 248 Offshore-Windparks wollen wir zur Erholung der Natur nutzen. Sie sichern zudem
 249 langfristig die Ertragsgrundlagen unserer heimischen Fischerei und bieten
 250 Attraktionen für sanften Tourismus.

251 Ersetze Zeilen 129 - 150

252 Die Schutzgebiete sind aber durch bestehende Nutzungen in ihrem Fischbestand, ihrer
 253 Funktion und ihrer Einzigartigkeit bedroht. Deshalb werden wir entsprechend
 254 internationaler Vorgaben und Vorbilder ein ausreichend großes Netzwerk von
 255 Jungfisch-Schutzonen in Nord- und Ostsee einrichten, insbesondere in den
 256 bestehenden Schutzgebieten, im Watt orientiert an den Tidebecken, aber
 257 erforderlichenfalls auch darüber hinaus.

258 In den Wattenmeer-Nationalparks sollen mindestens drei Viertel der Tidebecken für
 259 Grundschleppnetze geschlossen werden, damit sich die Fischbestände und der
 260 Meeresboden erholen können. Im ufernahen Flachwasserbereich der Ostsee soll die
 261 Kutterfischerei mit Netzen in einem Bereich bis 3000 Meter zur Küstenlinie
 262 eingestellt werden. Dies gilt als erstes in den FFH-Gebieten.

263 Ein Kurswechsel ist dringend notwendig weil die Grundschleppnetzfisherei den
 264 Meeresboden mit allen dortigen Pflanzen und Tieren in regelmäßigen Abständen
 265 umpflügt und dadurch, auch im Nationalpark, das Ökosystem immens beeinträchtigt.

266 Offshore-Windparks sollen Schutzonen für die Natur unter Wasser bleiben. Sie
 267 sichern zudem langfristig die Ertragsgrundlagen der heimischen Fischerei.

268 In freiwilligen Vereinbarungen oder der Gesetzgebung soll sich deutlicher als
 269 bisher widerspiegeln, dass das Fischen mit Grund- und Stellnetzen in
 270 Meeresschutzgebieten und Flachwasserzonen verringert werden muss.

271 Wir suchen den Dialog mit den Fischer*innen, dem Naturschutz und der Forschung, um
 272 neue, naturschonende Verfahren zu entwickeln und zu fördern.

273 Küstenferne Gebiete mit Ansammlungen von Tauchvögeln sollen während der gesamten
 274 Rastperiode der Tauchvögel für die Stellnetzfisherei geschlossen werden

275 Um die Fischbestände zu sichern, werden wir uns dafür einsetzen, dass auch die
 276 Freizeitfisherei zukünftig in die Festsetzung von wissenschaftlich fundierten
 277 Fangquoten einbezogen sowie konsequent kontrolliert wird. Für von besonders

278 bedrohten Teilbeständen betroffene Fischer*innen werden wir Überbrückungs- und
279 Umstiegshilfen anbieten.

280 Wir wollen es unserer handwerklichen Fischerei ermöglichen, auch in Zukunft
281 nachhaltig und umweltschonend zu wirtschaften. Dabei werden wir auch Mittel aus dem
282 EU-Fischereifonds einsetzen, um die Küsten- und Binnenfischerei umweltverträglich
283 weiterzuentwickeln. Für besonders bedrohte Teilbestände werden wir Überbrückungs-
284 und Umstiegshilfen anbieten.

285 Um die Fischbestände dauerhaft zu sichern und Arten zu erhalten, halten wir der
286 wissenschaftlichen Expertise entsprechende Fangquoten und detaillierte Regelungen
287 (z.B. zu Beifang und no-take-zones) für erforderlich. Auch die Freizeitfischerei
288 soll über die Einbeziehung in die Quotenregelung einen angemessenen Beitrag zur
289 Schonung der Bestände leisten.

290 **Gefährliche Altmunition aus dem Meer bergen**

291 Immer noch belasten geschätzte 1,6 Millionen Tonnen Munitionsreste die Umwelt in
292 Nord- und Ostsee. Aufgrund hoher Durchrostungsgrade drängt die Zeit. Wir bekräftigen
293 daher unsere Forderung nach der Einführung eines Munitionskatasters, in dem die
294 Lage und Art der Munitionsreste zusammengetragen und diese Informationen als Open
295 Data zur Verfügung gestellt werden.

296 In der vergangenen Legislatur wurden, ausgehend von Schleswig-Holstein, alternative
297 Bergungstechnologien entwickelt, so dass Munition, ohne die bislang bei Sprengungen
298 übliche Gefährdung der Meeressäuger, geborgen werden kann. In der nächsten
299 Legislatur wollen wir diese Technik in Schleswig-Holstein zum Einsatz bringen.

300
301 Wir werden uns auf nationaler und europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die
302 Bergung atomarer militärischer Hinterlassenschaften der Sowjetunion und des
303 verklappten Atommülls verschiedener Staaten finanziert wird. Dazu werden wir auch
304 die Arbeitsgemeinschaft der Anrainer-Staaten von Nord- und Ostsee ggf. in zwei
305 getrennten Runden nutzen, um das Problem des verklappten Atommülls und der
306 gesunkenen Atom-Uboote zu lösen. Wir können nicht darauf hoffen, dass die Meere
307 diese Probleme für uns irgendwann lösen werden, das müssen wir zumindest mit den
308 strahlenden Abfällen, die überhaupt noch zu bergen sind, schon selber machen.

309 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.105: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

310 Die Bund-Länder-Arbeitsgruppe Munitionsaltlasten leistet unter der Federführung von
311 Schleswig-Holstein gute Arbeit, die wir auch weiterhin unterstützen. Insbesondere
312 die Forschung und Entwicklung umweltschonender Bergungstechniken, die Sprengungen
313 vermeiden, wollen wir weiter vorantreiben und schnellst möglich zum Einsatz
314 bringen.

315 **Unser Einsatz gegen Schadstoffe in Gewässern**

316 Die Belastung der Meere und Gewässer mit Müll, Schadstoffen und Dünger nimmt zu.
317 Insbesondere Kunststoffabfälle und chemische Schadstoffe reichern sich in der
318 Meeresumwelt dramatisch an und bedrohen das Ökosystem. Am Ende landen diese
319 Schadstoffe über die Fischerei wieder auf unseren Tellern.

320 Darum werden wir mit den Forschungs- und Fördermöglichkeiten des Landes die Suche
321 nach Alternativen, Rückhaltungsmöglichkeiten und Reinigung der Meere von Plastik- und
322 Schadstoffen vorantreiben.

323 Wir wollen dafür sorgen, dass auch die deutschen Nordseehäfen die
 324 Müllentsorgungsgebühren in die Liegegebühren integrieren, wie es in den deutschen
 325 Ostseehäfen bereits üblich ist. Auch die Schifffahrt muss ihren Teil zum Erhalt
 326 unserer Ökosysteme leisten und darf ihren Müll nicht länger einfach auf dem Meer
 327 entsorgen.

328 Wir unterstützen daher ausdrücklich die Ziele und Maßnahmen der EU-
 329 Meeresstrategierahmenrichtlinie zur Verminderung des Eintrags von Schadstoffen und
 330 Abfällen in die Meere und setzen uns für eine konsequente und zeitnahe Umsetzung
 331 der EU-Meeresstrategierahmenrichtlinie sowie eine umfassende Reduktion von
 332 kritischen Produkten und Produktionsmethoden ein, etwa von Plastik. Zur Reduktion
 333 von Schadstoff- und Nährstoffeinträgen werden wir auch das produzierende Gewerbe
 334 und die Landwirtschaft stärker in die Pflicht nehmen.

335 Die Aufstellung von Strandmüllboxen, Fishing-for-Litter (Müllsammeln) und
 336 plastikfreie Kommunen sind für uns Anliegen, die wir auch in Zukunft unterstützen.

337 **An Küsten und im Binnenland beim Hochwasserschutz neue Wege gehen**

338 Klimawandel, Meeresspiegelanstieg und Starkregen sind für unser Land
 339 Herausforderungen, die neue Wege verlangen. Wir haben mit Strategien wie
 340 "Wattenmeer 2100" und neuen Strategien im Küsten- und Binnenlandschutz wichtige
 341 Impulse gesetzt. Wir werden sie weiterentwickeln und mit konkreten Maßnahmen
 342 hinterlegen.

343
 344 Wir wollen dort, wo es auf Grund der örtlichen Begebenheiten möglich ist,
 345 verrohrte und überbaute Gewässerabschnitte wieder öffnen und diese ihrer
 346 natürlichen Dynamik überlassen. Bachverrohrungen stehen im völligen Gegensatz zu
 347 den hydrologischen, biologischen und ökologischen Aufgaben eines Gewässers. Ein
 348 offenes Gewässer ist in der Lage bei Hochwasser, Starkregen und Schneeschmelze
 349 Oberflächenwasser schnell aufzunehmen und abzuleiten, das kann ein verrohrtes
 350 Gewässer in der Regel nicht leisten. Neue Bachverrohrungen, beispielsweise im
 351 Rahmen von Wohn- oder Gewerbeflächenerweiterungen oder Neuerschließungen sollen
 352 künftig bereits in der Planungsphase vermieden werden. Dort, wo sie bereits
 353 bestehen, sollte der Rückbau im Rahmen von Renaturierungsprojekten erfolgen.
 354 Hierbei wird zudem die ökologische Durchgängigkeit für Fische und andere aquatische
 355 Organismen deutliche verbessert oder erst möglich gemacht.

356 **Den Menschen das Meer erlebbar machen**

357 Immer mehr Menschen verlieren den Bezug zu den Meeren. Wir fördern Projekte, die
 358 vor allem jungen Menschen den Umgang mit unseren Meeren und Gewässern vermitteln.
 359 Flora und Fauna in Nord- und Ostsee sollen jungen Schleswig-Holsteiner*innen
 360 vertraut sein.

361 **Mit mehr Stadtgrün zu mehr biologischer Vielfalt**

362 Mehr Grün in den Städten – mit Parks, Stadtbäumen, grünen Fassaden, Dachgärten und
 363 Staudenfluren. Das ist unser Anliegen. So können die Städte selbst wirksame
 364 Projekte zur CO₂-Bindung und darüber hinaus zur Abkühlung bei Hitze infolge des
 365 Klimawandels leisten. Dies ist außerdem ein wertvoller Beitrag zu sauberer Luft,
 366 neuen Lebensräumen und biologischer Vielfalt. Wir wollen die
 367 Städtebauförderungsprogramme verstärkt nutzen, um Stadtbegrünung zu schaffen und
 368 uns dafür einsetzen, dass Klimaschutzaspekte Teil der Städtebauförderung werden.
 369 Öffentliche Gebäude sollten eine Vorbildfunktion beim ressourcenschonenden Bauen,
 370 bei der Nutzung von Solarenergie und beim Artenschutz an Gebäuden übernehmen. Die

371 Pflege von Straßenrandflächen soll landesweit im Sinne des Artenschutzes optimiert
372 werden.

373 Wir unterstützen die Idee des "Urban Gardening" und "Urban Farming". Durch
374 gemeinschaftliches Gärtnern und Bewirtschaften wird wieder ein Stück Natur sowie
375 Wissen über die Erzeugung von Lebensmitteln in die Stadtgeholt.
376 Die Kleingartenvereine leisten mit ihrer Zusammenarbeit mit Schulen und der
377 Integration von Migrant*Innen hier einen hervorragenden Beitrag, den wir auch
378 weiter unterstützen wollen.

379 **Vom Müll zum wertvollen Grundstoff**

380 Ressourcenschutz heißt neben sparsamem Umgang mit natürlichen Rohstoffen auch, viel
381 von dem wiederzuverwerten, was wir wegwerfen. Entscheidend ist, dass wir möglichst
382 wenig frische Rohstoffe verwenden. Wir wollen viel mehr Stoffe aus Haushalten,
383 Gewerbe, Handel, Landwirtschaft oder Industrie, die nur scheinbar nicht mehr
384 benötigt werden, zumindest zur Rückgewinnung von Rohstoffen nutzen. Dafür brauchen
385 wir ein Wertstoffgesetz, das diesen Namen auch verdient. Wir werden uns von
386 Schleswig-Holstein aus beim Bund dafür einsetzen, weil es unser Wunsch ist, die
387 Müllverbrennung zu minimieren und unsere Atmosphäre nicht mehr weiter als
388 unsichtbare Müllhalde zu missbrauchen.

389 **Umweltfreundliche und energieeffiziente Beschaffung**

390 Für uns GRÜNE ist wichtig, dass bei der Vergabe öffentlicher Aufträge durch das
391 Land soziale Standards und Nachhaltigkeitskriterien eingehalten werden. Wir werden
392 die guten Ansätze, die es bereits in der Landesbeschaffungsordnung gibt, auf ihre
393 nachhaltige Wirkung überprüfen und bei Bedarf nachsteuern.

394 **Umwelt@Digital**

395 Im Rahmen einer Open-Data-Strategie ist es unser Ziel, alle Umweltdaten
396 (Wasserqualität, Allergie-auslösende Pflanzen, Belastungen usw.) in
397 maschinenlesbaren Formaten für die Öffentlichkeit bestmöglich nutzbar zu machen.

398 Auch die Informationstechnologie muss effizienter werden. Wir werden uns dafür
399 einsetzen, nicht nur den Stromverbrauch zu reduzieren – etwa durch Rechenzentren,
400 deren Abwärme genutzt wird oder durch digitale Wartungs-, Steuerungs- und
401 Regeltechnik. Wir setzen uns dafür ein, dass möglichst alle Rohstoffe entlang der
402 IT-Wertschöpfungskette im Rahmen einer Green-IT-Strategie in den Blick genommen
403 werden.

404 Wir wollen Kinder und Jugendliche durch neue digitale Angebote in ihrem Interesse
405 für Natur fördern. Dazu werden wir prüfen, wie ein landesweites Netzwerk aus
406 Museen, Umweltzentren und Jugendverbänden aufzubauen ist.

407 **Auf den Punkt**

- 408 • *Wir werden* eine Landesstrategie zur Sicherung der biologischen Vielfalt und
409 zur Reduzierung der Flächenversiegelung in Schleswig-Holstein erarbeiten,
- 410 • eine weitere Integrierte Naturschutz-Station in der Holsteinischen Schweiz
411 errichten,
- 412 • mit einem Landesprogramm „Grüne Infrastruktur“ das Schutzgebiets- und
413 Biotopverbundsystem in Schleswig-Holstein weiterentwickeln,

- 414 • mit einem "Fachbeirat Trinkwasserschutz" ein Pestizid- und Düngekataster als
415 Open Data anlegen,
- 416 • die Munitionsaltlasten in den Meeren weiter erfassen sowie alternative
417 Bergungstechnologien erforschen und einsetzen,
- 418 • Stadtbegrünung in Städtebauförderungsprogramme aufnehmen.

419 **Agrarwende / Unsere bäuerliche Landwirtschaft ist ertragreich**
420 **und wettbewerbsfähig mit Umweltschutz und gesunden**
421 **Lebensmitteln**
422

423 Wir leben in Schleswig-Holstein in einer Natur- und Kulturlandschaft. Bäuerliche
424 Strukturen prägen unser Land. Rund 70 Prozent der Fläche wird landwirtschaftlich
425 genutzt. Mit unserer Agrarpolitik erhalten wir diese einmalige Landschaft und geben
426 den Bäuer*innen eine wirtschaftliche Perspektive.

427 Eine nachhaltige bäuerliche Landwirtschaft ist Ziel unserer Politik. Die
428 Bäuer*innen der Zukunft erzeugen hochwertige Lebensmittel, sichern die
429 Artenvielfalt, schonen unsere Gewässer, bringen Arbeitsplätze und Wertschöpfung in
430 den ländlichen Raum und stellen Flächen für Windparks und Dachflächen für
431 Solaranlagen zur Verfügung, die wir für die Energiewende benötigen.

432 Soweit auf Landesebene möglich, wollen wir die Grundsätze der guten fachlichen
433 Praxis für unsere Landwirtschaft weiterentwickeln.

434 Unser Ziel ist dabei eine standortangepasste, den Boden und die Gewässer schonende
435 Bewirtschaftung. Diese und weitere Mindeststandards müssen auf der gesamten
436 landwirtschaftlichen Fläche eingehalten werden. Wir müssen dafür sorgen, dass sich
437 alle an das bestehende Agrarumweltrecht halten. Wir werden die Einführung der
438 Pestizidsteuer und Stickstoffabgabe als wirksame Lenkungsinstrumente für die
439 landwirtschaftliche Erzeugung voranbringen.

440 **Faire Preise für gute Nahrungsmittel**

441 Wir setzen uns für ein Ende der auf Preisdumping und einseitig auf Exporte
442 ausgerichteten Lebensmittelerzeugung ein. Die systembedingte Exportorientierung
443 vieler Landwirte vor allem bei Fleisch- und Milchprodukten macht die Märkte bei uns
444 und weltweit kaputt. Die Milchkrise ist nur ein aktuelles Beispiel dafür. So kommen
445 bäuerliche Betriebe in Existenznot. Für die Durchsetzung fairer Preise reicht das
446 Kartellrecht nicht aus. Dafür brauchen wir die Möglichkeit, über EU-weite
447 allgemeinverbindliche Maßnahmen die Menge an die Nachfrage der Märkte anzupassen.
448 Wir streben eine Verbesserung der sozialen Lage vieler in der Landwirtschaft, im
449 Gartenbau und entlang der Lebensmittelerzeugung Beschäftigten und ihrer Familien
450 an. Steigende Anforderungen an Umweltschutz, Tierwohl sowie Arbeitsplatzqualität
451 können langfristig nur über auskömmliche Preise sichergestellt werden.

452 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.235: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

453 Wir setzen uns für ein Ende der auf Preisdumping und einseitig auf Exporte
454 ausgerichteten Lebensmittelerzeugung ein. Diese Ausrichtung führt zu einer
455 Abhängigkeit von sogenannten Weltmarktpreisen, die den Begriff des „Marktes“, der
456 ja auch freie Marktteilnehmer voraussetzt, aushöhlt. Eine einseitige Politik der
457 Exportorientierung macht die Märkte bei uns und weltweit kaputt und drückt
458 bäuerliche Betriebe an die Wand. Steigende Anforderungen an Umweltschutz, Tierwohl
459 sowie Arbeitsplatzqualität können langfristig nur über auskömmliche Preise erbracht

460 werden. Für die Durchsetzung fairer Preise reicht das Kartellrecht nicht aus. Dafür
461 brauchen wir die Möglichkeit, über EU-weite allgemeinverbindliche Maßnahmen die
462 Menge an die Nachfrage der Märkte an zu passen. Wir streben mit verschiedenen
463 Maßnahmen eine Verbesserung der sozialen Lage vieler in der in der Landwirtschaft
464 und im Gartenbau und entlang der Lebensmittelerzeugung Beschäftigten und ihrer
465 Familien an.

466 **Europäische Gelder für das Leitbild einer ökologischen Landwirtschaft**

467 Der ökologische Landbau ist unser Leitbild für eine zukunftsfähige Landwirtschaft.
468 Ökologischer Landbau ist Kreislaufwirtschaft. Sie ist ausgerichtet auf den Erhalt
469 der biologischen Vielfalt, auf eine stabile Regionalentwicklung und die Vermeidung
470 von Landflucht, auf die nachhaltige Nutzung der Ressourcen Boden und Wasser, die
471 Stabilisierung landwirtschaftlicher Einkommen und des Klimaschutzes. Europäische
472 Fördergelder sollen künftig einen Anreiz geben, dass sich die konventionelle
473 Landwirtschaft systematisch ökologisiert.

474 Die Agrarpolitik ist europäisch gestaltet. Trotzdem gibt es vielfältige
475 Möglichkeiten regional zu steuern. Unser Leitsatz heißt: öffentliche Gelder für
476 öffentliche Leistungen .Das gilt sowohl für den Naturschutz als auch für Boden- und
477 Gewässerschutz, faire soziale Verteilung als auch für Tierwohl und die Entwicklung
478 der ländlichen RäumeSo werden wir in der laufenden EU-Haushaltsperiode bis 2020/22
479 in Bundessrat und Agrarministerkonferenzen darauf drängen, alle Möglichkeiten der
480 Europäischen Union wahrzunehmen, um die Gelder auf nationaler Ebene umzuschichten.
481 Dazu gehören die Umwidmung von 15 Prozent – statt bisher 5 Prozent – der Mittel in
482 die zweite Säule der ländlichen Entwicklung sowie Degression und Obergrenzen bei
483 den Direktzahlungen. Solange es Direktzahlungen gibt, müssen sie an eine wirksamere
484 ökologische und soziale Qualifizierung gebunden sein.

485 Wir werden für den ökologischen Landbau die Umstellungs- und Beibehaltungsförderung
486 auf hohem Niveau fortsetzen und – soweit rechtlich möglich – die Beteiligung an
487 zusätzlichen Agrarumweltmaßnahmen zulassen. Nach finanziellen Kräften werden wir
488 Agrarumweltmaßnahmen ausbauen und daran arbeiten, dass für die teilnehmenden
489 Betriebe auch eine Gewinn- und Risikokomponente bei der Förderung einfließen kann.
490 Mit Programmen zu vielfältigen Fruchtfolgen ist auch zukünftig der Anbau von
491 Eiweißpflanzen wie Lupine, Bohne und Erbse als Alternative zum Gensoja
492 voranzutreiben.

493 Wir streben noch in dieser Förderperiode eine weitere Umschichtung der europäischen
494 Mittel an, um handwerkliche Verarbeitungs- und Vermarktungsstrukturen in der
495 jeweiligen Region auszubauen.

496 Die Förderung der Beratung aus EU Mitteln wollen wir insbesondere für den
497 Ökolandbau fortzusetzen. Das "Netzwerk Ökolandbau" soll nach Abschluss der
498 Projektphase fest etabliert werde. Damit soll die Vernetzung der Akteur*innen in
499 der ökologischen Produktionskette zu einem „Landeskompetenzzentrum Ökolandbau“
500 unter Einbeziehung der Wissenschaft weiter ausgebaut werden.

501 **Ökolandbau als Bestandteil der Ausbildung zum Landwirt**

502 Hoch- und Fachhochschulen müssen sich auf die neuen wirtschaftlichen, ökologischen
503 und sozialen Anforderungen an die Landwirtschaft und die Lebensmittelketten
504 einstellen. Angehende Landwirt*innen sollen grundlegende Kenntnisse der
505 ökologischen Wirtschaftsweise erlernen. Im Bereich der beruflichen Ausbildung ist
506 der Ökolandbau als prüfungsrelevanter Baustein im Lehrplan zu verankern. Darüber
507 hinaus streben wir an, für mindestens ein Ausbildungsjahr eine Fachklasse

508 "ökologischer Landbau" einzurichten. Um den Herausforderungen der kommenden
 509 Jahrzehnte gerecht zu werden, muss Ökolandbau auch in der Fachlehrer*innenaus- und
 510 Fortbildung an Bedeutung gewinnen.

511 **Mehr grüne Wiesen und Weiden für unsere Landschaft**

512 Grünland und die Beweidung vieler Flächen gehören traditionell zum Bild des Landes
 513 zwischen den Meeren. Das ist nicht nur gut für das Tierwohl, die

514 Lebensmittelqualität, die Artenvielfalt und den Klimaschutz. Es ist auch eine
 515 wichtige Basis für Einkommen und Tourismus. In der vergangenen Legislatur haben
 516 wir ein Dauergrünlanderhaltungsgesetz geschaffen und altes Grünland auch im
 517 Landesnaturschutzgesetz geschützt. Seitdem steigt der Anteil von Wiesen und Weiden
 518 wieder in Schleswig-Holstein, der Maisanbau ist um ein Achtel zurückgegangen. Diese
 519 Tendenz wollen wir weiter absichern. Denn Grünland hat eine wichtige Funktion als
 520 Kohlenstoffsenke, für den Wasserhaushalt und für die biologische Vielfalt.

521 Mit Agrarumweltmaßnahmen wollen wir nicht nur eine neue Vielfalt auf den Acker
 522 bringen und die Qualität von Grünland für den Natur- und Artenschutz steigern. Dem
 523 starken Abbau von als Dauergrünland bewirtschafteten Mooren kann kurzfristig durch
 524 geeignete Managementmaßnahmen wie höhere Wasserstände begegnet werden. Wir streben
 525 dazu Vereinbarungen mit den Eigentümern und den Wasser- und Bodenverbänden an. Die
 526 getroffenen Zielvereinbarungen mit den Wasser- und Bodenverbänden zur
 527 Gewässerunterhaltung werden wir kritisch prüfen und weiter entwickeln.

528 Wir wollen Grünland durch verschiedene Agrarumweltmaßnahmen wieder in Wert setzen
 529 und den Anteil im Land erhöhen. Dem starken Abbau von Mooren, die als Dauergrünland
 530 bewirtschaftet werden, werden wir kurzfristig durch geeignete Managementmaßnahmen
 531 wie höhere Wasserstände begegnen. Wir streben dazu Vereinbarungen mit den
 532 Eigentümern und den Wasser- und Bodenverbänden an.

533 **Bauernhöfe sichern – keine Privilegien für Tierfabriken**

534 Viele Landwirt*innen sind der Logik der immer billigeren Produktion und des „Wachse
 535 oder Weiche“ gefolgt und haben auf immer größere Stallanlagen gesetzt, um die
 536 Produktionskosten zu reduzieren. In Folge dessen mussten bereits viele kleine
 537 Betriebe aufgeben, die Viehhaltung konzentriert sich in immer weniger immer
 538 größeren Betrieben. Das zerstört nicht nur Existenzen und die Struktur einer
 539 bäuerlichen Landwirtschaft, sondern hat auch Konsequenzen für Umwelt- und Tierwohl
 540 und führt zu regionalen Ungleichgewichten bei der Verteilung der Viehhaltung im
 541 Land.

542 Durch die konzentrierten Emissionen kommt es zu Umweltproblemen und bei
 543 systembedingtem Medikamenteneinsatz zur Bildung von multiresistenten Keimen. Diese
 544 Fehlentwicklung wird möglich durch Importe billiger Futtermittel, eine
 545 unzureichende Düngeverordnung, ein unzulängliches Tierschutzrecht sowie aufgrund
 546 fehlender verpflichtender Kennzeichnung für Verbraucher*innen über die Art der
 547 Erzeugung.

548 Wir setzen uns für eine flächengebundene Tierhaltung ein und haben durch Maßnahmen,
 549 wie den Filtererlass, landespolitische Spielräume genutzt. Verbesserungen im
 550 Baurecht wurden durch unseren beharrlichen Druck auf Bundesebene erreicht. Wir
 551 treten weiterhin dafür ein, dass große Stallanlagen, die nach dem
 552 Bundesimmissionsschutzrecht genehmigt werden müssen, nicht länger privilegiert
 553 gebaut werden dürfen, sondern nur mit kommunaler Beteiligung über ein öffentliches
 554 B-Plan-Verfahren.

555 Mit Initiativen im Verbraucherrecht, Immissionsrecht, Tierschutzrecht und Baurecht
 556 wollen wir die Benachteiligung bäuerlicher Erzeugung gegenüber Agrarfabriken
 557 beseitigen. Investitionsförderprogramme konzentrieren wir auf innovative
 558 tiergerechte und ökologische Projekte. Dabei sollen auch Umbaulösungen im Bestand
 559 besonders berücksichtigt werden.

560 _
 561 Einrichtung einer Expert*innenkommission zur Überwindung der industriellen
 562 Massentierhaltung
 563 Wir werden eine Enquete-Kommission zur Überwindung der industriellen
 564 Massentierhaltung sein. In enger Zusammenarbeit mit dem Bauernverband, ProVieh, den
 565 Naturschutzverbänden und anderen soll der Weg für einen langfristigen Ausstieg
 566 geplant werden.

567 **Lernen auf dem Bauernhof**

568 Bauernhöfe können mehr sein als Orte der Nahrungsmittelproduktion. Schüler*innen
 569 sollen im Unterricht lernen, wie Lebensmittel erzeugt werden. Zum Schuljahr 2017
 570 haben wir ein entsprechendes Schulprogramm eingeführt, mit dem Grundschulkindern
 571 erfahren, woher die Lebensmittel kommen. In der nächsten Wahlperiode wollen wir das
 572 Programm zum Erfolg führen. Dafür ist die Beteiligung der Verbände und
 573 Institutionen aus Landwirtschaft, Umwelt, Tierschutz, Verbraucher*innen und Kirchen
 574 erforderlich.

575 Unsere Kinder kommen in Kindertagesstätten und Schulen nur noch selten mit frischen
 576 saisonalen Lebensmitteln aus der Region in Kontakt. Mit der Möglichkeit einer
 577 Teilnahme am EU-Schulobst-, Gemüse- und Milchprogramm werden wir besonders in
 578 sozialen Brennpunkten Impulse für die Ernährungsbildung setzen.

579 Für eine regionale und ökologisch ausgewogene Schul- und Kitaverpflegung gibt es
 580 viele Beispiele in Schleswig-Holstein. Diese Projekte unterstützen wir weiter.

581 **Am besten regionale und ökologisch erzeugte Produkte**

582 Vor dem Hintergrund der globalen Gerechtigkeit und mit Blick auf Tierwohl und den
 583 zwingend notwendigen Beitrag der Landwirtschaft zum Klimaschutz ist es geboten,
 584 unsere Essgewohnheiten zu ändern. Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss
 585 darauf, was in anderen Teilen der Welt passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung
 586 von Menschen und Eingriffe in das Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und
 587 die Umwandlung von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden
 588 durch unser Essverhalten mit verursacht. Wir wollen niemandem vorschreiben, wie man
 589 sich zu ernähren hat. Aber wir wollen Beispiele bieten und dafür werben, in Mensen
 590 und Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte bevorzugt
 591 einzusetzen. Klima- und Tierschutz beginnen auf dem Teller. Wir unterstützen
 592 Initiativen zur Ausweitung vegetarischer und veganer Angebote in öffentlichen
 593 Kantinen.

594 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.75: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

595 Vor dem Hintergrund der globalen Gerechtigkeit und mit Blick auf Tierwohl und die
 596 ungenutzten Möglichkeiten der Landwirtschaft zum Klimaschutz ist es geboten, den
 597 Fleischkonsum zu reduzieren. Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss darauf, was
 598 in anderen Teilen der Welt passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen
 599 und Eingriffe in das Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung
 600 von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden durch unser
 601 Essverhalten mit verursacht. Wir wollen Beispiele bieten und dafür werben, in
 602 Mensen und Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte bevorzugt

603 einzusetzen. Klima- und Tierschutz beginnen auf dem Teller. Wir unterstützen
604 Initiativen zur Ausweitung vegetarischer und veganer Angebote in öffentlichen
605 Kantinen

606 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.74: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

607 Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss darauf, was in anderen Teilen der Welt
608 passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen und Eingriffe in das
609 Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung von Savannen
610 (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden massiv durch unser
611 Essverhalten mit verursacht. Insbesondere der hohe Konsum von Fleisch, aber auch
612 tierischer Produkte insgesamt, treibt diese Problematiken mit an.
613 Wir können niemandem vorschreiben, wie man sich zu ernähren hat. Aber wir wollen
614 Beispiele bieten und dafür werben, in Mensen und Kantinen des Landes ökologisch und
615 regional erzeugte Produkte bevorzugt einzusetzen.

616 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 2.32: LTW-Programm - ÖKOLOGISCH](#)**

617 Vor dem Hintergrund der globalen Gerechtigkeit und mit Blick auf Tierwohl und die
618 ungenutzten Möglichkeiten der Landwirtschaft zum Klimaschutz ist es geboten, den
619 Fleischkonsum zu reduzieren. Was auf unserem Teller liegt, hat Einfluss darauf, was
620 in anderen Teilen der Welt passiert: Wasserknappheit, die Vertreibung von Menschen
621 und Eingriffe in das Ökosystem, wie die Abholzung von Regenwald und die Umwandlung
622 von Savannen (Grasland) in Ackerflächen für Soja und Mais, werden durch unser
623 Essverhalten mit verursacht. Wir können niemandem vorschreiben, wie man sich zu
624 ernähren hat. Aber wir wollen Beispiele bieten und dafür werben, in Mensen und
625 Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte bevorzugt
626 einzusetzen.

627 Die Verschwendung von Nahrungsmitteln ist eine Misere. 22 Millionen. Tonnen
628 produzierte Lebensmittel mit einem Gegenwert von 22 Milliarden. Euro werden jedes
629 Jahr in Deutschland weggeworfen. Das System von Erzeugung, Verkauf und Verbrauch
630 ist aus der Balance geraten. Wir werden deswegen ein Aktionsprogramm gegen
631 Lebensmittelverschwendung initiieren. Das Ziel: eine bundesweite Regelung in
632 Supermärkten und entlang der Lebensmittelkette zu etablieren.

633 **Schleswig-Holsteins Äcker bleiben gentechnikfrei**

634 Dass unsere Landwirtschaft und die bei uns erzeugten Nahrungsmitteln frei von
635 Gentechnik sind, ist ein großer Standortvorteil für Schleswig-Holstein. Um dies
636 abzusichern, brauchen wir neben strengeren europäischen Regeln wirksame
637 bundeseinheitliche Anbauverbote für gentechnisch veränderte Pflanzen. Wir fordern
638 eine Änderung der EU-Verordnung, damit Gentechnik im Futter verbindlich
639 gekennzeichnet wird.

640

641 Wie wollen in Land, Bund und EU hinwirken auf ein Importverbot in die EU von
642 genmodifizierten Getreidearten und Leguminosen, die mittels Glyphosat angebaut
643 werden.

644 **Honigbienen und Wildbienen – wir brauchen sie**

645 Imker*innen tragen mit ihren Bienenvölkern wesentlich zur Sicherung unserer
646 Nahrungsgrundlagen und zum Erhalt unserer Kulturlandschaften bei. Die
647 Bestäubungsleistung von Bienen, aber auch von anderen Insekten, ist zum Erhalt der
648 Artenvielfalt und zur Ertragssteigerung von Kulturpflanzen unersetzlich. Durch
649 Pestizideinsatz und Monokulturen sind sie viel anfälliger für Krankheitserreger

650 geworden. Die Bestände von Blütenbestäubern sind mit Hilfe von Forschungsprojekten
 651 und der Änderung landwirtschaftlicher Rahmenbedingungen zu sichern. Die
 652 Landesverbände der Imker*innen übernehmen wichtige Aufgaben der Aus- und
 653 Fortbildung. Sie haben auch in Zukunft unsere Unterstützung.

654 Wir wollen mit einem Artenschutz-Sofortprogramm dem Aussterben von Wildbienen und
 655 andere blütenbesuchende Insekten entgegenreten. Durch dauerhafte Blühstreifen und
 656 dem Erhalt von Lebensräumen von Wildbienen soll der Artenschwund gestoppt werden.

657 **Wir unterstützen „Pionier*innen“ und ihre Ideen für den ländlichen Raum**

658 Schleswig-Holstein besteht zu mehr als 90 Prozent aus ländlichem Raum und ist nicht
 659 nur für Landwirt*innen Arbeitsplatz und Lebensmittelpunkt. Er prägt unsere
 660 Landschaft und bietet uns allen eine einmalige Lebensqualität. Der ländliche Raum
 661 ist auch Heimat für viele Menschen, die mit ihren Kindern ins Grüne gezogen sind
 662 und dafür zur Arbeit in die Städte pendeln. Im ländlichen Raum sind regionale
 663 Wertschöpfung, landwirtschaftliche Betriebe, kompetentes Handwerk, kleine
 664 Unternehmen und Tourismusbetriebe zu Hause.

665 Wichtig sind intakte Strukturen und Beziehungen zwischen Dörfern und Städten, eine
 666 ausreichende Daseinsvorsorge und Freiräume für Menschen, die mit neuen Ideen ihr
 667 Dorf, ihre Region entwickeln wollen. Die gute Anbindung mit Bus und Bahn,
 668 breitbandigem Internet, sowie eine Grundversorgung mit Geschäften, Ärzten und
 669 Schulen muss gewährleistet sein. Dann können sich ländliche Räume dynamisch und
 670 vielfältig entwickeln. Hier ist Mitsprache der Bürger*innen auch im Ehrenamt, in
 671 Vereinen und Kommunen besonders gefragt. Dafür stehen Aktivregionen und integrierte
 672 ländliche Entwicklungsprojekte.

673 Solidarische Landwirtschaft, Hofläden, Markttreffs und Existenzgründerinitiativen
 674 eröffnen neue Perspektiven. Da gehen Menschen neue Wege, um Einfluss auf die
 675 Produktion gesunder Lebensmittel zu nehmen – und um den ländlichen Raum zu
 676 entfalten. Wir unterstützen diese Bewegungen.

677 **Landwirtschaft und ländlicher Raum@Digital**

678 Die Digitalisierung hat die Landwirtschaft längst erreicht. Sie ist in
 679 Teilbereichen bereits eine der meist digitalisierten Wirtschaftsbereiche.
 680 Digitalisierungen und sogenanntes „Smart Farming“ sind Betriebshilfsmittel, die
 681 sich in der Landwirtschaft unabhängig von der Betriebsgröße entwickeln. Es wird
 682 auch darum gehen bei den Angeboten die Spreu vom Weizen zu trennen. Die
 683 Digitalisierung kann ein wichtiges Hilfsmittel auf dem Weg zu einer effizienten und
 684 damit ressourcenschonenden Produktion sein. Sie kann die konventionelle
 685 Landwirtschaft umweltverträglicher machen und im ökologischen Landbau eine wichtige
 686 Hilfe zu seiner Entwicklung sein. Hinzu kommt die Verbesserung der
 687 Arbeitsplatzqualität.

688 Wir wollen zusammen mit der Landwirtschaftskammer die bestehenden Beratungsangebote
 689 zielgerichteter gestalten. Landwirt*innen brauchen vor allem Rat und Information,
 690 um bei den Angeboten zum „Smart Farming“ die Spreu vom Weizen trennen zu können.
 691 „Smart Farming“ ist ein Baustein, der sich unabhängig von der Betriebsgröße
 692 etablieren sollte. Forschung zu „Smart-Farming“ begrüßen und unterstützen wir.

693 Digitalisierung bietet die Chance, Standortnachteile im ländlichen Raum zu
 694 kompensieren. Hierzu zählen Telemedizin, Fortbildung oder bessere Vernetzung. Dies
 695 ist gerade angesichts des demografischen Wandels wichtig. Wir wollen die Aktiv-

696 Regionen nutzen, um gemeinsam mit den Kommunen Musterprojekte für
697 Digitalisierungsstrategien zu entwickeln.

698 **Auf den Punkt**

- 699 • *Wir werden* ein „Landeskompetenzzentrum Ökolandbau“ unter Einbeziehung der
700 Wissenschaft einrichten
- 701 • Ausbildung verbessern und eine Fachklasse ökologischer Landbau einrichten,
- 702 • Weitere europäische Mittel für Umwelt und Tierschutz einsetzen,
- 703 • das Lebensmittel-Schulprogramm zum Erfolg führen,
- 704 • in Mensen und Kantinen des Landes ökologisch und regional erzeugte Produkte
705 bevorzugt einsetzen
- 706 • ein Aktionsprogramm gegen Lebensmittelverschwendung auf Bundesebene anstoßen,
- 707 • die Entwicklung des ländlichen Raums voranbringen.

708 **Tierschutz / Für das Wohl der Tiere in Landwirtschaft und**
709 **Haushaltung**

710
711 Einführung des Verbandsklagerechts, Initiative für Verbot der Pelztierzucht,
712 Möglichkeit von Kastrationsverordnungen für Katzen auf Gemeindeebene, Initiativen
713 zur Weidehaltung: Wir haben beim Tierschutz viel erreicht.

714 Zunehmend fordern Verbraucher*innen gute Haltungsbedingungen für Tiere. Mit dem
715 Gutachten des wissenschaftlichen Beirates der Bundesregierung zur Zukunft der
716 Nutztierhaltung wurden unsere langjährigen Initiativen bestätigt: Eine bessere
717 Tierhaltung ist dringend geboten.

718 Wir setzen uns für den weiteren Ausbau der tierartgerechten und
719 bedürfnisorientierten Nutztierhaltung ein und fördern die Umstellung auf eine
720 tierfreundliche ökologische Landwirtschaft.

721
722 Wir werden dafür insbesondere die Verwaltungsstrukturen und Zuständigkeiten
723 überprüfen. Wir wollen Hilfen für das Konfliktmanagement weiter etablieren und
724 durch Änderungen im Bundestierschutzgesetz werden wir insbesondere
725 Ausnahmetatbestände weitgehend abbauen

726 Kastenstände für Sauen sowie ganzjährige Anbindehaltung bei Rindern gehören ebenso
727 verbannt wie Schnabelkürzen und Schwanzamputationen. Das betäubungslose Kastrieren
728 von Lämmern, Kälbern und Ferkeln muss beendet werden. Wir werden uns für eine
729 anspruchsvolle Nutztierhaltungsverordnung für Milchkühe, Bullen und Puten
730 einsetzen.

731 Tierschutz ist eine zentrales Anliegen der GRÜNEN. Tierschutz beinhaltet
732 selbstverständlich auch, Tieren unnötiges Leid zu ersparen. Nicht erst durch die
733 Änderung bzw. Erweiterung des Grundgesetzes um das Staatsziel Tierschutz sind wir
734 dazu verpflichtet Tiere in Ihrer Mitgeschöpflichkeit zu achten und ihnen
735 vermeidbare Leiden, auch bei der Schlachtung, zu ersparen.

736 Aber Tierwohl ist noch mehr. Die Wahl von geeigneten Rassen und ein Umsteuern in
737 der Zucht ist notwendig. Statt Höchstleistung muss Lebensleistung und somit die
738 Gesundheit der Tiere im Mittelpunkt stehen. Das führt auch zu einer Reduktion des

739 Medikamenteneinsatzes. Der vorbeugende Einsatz von Antibiotika und die Anwendung
 740 von Reserve-Antibiotika (Medikamente, die für die Behandlung von Menschen gegen
 741 resistente Keime zurückgehalten werden) muss unterbunden werden.

742 Auslauf und Weidehaltung sollten bei allen Tierhaltungen vorgebracht werden. Wir
 743 unterstützen Landwirt*innen dabei, ihre Stallungen für mehr Platz pro Tier und das
 744 Tierwohl umzubauen. Für offene Stallsysteme sind tragfähige Lösungen im
 745 Baugenehmigungsverfahren zu finden.

746 Bei den Haustieren unterstützen wir die bundesweite Registrierung von Hunden und
 747 Katzen in einem Haustierregister. Der illegale Welpenhandel sowie der
 748 Internethandel und die Verkaufsbörsen von allen Heimtieren, insbesondere der
 749 Terrarientiere, sollte in derzeitiger Form unterbunden werden. Bei Tieren im
 750 sozialen Einsatz wollen wir einen entsprechenden Sachkundenachweis etablieren.

751 Immer mehr Tiere werden in Tierheimen abgegeben oder ausgesetzt. Tierheime sind
 752 zunehmend in Ihrer Existenz gefährdet. Wir werden uns für eine ausreichende
 753 Finanzierung der Tierheime einsetzen.

754 Wir machen uns auf Bundesebene dafür stark, dass keine Wildtiere im Zirkus
 755 auftreten dürfen. Die beschlossene Bundesratsinitiative gilt es umzusetzen. Auf
 756 landeseignen Flächen werden wir keine Zirkusse mit Wildtieren zulassen und mit den
 757 Kommunen ausloten, wie sie den Tierschutz vor Ort verbessern können.

758 Weniger Tierversuche an den Hochschulen und Universitäten in Schleswig-Holstein –
 759 das ist unser Vorhaben. Wir setzen uns stattdessen für den Ausbau alternativer
 760 Methoden ein. Studierenden, die aus ethischen Gründen die Durchführung von
 761 Tierversuchen ablehnen, darf deswegen nicht ihr Abschluss verwehrt werden. Die
 762 Genehmigungsverfahren für Tierversuche müssen überarbeitet werden.

763 Auf Landesebene werden wir mit allen Beteiligten den „Runden Tisch Tierwohl“ in
 764 Schleswig-Holstein beibehalten und so im Konsensverfahren weitere Verbesserungen
 765 bei der Tierhaltung voranbringen. Wir streben auch die Einrichtung eines
 766 Landestierschutzbeauftragten an.

767 Der Tierschutzbericht des Landes Schleswig-Holstein zeigt die Situation der
 768 Tierhaltung auf. Leider erwächst aus Erkenntnissen dieses Berichtes nicht
 769 zwangsläufig ein besseres Verhalten der Tierhalter im Sinne des Tierwohls. Nach wie
 770 vor gibt es Massentierhaltungen auch in unserem Bundesland und die Würde des Tieres
 771 als Kreatur spielt hier gegenüber dem Gewinn oft eine untergeordnete Rolle.

772 Wegen Personalmangel bei den Kontrollen können nur eine ungenügende Anzahl an
 773 Stichproben durchgeführt, geschweige eine nachhaltige Beratung angeboten werden.
 774 Wir streben eine verbesserte Situation der finanziellen und personellen Ausstattung
 775 der unteren Veterinärbehörden an. Dieses würde nicht nur dem Tierschutz zu Gute
 776 kommen, sondern auch den landwirtschaftlichen Betrieben in Sachen Bratung bei
 777 Fällen wie der Vogelgrippe.

778 Die Amtsveterinäre stehen teilweise schwierigen Situationen gegenüber. Deshalb
 779 sollten Angebote in der Weiterbildung im Bereich Konfliktmanagement und auch
 780 Seuchenschutz zur Verfügung gestellt werden.

781 Kontrollen der landwirtschaftlichen Betriebe haben höchste Priorität, um im Vorfeld
 782 Tierleid vorzubeugen. Jedoch werden immer wieder Betriebe entdeckt, die entgegen
 783 dem Gesetz handeln. Tierquälerei muß konsequent verfolgt und sanktioniert werden.
 784 Deshalb sehen wir die Einrichtung von Schwerpunkts Staatsanwaltschaften mit
 785 speziell ausgebildeten Richtern und Staatsanwälten als geboten.

786 Maßgebend für die Haltung von Tieren ist das Bundestierschutzgesetz. In diesem
 787 jedoch wird z.B. in § 5 und 6 erklärt, dass unter bestimmten Rahmenbedingungen
 788 Eingriffe am Tier, wie Schnabelkürzen bei Legehennen oder das Kastrieren von
 789 männlichen Ferkeln ohne Betäubung, erlaubt sind. Paragraphen die explizit so etwas
 790 aufzeigen repräsentieren keinen Tierschutz, sondern zeigen auf, wann Tierquälerei
 791 erlaubt ist. Wir sehen eine Novellierung des Bundestierschutzgesetzes als zwingend
 792 erforderlich

793 **Auf den Punkt**

- 794 • *Wir werden* uns für den Ausbau einer tierartgerechten und
 795 bedürfnisorientierten Nutztierhaltung einsetzen, mit Auslauf und
 796 Weidehaltung,
- 797 • eine anspruchsvolle Nutztierhaltungsverordnung für Milchkühe, Bullen und
 798 Puten auf den Weg bringen,
- 799 • für ein bundesweites Haustierregister für Hunde und Katzen eintreten,
- 800 • Tierheime finanziell untertützen,
- 801 • uns für einen Landestierschutzbeauftragten einsetzen.
- 802 • Ausstattung, Konfliktmanagement und Struktur der Tierschutzaufsicht
 803 verbessern und das Bundestierschutzgesetz reformieren.

804 **Verbraucher*innen-Politik / Echte Wahlfreiheit gibt es erst** 805 **durch Information und Transparenz**

806
 807 Verbraucher*innenpolitik steht im Zentrum einer nachhaltigen Wirtschaftspolitik.
 808 Ein Kernanliegen grüner Politik ist die Stärkung der Verbraucher*innen. Eine freie
 809 Entscheidung setzt voraus, dass wir wissen, was wir konsumieren. Die
 810 Verbraucher*innen erwarten Transparenz, Aufklärung und Kennzeichnung von Produkten,
 811 wie zum Beispiel die „Lebensmittel-Ampel“ oder produktbezogene „CO2-Fußabdrücke“.
 812 Gesundheit und Interessen von Verbraucher*innen müssen Vorrang haben gegenüber
 813 wirtschaftlichen Interessen von Versicherungen, Banken, Teleanbietern,
 814 Energiewirtschaft, Autokonzernen, Agrarindustrie und Lebensmittelkonzernen.

815 **Standorte der unabhängigen Verbraucherzentralen sichern**

816 Zur Stärkung des Verbraucher*innenschutzes werden wir uns auf Landes- wie auf
 817 Bundesebene für neue Finanzierungsmöglichkeiten einsetzen. Wir fordern und fördern
 818 eine verursacherorientierte Beteiligung der Wirtschaft, um die Finanzierung einer
 819 unabhängigen Verbraucherarbeit abzusichern. Lange überfällig ist, dass der Bund die
 820 Strafen aus Kartellverstößen für die Verbraucherarbeit bereitstellt.

821 Wir setzen uns im Land für eine auskömmliche Finanzierung der laufenden Arbeit und
 822 der neuen Herausforderungen der Verbraucherzentrale ein. Dazu gehört auch der
 823 Erhalt ihrer Standorte in Schleswig-Holstein

824 Verbraucherbildung in den Schulen ist eine Basis für kluges Verbraucherverhalten.
 825 Eine Voraussetzung dafür ist die Möglichkeit der Lehrerausbildung in diesem Fach
 826 bei uns im Land.

827 **Die Verbraucher*innen möchten wissen, woher ihr Essen kommt**

828 Bewusste Konsumententscheidungen setzen Transparenz voraus.

829 Deshalb setzen wir uns auf allen Ebenen dafür ein, dass es eine einfache
 830 gesetzliche Haltungskennzeichnung für Milch und Fleisch – wie beim „Ei mit der
 831 Drei“ – gibt. Wird eine bundeseinheitliche Regelung weiter verschleppt, werden wir
 832 die Einführung einer Hygiene-Ampel im Land, nach dem Vorbild von Dänemark und
 833 Nordrhein-Westfalen, prüfen.

834 Um den Anforderungen des globalen Lebensmittelhandels besser gerecht zu werden,
 835 wollen wir das bestehende System der Lebensmittelüberwachung ausweiten und
 836 effizienter gestalten. Es gilt, die Organisationsstrukturen im Land und in der
 837 Zusammenarbeit von Bund/Ländern/Europa zu optimieren. Gebühren und Kontrollen
 838 müssen so gestaltet werden, dass sie nicht zu einer zusätzlichen
 839 Wettbewerbsbenachteiligung kleiner, handwerklicher Lebensmittelverarbeiter*innen
 840 und Anbieter*innen führen. Wir werden, wie in den vergangenen Jahren, unser
 841 Landeslabor weiter stärken.

842 **Verbraucher*innenschutz@Digital**

843 Auch wer online unterwegs ist, hat das Recht, vor Kostenfallen, Abzocke und
 844 Missbrauch persönlicher Daten geschützt zu sein. Automatisierte Kundenprofile
 845 dürfen nur im vorher definierten Umfang digital erstellt und nur zweckgebunden nach
 846 fairen Regeln verwendet werden. Verbraucher*innen müssen eine echte, freie Wahl
 847 haben, auch ohne massenhafte Speicherung und Verarbeitung von persönlichen Daten
 848 online und offline einzukaufen und Dienstleistungen in Anspruch nehmen zu können.
 849 Dafür müssen die strengeren Anforderungen aus der EU-Datenschutzgrundverordnung
 850 zügig umgesetzt werden.

851 **Auf den Punkt**

- 852 • *Wir werden* uns für den Erhalt der Standorte der Verbraucherzentralen in
 853 Schleswig-Holstein einsetzen,
- 854 • uns im Bund dafür einsetzen, dass die Produkthersteller an der Finanzierung
 855 einer unabhängigen Verbraucherarbeit beteiligt werden,
- 856 • uns für eine gesetzliche Herkunftskennzeichnung für Milch und Fleisch stark
 857 machen.

858 **Klimaschutz / Schleswig-Holstein ist der deutschen** 859 **Energiewende zehn Jahre voraus. Wir bauen diesen Vorsprung aus**

860
 861 Wir sind wahrscheinlich die letzte Generation, die den ungebremsten Klimawandel
 862 abwenden kann. Die ersten Vorboten sind längst da: Unwetter, Starkregen,
 863 Überschwemmungen, Dürren und Veränderungen in der Pflanzen- und Tierwelt. Auch der
 864 Anstieg des Meeresspiegels und die Versauerung der Ozeane sind eine Realität, die
 865 manche bis heute allen Ernstes abstreiten. Ihre Kurzsichtigkeit wird uns und unsere
 866 Kinder hart treffen.

867 Millionen Menschen auf der Flucht und politische Instabilität in vielen Regionen
 868 sind die globalen Kosequenzen, ausgelöst durch Wüstenausbreitung, Wassermangel,
 869 Hunger und Auseinandersetzungen um Rohstoffe. Noch haben wir es in der Hand, die
 870 Klimaziele von Paris zu erreichen: den Klimawandel auf deutlich unter 2 °C,
 871 möglichst auf 1,5 °C zu begrenzen. Die Klimaschutzziele müssen nach den für dieses
 872 Ziel zur Verfügung stehenden CO2-Budgets angepasst werden. Das wollen wir in
 873 Schleswig-Holstein anpacken. Es gilt aber auch für den Bund, denn der
 874 Klimaschutzplan 2050 von CDU und SPD reicht nicht für die Ziele von Paris.

875 Gleichzeitig wollen wir den Atomausstieg sichern, als Vorbild für eine
876 Energiepolitik ohne Kohle und Atom. Viele Länder schauen auf Deutschland mit der
877 Frage: Gelingt dort die Energiewende ohne Verlust an Wohlstand und Lebensqualität –
878 womöglich sogar mit einem Zuwachs? Leider hat die Bundesregierung in den letzten
879 Jahren alles getan, um die Energiewende auszubremsen.

880 Als großes, exportorientiertes Industrieland hat Deutschland eine besondere
881 Verantwortung. Wenn wir die Energiewende schaffen, können andere von unseren
882 Erfahrungen profitieren. Schleswig-Holstein kann Vorreiter bei der Umsetzung sein.

883 **Energiewende mit Rücksicht auf Mensch und Natur**

884 Uns ist bewusst: Wir bewegen uns mit der Energiewende in einem ökologischen
885 Zielkonflikt. Energieerzeugung auch aus Wind und Sonne bedeutet Flächenverbrauch,
886 Leitungsbau, Geräuschbelastung und eine mögliche Gefährdung für Vögel oder
887 Fledermäuse. Jeder Windpark ist ein Eingriff in das Ökosystem – er beeinflusst
888 Mensch, Natur und Landschaftsbild.

889 Wir brauchen die Windenergie, um aus den fossilen Energieträgern Erdöl, Kohle, Gas
890 aussteigen zu können. Nutzen wir sie nicht, dann wird es wärmer und in den Städten
891 werden die Schadstoffemissionen stark steigen – mit allen Folgen. Wir haben für die
892 Planung der Windvorrangflächen mehr als 80 Kriterien zum Schutz von Mensch und
893 Natur aufgestellt. Es darf nicht in Naturschutzgebieten geplant werden, Abstände zu
894 Naturschutzgebieten und FFH-Gebieten sind einzuhalten, bei Großvogelhorsten wurden
895 die Regelungen verschärft. Es gibt keine Umzingelung von Ortschaften. Die Abstände
896 von 400 Metern zu Wohnlagen im Außenbereich, 800 Metern zu Siedlungsflächen des
897 Innenbereichs halten wir für richtig. Wir haben gemeinsam mit anderen Bundesländern
898 strengere Lärmschutzvorschriften in Kraft gesetzt, über ein Lärm-Messprogramm zur
899 Klärung umstrittener Fragen beigetragen, Erleichterungen für Windräder ohne das
900 nächtliche Blinken erlassen und in vielen Veranstaltungen den Dialog mit den
901 Menschen im Land gesucht. Wir respektierten immer den Gemeindewillen, aber das
902 Urteil des Oberverwaltungsgerichts Schleswig vom Januar 2015, das die
903 Teilfortschreibung der Regionalpläne für Windeignungsgebiete für unwirksam
904 erklärte, macht dies jetzt unmöglich. Auch Messungen von Infraschall haben wir
905 veranlasst und gründlich geprüft mit dem Ergebnis, dass bei den derzeitigen
906 Planungsgrundsätzen keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen zu befürchten sind.

907 Auch in Zukunft achten wir auf den Ausgleich der Interessen von Wirtschaft, Mensch
908 und Natur beim Ausbau der erneuerbaren Energien. Doch wir wissen auch: Der Schaden
909 an Mensch und Natur durch Kohle und Atom ist ungleich größer – eine Güterabwägung
910 unumgänglich.

911 **Die Energiewende weitertragen in den Verkehr und zur Wärmeerzeugung**

912 In Schleswig-Holstein haben wir den Netzausbau zusammen mit den Bürger*innen
913 beschleunigt. In der nächsten Wahlperiode wollen wir ihn abschließen. Dann
914 verlagert sich der Netzengpass an die Elbe Richtung Süden.

915 Wir werden weiter Verantwortung übernehmen für einen zügigen und transparenten
916 Netzausbau mit optimaler Planung für Mensch und Natur. Dadurch wird der Stillstand
917 von erneuerbaren Anlagen wegen Netzengpässen schon bald zurückgehen. Zusätzlich
918 setzen wir uns für Speicherprojekte ein und wollen über intelligente Systeme den
919 Strom in der Region nutzen, anstatt Windräder abzuschalten.

920 Dennoch haben wir nicht zu viel erneuerbaren Strom. Denn auch der Wärmebedarf in
921 den Haushalten und der Industrie sowie der Energiebedarf für den Verkehr muss noch

922 mit erneuerbarer Energie versorgt werden. Biomasse allein reicht bei weitem nicht.
923 Mit dieser Sektorenkoppelung fangen wir jetzt an. Sektorenkopplung bedeutet die
924 intelligente Verknüpfung von Strom, Wärme und Verkehr.

925 **Dezentrale Energie für und mit den Bürger*innen**

926 Grüne Politik steht für Transparenz und Dialog. Doch Bürgerbeteiligung heißt nicht
927 nur Mitreden. Bürgerbeteiligung, Bürgerwindparks und Bürgersolaranlagen sind
928 Markenzeichen für Schleswig-Holstein. Sie stehen für eine dezentrale, mit den
929 Menschen vor Ort erzeugte Energie. Bevölkerung und regionale Wirtschaft profitieren
930 so von der erneuerbaren Energie. Gerade dezentrale Anlagen erleichtern die dringend
931 notwendige Kopplung der Wärmeerzeugung mit den erneuerbaren Energien. Dänemark hat
932 erfolgreich gezeigt, wie das geht mit dem Aufbau von lokalen Wärmenetzen und dem
933 Ende für neue Ölheizungen seit 2013 für Neubauten und 2016 auch im Bestand. Auch
934 wir wollen das Ende der Ölheizung, Ihr verbreiteter Einsatz ist mit den
935 Klimaschutzzielen nicht vereinbar. Bei Neubauten und Ersatz sollen Erneuerbare
936 Alternativen gewählt und weitgehend durchgesetzt werden.

937
938 Verlässliche Politik braucht Fristen und Zeit gerechte Ankündigungen, daher unser
939 Vorschlag: Ab 2020 dürfen keine Ölheizungen mehr im Neubau und ab 2025 im Bestand
940 montiert werden. Ausnahmen können nur in Bereichen ohne Zugang zu Gas- oder
941 Wärmenetzen und bei gleichzeitig baulich schwierigen Voraussetzungen für
942 Wärmepumpen oder z.B. Pelletheizungen ermöglicht werden. Wichtig ist die Gewinnung
943 auch der Kommunen, kommunale Wärmeversorgungskonzepte zu erarbeiten, damit eine
944 Verbesserung der Wirtschaftlichkeit von erneuerbaren Alternativen erreicht werden
945 kann. Dazu gehört die systematische Nutzung von Abwärme sowie der Ausbau der
946 Nahwärmenetze. Kümmerer vor Ort sind oft der Schlüssel für den Erfolg. Das Land
947 wird den Kommunen seine Expertise zur Verfügung stellen.

948 **Nach der Atomkraft jetzt auch zügig aus der Kohle aussteigen**

949 Die industrielle Revolution, die Erfindung von Auto, Computer und Smartphone lehren
950 uns: Technologische Sprünge sind möglich und machbar. Einige haben wir forciert, so
951 den Atomausstieg durchgesetzt. Spätestens 2022 ist Schluss, in Schleswig-Holstein
952 sogar schon 2021. Dann ist Schleswig-Holstein atomfrei und wir haben schlagartig
953 wieder viel Platz in den Stromleitungen, den wir durch Erneuerbare decken werden.
954 Wir wollen jetzt bundesweit auch einen verbindlichen Pfad für den zügigen Ausstieg
955 aus der Kohle bis 2025 festlegen. Besonders dreckige Altmeiler müssen
956 schnellstmöglich vom Netz, neuere Kraftwerke werden Schritt für Schritt
957 abgeschaltet.

958 In Schleswig-Holstein haben wir gezeigt, dass die Stromversorgung ohne Kohle und
959 Atom keine Utopie ist. Die Wissenschaft sagt uns: Um das Klima wirksam zu schützen,
960 muss Deutschland bis 2040 vollständig aus der Verbrennung von Kohle, Öl und Gas
961 aussteigen. Entscheidend für die nächsten Jahre ist allerdings nicht, was wir 2050
962 diskutieren, sondern wie wir im Zeitraum von 2017 bis 2021 handeln. Eine schnelle
963 und großvolumige Abschaltung massiver Emissionsemittenten von Treibhausgasen ist
964 wichtiger, als das tatsächliche Ziel ein paar Jahre früher oder später zu
965 erreichen. Nur in die ferne Zukunft zu verweisen heißt, sich vor der Verpflichtung
966 zu drücken und alles der nächsten Politiker-Generation aufzubürden. Wir wollen uns
967 der Verantwortung heute stellen. Deshalb sind die Schritte bis zum Jahr 2025
968 entscheidend. Die Zielmarke von 37 Terawattstunden im Jahr 2025 erneuerbaren Stroms
969 kann Politik in der nächsten Legislaturperiode aktiv beeinflussen. Daran muss sie
970 sich messen lassen.

971 **Kein Fracking und kein CCS in Schleswig-Holstein**

972 Wir lehnen Fracking und die Entsorgung von CO₂ durch Verpressung in unterirdische
 973 Lagerstätten (CCS – Carbon Capture and Storage) in Schleswig-Holstein auch
 974 weiterhin entschieden und gemeinsam mit vielen engagierten Menschen vor Ort ab.
 975 Gegen CCS haben wir ein eigenes Landesgesetz geschaffen. Unkonventionelles Fracking
 976 wird über Bundesrecht verhindert, Ausnahmen wird es in Schleswig-Holstein mit uns
 977 nicht geben. Für konventionelles Fracking sehen unsere Geologen derzeit keinen
 978 Ansatz in Schleswig-Holstein. Wir werden dennoch alle rechtlichen Möglichkeiten
 979 nutzen, um jede Form von Fracking bei uns im Land zu verhindern und setzen uns auch
 980 weiterhin für rechtssichere Lösungen auf Bundesebene ein.

981 **Effizienz – alles nutzen, um Energie zu sparen**

982 Auch in der nächsten Wahlperiode spielt Energieeffizienz eine zentrale Rolle. Mit
 983 dem wertvollen Strom aus erneuerbaren Energien können wir nicht so verschwenderisch
 984 umgehen, wie wir es uns angewöhnt haben. Wir unterstützen die Kommunen weiter,
 985 Projekte wie LED-Beleuchtung, Energiesparen in Haushalten und in der Industrie
 986 umzusetzen. Dabei gilt es, Contracting-Modelle zu nutzen, bei denen Firmen ebenso
 987 wie Kommunen ohne eigenes Risiko oder Kapital neue Effizienztechnologien erhalten
 988 können.

989 **Atomkraftwerke zurückbauen - Euratom-Vertrag kündigen**

990 Von den drei Atomkraftwerken in Schleswig-Holstein liegen für Brunsbüttel und
 991 Krümmel sowie für den Forschungsreaktor in Geesthacht Anträge zum Rückbau vor. Ziel
 992 der nächsten Wahlperiode ist, dass auch Brokdorf bald vom Netz geht und für alle
 993 drei Atomkraftwerke der Rückbau beginnen kann. Dabei stehen wir für transparente
 994 Verfahren und frühe Beteiligung von Bürger*innen und Kommunen. Wer Ja sagt zum
 995 Rückbau der Atomkraftwerke, muss auch bereit sein, Verantwortung zu übernehmen.

996 Dies gilt in erster Linie für die Betreiber, die sich heute versuchen aus der
 997 Verantwortung zu stehlen, aber auch für die notwendige Entsorgung von
 998 freigemessenem Bauschutt. Wir werden für lückenlose Kontrolle und Transparenz bei
 999 allen Verfahrensschritten sorgen.

1000 Die Zwischenlager an den Atomkraftwerken dürfen nicht zu Endlagern werden. Wir
 1001 setzen uns auf Bundesebene dafür ein, dass möglichst bald mit den Planungen und der
 1002 Umsetzung einer zentralen Zwischenlagerung hochradioaktiver Castoren für die Zeit
 1003 spätestens nach Ablauf der Genehmigungen der jetzigen Zwischenlager (um 2045)
 1004 begonnen wird.

1005 Die Sicherheitsstandards der Überwachung von Atomkraftwerken werden mit uns auch
 1006 nach dem Abschalten nicht gesenkt.

1007 Wir machen uns auch dafür stark, dass die Bundesregierung eine Ablösung des
 1008 Euratom-Vertrags erficht. Über diesen Kontrakt fließen nach wie vor gigantische
 1009 Subventionen in die Atomindustrie.

1010 **Energie@Digital**

1011 Ohne Digitalisierung wird die Integration von erneuerbaren Energien in ein
 1012 zukunftsfähiges Energiesystem nicht gelingen. Nötig sind neuartige Konzepte zur
 1013 Systemführung und Integration sowie die intelligente Verbindung von Erzeugung,
 1014 Verteilung, Speicherung und Verbrauch von Energie.

1015 Intelligente Stromnetze (Smart Grids) erleichtern es Energiekonsumenten bereits
 1016 heute, selbst Strom ins Netz einzuspeisen, den Transfer per App zu kontrollieren

1017 und sich als sogenannte „Prosumer“ neue finanzielle Möglichkeiten auf dem
1018 Energiemarkt zu eröffnen.

1019 Den Einbau intelligenter Zähler (Smart Meter) im privaten Bereich begrüßen wir,
1020 wenn sie die Nutzung erneuerbarer Energie voranbringen und ein wirklich sinnvoll
1021 nutzbares Preissignal an die Verbraucher*innen geben. Die Erfassung des
1022 Stromverbrauchs darf dabei aber nicht dazu führen, dass die persönlichen
1023 Lebensgewohnheiten der Verbraucher*innen ausforschbar werden. Wir setzen uns dafür
1024 ein, dass intelligente Zähler in ihrem technischen Design und im häuslichen Einsatz
1025 hohen Datenschutzerfordernungen genügen und der Kontrolle der Verbraucher*innen
1026 unterliegen. Wir wollen die Entwicklung und den Einsatz datenschutzfreundlicher
1027 Smart Meter im Land fördern.

1028 **Auf den Punkt**

- 1029 • *Wir werden* die intelligente Verknüpfung von Strom, Wärme und Verkehr,
1030 voranbringen,
- 1031 • die Interessen von Mensch und Natur beim Ausbaus der erneuerbaren Energien
1032 beachten,
- 1033 • bundesweit für einen verbindlichen Pfad für zügigen Kohle-Ausstieg eintreten,
- 1034 • neue Effizienztechnologien unterstützen,
- 1035 • konkrete Speicherprojekte auf den Weg bringen,
- 1036 • Stromnetze ausbauen,
- 1037 • Fracking und CCS in Schleswig-Holstein verhindern,
- 1038 • alle drei Atomkraftwerke zurückbauen
- 1039 • alles daran setzen, dass der Euratom-Vertrag aufgelöst wird.

1040 **Wirtschaft / Wir setzen auf Innovation und Nachhaltigkeit. So** 1041 **bringen wir Wertschöpfung, Arbeitsplätze und Wohlstand in** 1042 **unser Schleswig-Holstein**

1043

1044 Schleswig-Holstein ist durch kleine und mittelständische Unternehmen geprägt.
1045 Familienunternehmen zeichnen sich durch Denken über Generationen hinweg aus. Bei
1046 Startups handelt es sich hingegen um junge, noch nicht etablierte Unternehmen, die
1047 zur Verwirklichung einer innovativen Geschäftsidee mit geringem Startkapital
1048 gegründet werden und mit hoher Geschwindigkeit gesellschaftlichen Wandel einleiten
1049 können. Wir sehen beide als Partner*innen für eine nachhaltige
1050 Wirtschaftsentwicklung, die den Verbrauch natürlicher Ressourcen Schritt für
1051 Schritt reduziert. Wir GRÜNE erkennen unsere Aufgabe darin, attraktive
1052 Rahmenbedingungen für die Einführung neuer Technologien, der Digitalisierung,
1053 flexibler Zeitarbeitsmodelle, guter Bildung und Ausbildung zu schaffen. Vom
1054 Handwerker bis zum Schiffsbauingenieur, ob an Uni, FH, Schule oder in der
1055 Ausbildung: Wir wollen, dass heute schon das Wissen für die Energiewende gelernt
1056 und erforscht wird und treten dafür in einen breiten Dialog ein (auch da, wo der
1057 Bund die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen noch schaffen muss). So soll ein neuer
1058 Aufbruchs- und Unternehmergeist in Schleswig-Holstein entfacht werden: das Land als
1059 Heimat für nachhaltige Start-Ups.

1060 Fachkräftesicherung ist Standortsicherung. Wir haben im Wettbewerb um die besten
1061 und klügsten Köpfe einiges zu bieten in Schleswig-Holstein.

1062 Nach den Ergebnissen der Glücksforschung leben in Schleswig-Holstein die
1063 glücklichsten Menschen in ganz Deutschland. Zufriedenheit und Glück hat viel mit
1064 Lebensqualität, unversehrter Natur, gutem Leben, guter Arbeit aber auch mit guter
1065 Politik zu tun. Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Life-Balance und
1066 Geschlechtergerechtigkeit sind für uns wichtige Politikfelder, die auch der
1067 Wirtschaft nutzen.

1068 **Gemeinsam anders wirtschaften**

1069 Der Marktanteil von nachhaltigen Produkten wächst. Viele Verbraucher legen Wert
1070 darauf, dass Produkte fair erzeugt werden, klimagerecht und langlebig sind.

1071 Nachhaltigkeit und Gemeinwohl sind Grundpfeiler der ökologisch-sozialen
1072 Marktwirtschaft, die wir weiter unterstützen. Wir setzen dabei auf bekannte und
1073 neue Formen des Wirtschaftens wie Genossenschaftsmodelle, Gemeinwohlökonomien,
1074 solidarische Ökonomien oder Netzwerke und unterstützen innovative Ideen zu
1075 Ressourceneffizienz und Kreislaufwirtschaft. Sie bringen neue Ideen voran, bei
1076 denen die Wertschöpfung häufig regional und in Form von sozialen Dienstleistungen
1077 erbracht wird.

1078 Schleswig-Holsteins Wirtschaft zukunftsfähig aufzustellen, heißt auch auf die
1079 Frauen zu zählen und zwar nicht nur als sogenannte „Stille Reserve“ im Kampf gegen
1080 den Fachkräftemangel. Wir GRÜNE setzen uns für eine Umwertung des Begriffes Arbeit
1081 ein. In einem geschlechtergerechten Wirtschaftssystem müssen auch soziale und
1082 pflegerische Tätigkeiten, die Tätigkeiten des Sorgens und Sichkümmers (Carearbeit)
1083 fair bezahlt und gesellschaftlich anerkannt werden.

1084 Wir setzen uns für Geschlechter- und Lohngerechtigkeit ein, für gleiche Bezahlung
1085 für gleichwertige Arbeit und für gleiche Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Wir
1086 gestalten die Rahmenbedingungen der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechend, wie
1087 z.B. durch eine gendergerechte Gestaltung von wirtschaftlichen Förderclustern
1088 zugunsten von Frauenarbeitsplätzen oder durch eine Stärkung von
1089 Gründerinneninitiativen sowie die Sicherung von "Frau und Beruf".

1090 Eine moderne Industriegesellschaft braucht Wissen und Innovation. Bereits heute
1091 gibt es rund um die Hochschulen in Flensburg, Kiel und Lübeck eine lebendige Start-
1092 Up-Szene. Wir wollen die bestehenden Wirtschaftsförderprogramme nutzen, um
1093 nachhaltige Unternehmensgründungen deutlich stärker und niedrighschwelliger als
1094 bisher zu unterstützen. Hierbei setzen wir auf die Schwerpunkte
1095 Informationstechnologie, ökologisch-gesellschaftlicher Wandel sowie Integration.

1096 Zudem wollen wir kreative Orte der Zusammenarbeit (CoWorking Spaces und FabLabs)
1097 und weitere Räume für die Vernetzung von Gründungsinteressierten schaffen, um ihre
1098 Zukunft aktiv zu gestalten. Des Weiteren wollen wir Bibliotheken, Volkshochschulen,
1099 schulische Gemeinschaftsräume, leerstehende Gebäude zu solchen Orten umwandeln.

1100 **Nachhaltige Entwicklung stärken**

1101 Unser Ziel ist es, Nachhaltigkeit zum zentralen Entscheidungskriterium von
1102 Regierungs- und Verwaltungshandeln zu machen. Wohlstand und Lebensqualität können
1103 nicht mit Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) gleichgesetzt werden - wir
1104 wollen ein "grünes BIP". Unser Ziel ist es, Wohlstand künftig anders zu messen und
1105 neben dem BIP auch den ökologischen Fußabdruck, die Verteilung und die
1106 Zufriedenheit in einem regelmäßigen Wohlstandsbericht zu erfassen.

1107 Nachhaltigkeit wird häufig als politisches Feigenblatt verwendet, um problematische
 1108 Entwicklungen zu verstecken. Damit werden wir in der Landesregierung Schluss
 1109 machen. Wir verhalten uns nur dann nachhaltig, wenn unser gesamtes Handeln sowohl
 1110 die Bedürfnisse der heutigen Generation als auch die von unseren Kindern und Enkeln
 1111 berücksichtigt. Diese Maxime wird die Leitlinie unserer Politik in der neuen
 1112 Landesregierung sein. Ein mit Bürger*innen besetzter Nachhaltigkeitsbeirat soll uns
 1113 dabei unterstützen.

1114 Wir streben einen ressortunabhängigen Nachhaltigkeits-Check für alle Gesetze,
 1115 Bundesratsinitiativen und Verfügungen des Landes an. Dieser muss auch die
 1116 internationalen Folgen widerspiegeln.

1117 **Handwerk hat grünen Boden**

1118 Handwerker und kleine mittelständische Betriebe sorgen für wirtschaftliche
 1119 Stabilität, gerade in Krisenzeiten. Handwerksbetriebe halten die Gesellschaft in
 1120 vielerlei Hinsicht zusammen und gewährleisten das Funktionieren unseres
 1121 Alltagslebens wie kaum eine andere soziale Gruppierung. Handwerker setzen unsere
 1122 Energiewende um, dämmen Häuser, warten Windkraftanlagen oder installieren
 1123 intelligente Netze. 16.000 Menschen arbeiten schon heute allein in Schleswig-
 1124 Holstein im Bereich der Erneuerbaren. Wir wollen daraus 20.000 machen.
 1125 Das Handwerk ist für uns auch ein wichtiger Partner bei der Ausbildung von
 1126 Fachkräften und der Integration von Flüchtlingen und Migranten. Um letzteres
 1127 leisten zu können, benötigen sie entsprechende Unterstützung, wie sie mittlerweile
 1128 auch bereits von den Willkommenslots*innen der Handwerkskammern geleistet wird. Die
 1129 Fortführung von Projekten wie "Mehr Land in Sicht", "Passgenaue Besetzung" u.ä. als
 1130 Antwort auf die anstehenden Herausforderungen für Handwerksbetriebe befürworten
 1131 wir.

1132 Wir wollen die kleineren und mittleren Handwerksbetriebe in Schleswig-Holstein
 1133 unterstützen, damit sie ihre Qualitätsstandards und -anforderungen umsetzen können.
 1134 Handwerksbetriebe werden wir durch E-Government von unnötiger Bürokratie entlasten.

1135 Außerdem wollen wir Handwerksbetrieben die regionale Vermarktung erleichtern. Sie
 1136 brauchen eine bessere Beratung und eine gut verzahnte Förderung, damit sie
 1137 Förderprogramme im Land besser nutzen. Öffentliche Einrichtungen, beispielsweise
 1138 Gemeinschaftsküchen in Kitas und Schulen, sollen Vorbildfunktion übernehmen und
 1139 besser auf regionale Belieferung zurückgreifen können. Deshalb setzen wir auf
 1140 Regionalität und wollen die Möglichkeit, kleine und mittelständische Produzenten
 1141 aus der Region zu bevorzugen, im Vergaberecht stärken.

1142 **Neue Industriepolitik für Schleswig-Holstein**

1143 Schleswig-Holstein ist das Land der Energiewende. Energie aus erneuerbaren Quellen
 1144 ist zur Genüge im Land vorhanden. Dies ist ein wichtiger Standortfaktor für eine
 1145 nachhaltige Wirtschaft in Schleswig-Holstein. Industrie 4.0, die Wirtschaft im
 1146 digitalen Zeitalter, steht dabei für optimierte Produktions- und Prozessabläufe mit
 1147 Hilfe digitaler, intelligenter Systeme. Dies sollte möglichst auf Grundlage von
 1148 anonymen oder anonymisierten Daten geschehen. Wir unterstützen die Idee eines
 1149 Kompetenzzentrums Industrie 4.0 und werden die Vernetzung und Weiterqualifikation
 1150 der Akteur*innen vorantreiben.

1151 Wenn viel erneuerbarer Strom erzeugt wird, weil der Wind gleichmäßig über das Land
 1152 weht, kann eine Fabrik die zur Produktion benötigte Wärme günstiger mit Strom als
 1153 aus Erdgas erzeugen. Elektrofahrzeuge laden ihre Akkus günstig auf, im gut
 1154 gedämmten Haus läuft die Wärmepumpe: Das Ganze wird durch Preissignale gesteuert,

1155 so dass Strom dann verbraucht wird, wenn er günstig ist – wenn er also in großen
1156 Mengen verfügbar ist. Die Einbindung der privaten Haushalte in die intelligente
1157 Steuerung des Energieverbrauchs startet bei den Haushalten mit großem Verbrauch, in
1158 besonders geeigneten Quartieren und bei denen, die aus Überzeugung Lust haben
1159 mitzumachen. Über die Ausstattung mit intelligenten Zählern und Tarifen können alle
1160 ihren Teil dazu beitragen, dass der erneuerbare Strom optimal genutzt und Geld
1161 gespart wird. Intelligente Netze sorgen für günstigen Strom und Komfort.

1162 Wir suchen das Gespräch mit den großen internationalen IT-Unternehmen, um sie von
1163 den attraktiven Standorten an unserer Westküste zu überzeugen.

1164 **Neue Steuerungsmodelle für das Stromnetz ermöglichen**

1165 Erneuerbar erzeugter Strom, der wegen fehlender Leitungen nicht ins Stromnetz geht,
1166 stellt eine erhebliche Vergeudung von Ressourcen dar. Hier braucht es neue
1167 Marktmodelle, mit denen dieser Strom anderweitig genutzt werden kann. Mit den
1168 Betrieben, die zuschaltbare Verbraucher wie Wärme- oder Kälteerzeuger nutzen, und
1169 mit den Erzeugern erneuerbarer Energien, wollen wir neue Steuerungs- und
1170 Bezahlmodelle entwickeln, wie auch mit einem schwankenden Stromangebot
1171 wirtschaftlich sinnvoll umgegangen werden kann. So reißen wir die Mauern zwischen
1172 den Sektoren Strom-Wärme-Mobilität ein. Deshalb setzen wir uns in Berlin laut und
1173 nachhaltig dafür ein, sinnvolle Erprobungsregelungen für das Land Schleswig-
1174 Holstein zu ermöglichen. Wir haben nicht zu viel erneuerbaren Strom, wir müssen ihn
1175 nur in die Bereiche bringen, die heute noch Öl oder Kohle verbrennen.

1176 **Die Westküste zum Silicon Valley der Wasserstofftechnologie entwickeln**

1177 Wir haben die Weichen für Wärmewende, Speicher, Power-to-X (mit Strom Wasserstoff
1178 oder Wärme erzeugen) in der vergangenen Wahlperiode gestellt. In der nächsten
1179 wollen wir die Technologie breit zum Einsatz bringen und den Anwendungsbereich
1180 weiter ausdehnen. Dazu gehört auch, Innovationen den Weg zu ebnen. Wir wollen
1181 erneuerbare Wärme deutlich schneller zubauen, wie bisher. Das wird Wertschöpfung
1182 und Arbeitsplätze im Norden schaffen. Wir sehen gute Chancen, die Westküste, an der
1183 es viel Windstrom gibt, zum Silicon Valley der Wasserstofftechnologie zu
1184 entwickeln. Das IZET in Itzehoe, mittelständische Unternehmen zwischen Brunsbüttel
1185 und Niebüll sowie große Industriebetriebe haben vielversprechende Projekte
1186 vorbereitet, deren Umsetzung wir sichern werden.

1187 So wollen wir unsere Standortvorteile wie bei der Energiewende auch bei der
1188 Industrierende nutzen. Dabei spielt für uns der Wirtschaftsraum Brunsbüttel als
1189 zukünftiger Knotenpunkt der Erneuerbaren Energien und Verbraucher- und
1190 Verteilungsschwerpunkt eine besondere Rolle. Das gilt sowohl für Raffinerien, als
1191 auch für die industriellen Verbraucher.

1192 In der kürzlich aus der Taufe gehobenen Innovationsallianz NEW 4.0 (Norddeutsche
1193 EnergieWende) arbeiten mehr als 50 Unternehmen ganz vorn in der Energie-Forschung
1194 mit. Bei dem Projekt geht es um die durchgehende Sicherstellung der
1195 Energieversorgung auch bei hohem Anteil erneuerbarer Energie – um die
1196 „intelligente“, gleichzeitige Steuerung von Erzeugung, Verbrauch und Speicherung
1197 erneuerbarer Energie. Und es zielt auch auf die Entwicklung von Anreiz- und
1198 Marktmodellen für alle Marktteilnehmer (regulatorischer Rahmen), die Energie
1199 produzieren, verteilen oder verbrauchen. Uns ist klar, dass wir das EEG
1200 (Erneuerbare Energien Gesetz) weiterentwickeln müssen. Dieses Projekt ist ein gutes
1201 Beispiel für die enge wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein
1202 und Hamburg, die wir weiter stärken wollen. Die Ergebnisse von NEW 4.0 werden wir

1203 in politisches Handeln übersetzen. Hierfür wollen wir auch Fördermittel aus der EU
1204 in den Norden holen.

1205 **Zugang zu schnellem Internet für Alle**

1206 Schnelles Internet ist die Basis jeder wirtschaftlichen Entwicklung. Schleswig-
1207 Holstein liegt mit rund 25 Prozent anschlussfähiger Haushalte an Glasfaser bereits
1208 jetzt vorn im Vergleich der Bundesländer. Wir verfolgen das Ziel, spätestens bis
1209 zum Jahr 2030 alle Haushalte an diese schnelle und zukunftsfähige Technologie
1210 anzubinden. Bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode wollen wir 70 Prozent
1211 erreicht haben. Übergangstechnologien, wie Richtfunk oder Vectoring (Ertüchtigung
1212 vorhandener Kupferkabel), sollen dabei nur in Ausnahmefällen zum Einsatz kommen. Um
1213 den Ausbau des Glasfasernetzes durch private Investoren zu unterstützen, werden wir
1214 Schulen, Polizeistationen, Bibliotheken, Bildungseinrichtungen und andere
1215 öffentliche Einrichtungen an das schnelle Netz anschließen. Im Bund drängen wir
1216 auch weiterhin auf eine schnellstmögliche Absage an die Rechtsunsicherheit
1217 schaffende Störerhaftung beim Betrieb von WLAN-Netzen und Änderungen im
1218 Beihilferecht, damit die öffentliche Hand Lücken im Netz des Breitband- und
1219 Mobilfunknetzes besser schließen kann. Die Finanzierung kann u.a. durch den Verkauf
1220 der Telekomaktien aus Bundesbesitz erfolgen.

1221 Ein schnelles Glasfasernetz und die hohe Lebensqualität sind gute Voraussetzungen,
1222 um sich als Unternehmen oder Fachkraft in Schleswig-Holstein niederzulassen. Wir
1223 werden eine Initiative zur Anwerbung von Unternehmen und Fachkräften starten, um
1224 mehr Wirtschaftskraft in den Norden zu locken.

1225 **Maritime Wirtschaft schafft blaues Wachstum**

1226 Schleswig-Holstein hat großes Potenzial im Zukunftsfeld der maritimen Wirtschaft.
1227 Sei es in der Meerestechnik, in der Ozeanforschung, der marinen Aquakultur, der
1228 Biotechnologie oder dem Spezialschiffbau. Diese Bereiche wollen wir
1229 weiterentwickeln und zu einem Schwerpunkt unserer Wirtschaftspolitik machen.

1230 **Starker Gesundheitsstandort**

1231 Schleswig-Holstein ist ein starker Gesundheitsstandort in der medizinischen
1232 Versorgung, zum Beispiel durch unser Universitätskrankenhaus (UKSH) in Kiel und
1233 Lübeck, in der Pflege oder der Reha. Viele Menschen verbringen hierzulande ihren
1234 Urlaub, um sich wieder fit zu machen. Oder sie ziehen ganz in unser schönes Land,
1235 um in Schleswig-Holstein ihren Ruhestand zu verbringen. Wir werden die
1236 Gesundheitswirtschaft weiter stärken und sie etwa bei der Suche und Ausbildung von
1237 Fachkräften unterstützen.

1238 **Nachhaltigen Tourismus ausbauen**

1239 Eine intakte Natur ist die wichtigste Grundlage für den Tourismus in Schleswig-
1240 Holstein. Die Vielfalt unserer Landschaft sowie die Strände an Nord- und Ostsee
1241 sind der Grund für viele Menschen, ihren Urlaub hier zu verbringen. Die
1242 Herausforderung der Zukunft wird sein, den Tourismus umweltverträglich,
1243 ressourcenschonend und sozialverträglich zu gestalten.

1244 Wir unterstützen die Landesstrategie „Nachhaltiger Tourismus“. Energetische
1245 Sanierungen und Modernisierungen von Beherbergungsbetrieben fördern wir weiter.
1246 Außerdem wollen wir Tourismusinitiativen mit nachhaltigen, innovativen und
1247 ökologischen Konzepten besonders unterstützen, ein Gütesiegel für Nachhaltigkeit
1248 oder eine landesweite Zertifizierung zum Beispiel können wirksame Instrumente sein.

1249 Themenkonzepte wie Bio-Hotels, Hofläden, Bio-Märkte, Radfahren (bed and bike),
1250 Wandern, Reiten, Sport und Kultur sollen zielgruppenunabhängig unterstützt werden.

1251 Die vorhandenen Strukturen des Tourismus-Marketings für Land und Regionen wollen
1252 wir zwar weiterhin unterstützen, sehen jedoch, dass der digitale Wandel die
1253 Marketingstrukturen in der Zukunft stark verändern wird. Die hierdurch entstehenden
1254 Chancen wollen wir nutzen.

1255 Die Tourismusstrategie des Landes hat bisher sehr auf quantitatives Wachstum
1256 gesetzt. Die Weiterentwicklung des Tourismus geht aber nur im Einklang mit der
1257 Natur.

1258 Wichtig ist uns auch eine moderne und vernetzte Mobilität vor Ort. Dazu gehören
1259 Elektromobilität, E-Carsharing, Verkehrsreduzierung in den Tourismusorten, gute
1260 Gepäck- und Fahrradbeförderung, öffentlicher Nahverkehr, vor allem einfache und
1261 attraktive Tarife.

1262 **Ein Arbeitsmarkt für Alle!**

1263 Die Herausforderung der Zukunft wird es sein, einen Arbeitsmarkt zu schaffen, der
1264 allen Menschen gerechten und fairen Zugang und Arbeitslohn bietet.
1265 Errungenschaften, wie z.B. der Mindestlohn, dürfen nicht aufgeweicht werden.
1266 Migrant*innen muss der Weg in die Selbstständigkeit erleichtert werden. Um dies
1267 alles zu erreichen, braucht es vielfältiger Unterstützungsprogramme und Maßnahmen,
1268 für Neuzugewanderte auch in Kombination mit Sprachförderung. Ziel ist es,
1269 bürokratische Hürden abzubauen und Regelsysteme zu ertüchtigen.

1270 **Neue und gerechte Arbeit in Schleswig-Holstein**

1271 Die „schöne neue Arbeitswelt“ verunsichert uns gleichermaßen, wie sie uns
1272 fasziniert. Der Strukturwandel der Arbeitswelt beschleunigt sich weltweit und auch
1273 in Schleswig-Holstein immer mehr und läutet eine Ära neuer Arbeitsorganisation ein.
1274 Neue Technologien, Globalisierung und demographischer Wandel verändern die
1275 Arbeitswelt drastisch. Darum wird sich die Gestaltungsaufgabe der kommenden Jahre
1276 drehen. Arbeit soll im Bestfall produktiv sein und machen, soll fordern und
1277 erfüllen, heraus-, aber nicht überfordern. Fachkräftesicherung, Standortsicherung,
1278 Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Work-Life-Balance und
1279 Geschlechtergerechtigkeit sind daher auch für Schleswig-Holstein zunehmend wichtige
1280 Aspekte. Die vorhandenen Fort- und Weiterbildungsangebote, sowie das Angebot an
1281 Hochschulstudiengängen müssen wir stärker auf den Wandel der Arbeitswelt
1282 ausrichten. Dieser Wandel wird aber besondere Anforderungen an die soziale
1283 Gerechtigkeit stellen. Gute Arbeit hat auch viel mit gerechten Löhnen zu tun. Mit
1284 unserem Landesmindestlohngesetz sind wir bundesweit Vorreiter für eine faire
1285 Lohnpolitik. Unser Ziel ist und bleibt ein armutsfester Mindestlohn.

1286 **Wirtschaft@Digital**

1287 Wir unterstützen auch weiterhin den Ausbau öffentlicher WLAN-Hotspots sowie den
1288 Ausbau des LTE-Mobilfunks. Die Freifunkinitiativen wollen wir unter anderem durch
1289 die Anerkennung der Gemeinnützigkeit weiterhin unterstützen. Für den neuen G5-
1290 Mobilfunkstandard werden wir die notwendigen Rahmenbedingungen schaffen und den
1291 Ausbau des Glasfasernetzes weiter vorantreiben.

1292 Die Wirtschafts- und Technologieförderung Schleswig-Holstein (WTSH), die
1293 Investitionsbank und die EU-Förderprogramme sollen viel stärker auf Digitalisierung
1294 ausgerichtet werden. Außerdem setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass neue
1295 Technologien – wie das autonome Fahren, der Gütertransport per Drohne oder die

1296 Fernbehandlungen in der Medizin – durch gute rechtliche Rahmenbedingungen, die auch
 1297 Antworten auf die zahlreichen ethischen Fragestellungen (z. B. beim Datenschutz
 1298 oder bezüglich Haftungs- und Zulassungsfragen)geben, flankiert werden.

1299 Wir sehen die enormen Chancen der Digitalisierung für die Wirtschaft, wir kümmern
 1300 uns aber auch um die Risiken. So sind Unternehmen und Arbeitnehmer im digitalen
 1301 Wettbewerb zu schützen. Urheberrechte, Datenschutz, Meinungs- und
 1302 Persönlichkeitsrechte müssen gewahrt bleiben. Unsere Digitale Agenda wird gemeinsam
 1303 mit dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz (ULD) und all denjenigen, die
 1304 sich in diesen Prozess einbringen wollen, gemeinsam weiterentwickelt.

1305 Die Arbeitswelt im Digitalen Zeitalter bietet ebenfalls Chancen und Risiken. Wir
 1306 werden dafür kämpfen, dass unsere sozialen Standards auch im digitalen Zeitalter
 1307 erhalten bleiben. Die Digitalisierung und Automatisierung dürfen nicht in erster
 1308 Linie zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit verstanden werden, sondern sie
 1309 müssen die Arbeitswelt insgesamt verbessern. Die Entgrenzung der Arbeitszeit, den
 1310 Verlust von Arbeitsplätzen und eine daraus resultierende Umverteilung von arm nach
 1311 reich wollen wir mit einer kritischen Technologiefolgenabschätzung thematisieren.
 1312 Wir werden die gesellschaftliche Debatte über die ethischen Folgen der
 1313 Automatisierung vertiefen. Eine Ausbeutung von Arbeitnehmer*innen und das Umgehen
 1314 von mühsam erkämpfter Regeln lehnen wir ab und setzen uns für eine den digitalen
 1315 Realitäten angepassten Beschäftigtendatenschutz ein. Die vielfältigen Möglichkeiten
 1316 der Digitalisierung in der Arbeitswelt, zum Beispiel hinsichtlich einer
 1317 flexiblen, familienfreundlichen Arbeitszeitgestaltung und die vielen Potenziale für
 1318 neue Ideen und neue Wertschöpfung wollen wir nutzen.

1319 **Auf den Punkt**

- 1320 • *Wir werden* eine Nachhaltigkeitsstrategie für Schleswig-Holstein entwickeln,
- 1321 • Gründungsgeist beflügeln und Start Ups fördern,
- 1322 • uns für die Gemeinwohl-Ökonomie stark machen,
- 1323 • die Industriewende mit erneuerbaren Energien forcieren,
- 1324 • ein schnelles Glasfasernetz aufbauen,
- 1325 • die Westküste zum Silicon Valley der Wasserstofftechnologie entwickeln,
- 1326 • Maritime Wirtschaft, Gesundheitsstandort und nachhaltigen Tourismus ausbauen,
- 1327 • Arbeitsplätze im Handwerk für die Erneuerbaren von 16.000 auf 20.000
- 1328 steigern,
- 1329 • einen Grünen Wohlstandsindex in unserem "Land des Glücks" etablieren.

1330 **Verkehrswende / Nachhaltigkeit voranbringen - mit gut** 1331 **ausgebautem und bedarfsorientiertem Nahverkehr und vernetzten** 1332 **Mobilitätsangeboten**

1333
 1334 Unsere GRÜNE Aufgabe ist es, die Mobilität der Zukunft zu gestalten. Wir werden für
 1335 eine Verkehrswende sorgen. „Starke Linien“ und „Flexible Bedienung vor Ort“
 1336 vereinen die Individualität von Autos und Zweirädern mit den Vorzügen von Zug und
 1337 Bus. Das macht den ÖPNV attraktiv und verringert sowohl die Emissionen als auch den
 1338 Ressourcenverbrauch. Das ist gut für die Menschen und schützt das Klima. Den

1339 Individualverkehr modernisieren wir mit modernen Konzepten wie E-Bikes, Carsharing
 1340 und Elektromobilität. Mit innovativen Mobilitäts-Apps, attraktiven Tarifen und
 1341 Angeboten in Stadt und Land machen wir Schleswig-Holstein mobil.

1342 **Strukturen für E-Mobilität ausbauen**

1343 Wir wollen in Schleswig-Holstein zeigen, wie Elektromobilität und autonomes Fahren
 1344 funktionieren kann. Entsprechende Ankündigungen hat es genug gegeben. Wir werden
 1345 uns dafür einsetzen, dass die öffentliche Hand mit gutem Beispiel vorangeht – mit
 1346 mehr Dienstfahrzeugen im Elektrobetrieb und E-Tanksäulen an öffentlichen
 1347 Einrichtungen. In den Tourismusorten wollen wir uns ein Beispiel an der Schweiz
 1348 nehmen und eine Teststrecke für elektrische, autonome Shuttle-Busse einrichten.
 1349 Sicherheit hat hier für uns oberste Priorität.

1350 In den vergangenen Jahren hat die von uns getragene Landesregierung damit
 1351 angefangen, ein Ladenetz auch mit öffentlichen Geldern aufzubauen. Jetzt geht es
 1352 darum, neben privaten E-Mobilen ein intelligentes Verkehrssystem zu installieren,
 1353 das unsere Innenstädte vom Verkehr entlastet und im ländlichen Raum eine
 1354 hochflexible Mobilitätsinfrastruktur bereithält.

1355 Bereits heute sind in jeder Straße zahlreiche Elektroanschlüsse vorhanden, die zu
 1356 Ladestationen für Elektrofahrzeuge umgerüstet werden können: die Straßenlaternen.
 1357 Wir wollen prüfen, wie das Land dazu beitragen kann, Straßenlaternen zu Ladesäulen
 1358 umzurüsten. So könnte schnell und günstig ein flächendeckendes Ladenetz entstehen,
 1359 das gleichzeitig als Energiespeicher für Strom zu nutzen ist.

1360 **Förderprogramm Elektrobusse für unseren ÖPNV im ganzen Norden**

1361 *Text von Phillip mit neuen Zahlen für E-Busse*

1362 **Sozialverträgliche Transformation Der Mobilität**

1363 Wir wollen Wege finden, die Landesbauordnung dahingehend zu erweitern, dass
 1364 zukünftig bei Neu- und Erweiterungsbauten eine sinnvolle Anzahl Schnellladesäulen
 1365 für die Elektromobilität eingerichtet werden können.

1366 Dies ist für eine sozialverträgliche Transformation der Mobilität unverzichtbar;
 1367 die Nutzung von E-Mobilen darf kein Privileg von Eigenheimbesitzern sein.

1368 Lademöglichkeiten am Arbeitsplatz und auch im Umfeld touristischer Angebote sind
 1369 ebenfalls wichtig, um die Elektromobilität voran zu bringen.

1370 **Vernetzte Mobilität – wir wollen das Land bewegen**

1371 Unsere Vision von Mobilität ist, dass alle Verkehrsmittel - also Busse, Bahnen und
 1372 Autos - in Schleswig-Holstein vernetzt und zusammen nutzbar sind. Anbieter sollen
 1373 ihre Verkehrsdaten - dazu gehören auch freie Plätze in PKWs - und Preise für die
 1374 von ihnen bedienten Strecken und Zeiten freigeben – ein onlinebasiertes und an den
 1375 Erfordernissen der Nutzer*innen ausgerichtetes Netzportal bündelt dann die Angebote
 1376 und berechnet die jeweils besten Mobilitätsmöglichkeiten. Wir werden den Rahmen
 1377 setzen, damit die verschiedenen Mobilitätsanbieter untereinander stärker
 1378 zusammenarbeiten. Mobilitätsangebote sollen aufeinander abgestimmt sein und sich so
 1379 insbesondere auch bei Ausfällen flexibel ergänzen. So erreichen wir, dass weniger
 1380 Menschen alleine oder zu zweit im Auto fahren.

1381 **Lebenswerte Städte sind für Alle da**

1382 Derzeit werden viele Städte durch den Autoverkehr dominiert. Breite Straßen, große
 1383 versiegelte Flächen, die ausschließlich durch parkende Autos genutzt werden, Lärm,

1384 Abgase, Staus, Parkplatzknappheit und zugeparkte Gehwege prägen häufig das Leben in
1385 unseren Städten.

1386 Wir wollen uns dafür einsetzen, dass die Innenstädte wieder lebenswerter werden,
1387 und den Fußgänger*innen und Radfahrer*innen mehr Raum in der Stadtgestaltung geben.
1388 Dafür soll das Land starke Anreize setzen: für mehr
1389 Carsharing, Fahrradverleihsysteme, autofreie und verkehrsberuhigte Zonen, sinnvolles
1390 Parkraummanagement, Begegnungs- und Spielzonen, einen Zuwachs an Grünflächen sowie
1391 familien- und seniorengerechtere Stadträume, die für alle da sind.

1392 **Mobilität ohne Lärm**

1393 Bislang prägt der Lärm von Autos, Lastwagen, Flugzeugen und auch des
1394 Schienenverkehrs unsere Wahrnehmung von Mobilität. Konsequenter Lärmschutz steht
1395 für uns Grüne daher im Vordergrund, dazu gehört in erster Linie Verkehrsvermeidung,
1396 aber auch mit Tempolimits und Flüsterasphalt auf der Straße, Lärmsanierung an
1397 bestehenden Bahnstrecken, Lärmpausen an Flughäfen. Bei Lärmsanierungen müssen
1398 endlich auch dieselben Grenzwerte wie beim Neubau gelten, denn einen
1399 Gewöhnungseffekt gibt es nicht beim Lärm.

1400 Am Hamburger Flughafen hat sich gezeigt, was eine Lärmpause in der Nacht bewirken
1401 kann – wenn sie konsequent eingehalten wird. Auch der Verkehr ist nicht
1402 zusammengebrochen, wie die Luftverkehrswirtschaft vorher behauptet hatte. Wir
1403 werden uns dafür einsetzen, dass die Ausnahmeregelungen für den Hamburger Flughafen
1404 deutlich eingeschränkt werden und tatsächlich zwischen 22 Uhr und 6 Uhr Ruhe in den
1405 Einflugschneisen über Schleswig-Holstein herrscht.

1406 **Den Ländlichen Raum erfahren**

1407 Mehr als 90 Prozent von Schleswig-Holstein sind ländlich geprägt. Auf dem Land wird
1408 das Auto auch in Zukunft wichtigstes Verkehrsmittel sein. Wir verfolgen das Ziel,
1409 Autofahren umweltfreundlicher zu machen. Dort sind heute das Auto und Zweirad die
1410 wichtigsten und leider allzu häufig einzig verfügbaren Verkehrsmittel. Hinzu kommen
1411 die Herausforderungen des demographischen Wandels im ländlichen Raum. Auch Menschen
1412 mit Mobilitätseinschränkungen und dem Wunsch nach einem Verzicht auf das Auto
1413 brauchen einen bedarfsgerechten, öffentlichen Nahverkehr. Um das Angebot neu
1414 aufzustellen müssen flexible Angebote wie Anruf-Sammeltaxis, Bürger*innenbusse oder
1415 Rufbusse weiter entwickelt werden.

1416 Um den Anteil an E-Mobilität im ländlichen Raum zu erhöhen, wollen wir außerdem die
1417 öffentliche Infrastruktur anpassen und zum Beispiel mit dem „Modellprojekt Digitale
1418 Bundesstraße 5“ testen. An den Verbindungsknoten von Straßen, Bahnhöfen und
1419 Bushaltestellen des öffentlichen Verkehrs brauchen wir mehr Park-und-Ride Plätze
1420 und Mobilitätsstationen, um den Umstieg vom Auto auf den öffentlichen Nahverkehr zu
1421 erleichtern. Wir werden auch weiterhin dafür werben, die
1422 Gemeindeverkehrsfinanzierungsmittel einzusetzen, um die notwendige Verkehrswende zu
1423 beschleunigen.

1424 **Das Fahrradfahren voranbringen**

1425 Besonders im lokalen Radius von null bis fünf Kilometern ist für den alltäglichen
1426 Verkehr etwa zur Arbeit, (Hoch-) Schule und Ausbildungsstätte hohes
1427 Steigerungspotential vorhanden. Für das betriebliche Mobilitätsmanagement spielen
1428 Fahrrad und Pedelec eine wichtige Rolle. Untersuchungen haben zudem ergeben, dass
1429 radfahrende Mitarbeiter*innen seltener krank sind. Daher wollen wir landeseigene
1430 Dienstwagen um Dienstrad und Pedelec ergänzen sowie Einrichtungen und Unternehmen

1431 beim Aufbau der nötigen Infrastruktur wie E-Ladesäulen oder auch Fahrradboxen
1432 unterstützen, um ihre Mitarbeiter*innen zum Umstieg auf das Fahrrad zu bewegen.

1433 Wir werden uns dafür einsetzen, dass innerhalb geschlossener Ortschaften geschützte
1434 Fahrradwege / geschützte Radverkehrsanlagen/ Fahrradstreifen auf Straßen, je nach
1435 den örtlichen Begebenheiten, eingerichtet und Verkehrsampeln mit Fahrradampeln
1436 ausgerüstet werden. Die geplante Gründung der kommunalen Arbeitsgemeinschaft zur
1437 Förderung des Fuß- und Radverkehrs in Schleswig-Holstein - die RAD.SH – werden wir
1438 in dem dafür notwendigen Umfang unterstützen.

1439 Mit Pedelecs (E-Fahrrädern) können auch in unserem Hügelland und bei häufigem
1440 Gegenwind im ländlichen Raum mehr Wege umweltfreundlich zurückgelegt werden.
1441 Menschen, denen die Nutzung von Fahrrädern zu beschwerlich ist, gewinnen mit
1442 Pedelecs unter Umständen neue Mobilität. Vorausgesetzt, wir stellen gut ausgebaute
1443 und sichere Wege zur Verfügung und bieten sichere Abstellplätze. Dafür werden wir
1444 den Radwegeausbau außerörtlich weiter voranbringen und die landeseigene
1445 Infrastruktur mit Ladestationen und Abstellboxen für E-Fahrräder ausstatten.

1446 Das überörtliche Radwegenetz soll im Sinne des landesweiten Radverkehrsnetzes
1447 vervollständigt werden. Vorhandene Radwege werden saniert. Neue Radschnellwege sind
1448 zu bauen und sinnvoll an Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und
1449 Dänemark anzubinden. Wir wollen durch Gesetzesänderung dafür sorgen, dass
1450 Radschnellwege (nach dem Vorbild von NRW) Landesstraßen sein werden. Wir setzen uns
1451 für Mindeststandards, wie die ERA 2010, ein. Die Möglichkeiten der Fahrradmitnahme
1452 in öffentlichen Verkehrsmitteln müssen verbessert werden. Bei Ausschreibungen von
1453 Nahverkehrsstrecken sollen folgende Serviceleistungen verpflichtend festgeschrieben
1454 werden: die kostenlose Fahrradmitnahme im Schienennahverkehr außerhalb der
1455 Berufsverkehrszeiten und der Einsatz von Waggons mit breiten hindernisfreien
1456 Einstiegen zum schnellen und einfachen Ein- und Ausladen von Fahrrädern.

1457 **Elektrifizierungskampagne für die Bahn - "Netz 25+"**

1458 Nur, wenn wir die Energiewende auch auf der Schiene einleiten, werden wir die
1459 Klimaschutzziele erreichen. Mit Dieselloks und Dieseltriebwagen ist das nicht zu
1460 leisten: Die Umstellung auf Elektroantrieb aus erneuerbaren Energien steht an.

1461 Dazu haben wir das Konzept "Netz 25+" entwickelt. "Netz 25+" will die Energiewende
1462 auf die Schiene bringen. Wir setzen uns im Rahmen dieses Konzeptes für eine
1463 Elektrifizierungskampagne des gesamten Schienennetzes in Schleswig-Holstein ein und
1464 werden bei Bedarf auch ergänzende Landesmittel zur Verfügung stellen. So können wir
1465 schneller, leiser und umweltgerechter mit der Bahn unterwegs sein.

1466 Wir wollen nicht nur Oberleitungen bauen. Elektrifizierung der Strecken ist nicht
1467 überall wirtschaftlich realisierbar. Dort könnten in Zukunft innovative und
1468 klimagerechte Antriebe zum Einsatz kommen, z.B. Triebwagen, bei denen
1469 Brennstoffzellen mit Wasserstoff elektrischen Strom an Bord erzeugen. Gerade
1470 Wasserstoff lässt sich im Vorzeige-Land der Energiewende aus Windkraft
1471 umweltfreundlich gewinnen.

1472 Wir würden es begrüßen, wenn möglichst viele Bahnhöfe mit Solarenergie der
1473 Bahnsteigüberdachungen versorgt werden.

1474 **Ausbau von Schienenstrecken und von S-Bahnen im Hamburger Rand**

1475 Im Hamburger Rand hat der Ausbau der S- und U-Bahn-Strecken für uns weiterhin
1476 höchste Priorität. Wir wollen die S 21 im Norden Richtung Kaltenkirchen und im
1477 Süden Richtung Geesthacht ausbauen. Die Netzerweiterung mit der S 4 zwischen Bad

1478 Oldesloe und Pinneberg/Elmshorn (mit einem zusätzlichen Gleis) ist für eine
 1479 klimafreundliche Mobilität in der Metropolregion Hamburg unverzichtbar. In
 1480 Norderstedt wollen wir die U 1 ausbauen.

1481 Wir setzen uns dafür ein, dass Züge im gesamten Schienennetz schneller werden. Die
 1482 vielerorts veraltete Infrastruktur (Signal-, Gleis- und Steuerungstechnik) muss
 1483 modernisiert und eingleisige Streckenabschnitte sollen um ein weiteres Gleis
 1484 erweitert werden. Diese Engpässe wollen wir mit dem Bund vorrangig beseitigen. Auch
 1485 auf den Nebenstrecken sollen Züge grundsätzlich 120 Stundenkilometer fahren können
 1486 und so Menschen schneller ans Ziel bringen.

1487 Durch die von uns bisher schon betriebenen Ausschreibungen des Personennahverkehrs
 1488 auf der Schiene, konnten wir Qualität und Häufigkeit des Angebots verbessern.
 1489 Diesen Weg gehen wir weiter und werden vor allem für Qualitätsmerkmale wie freies
 1490 WLAN, mitsamt ausreichend Steckdosen und eine Erhöhung der Zahl von
 1491 Zugbegleiter*innen einsetzen. Wo sich der Schienenausbau nicht lohnt, werden wir
 1492 uns für ein landesweites Schnellbusnetz einsetzen.

1493 Wir machen uns weiterhin für den Ausbau des Schienenverkehrs in Ballungsräumen
 1494 stark. Deshalb werden wir dafür streiten, die Option im Landesnahverkehrsplan zu
 1495 nutzen und bei der Ausschreibung des Bahnnetzes den Einstieg in einen S-Bahn-
 1496 Betrieb in der Region Lübeck ab 2019 zu sichern. Es ist ein getakteter Betrieb auf
 1497 vorhandener Infrastruktur und eine Anbindung an benachbarte S-Bahnssysteme
 1498 anzustreben.

1499 Wir wollen auch, dass Züge im gesamten Schienennetz schneller werden. Dazu ist die
 1500 Infrastruktur auszubauen. Die Signaltechnik ist stellenweise veraltet, stammt aus
 1501 dem vorherigen Jahrhundert. Ganze Strecken sind teilweise nur eingleisig. Diese
 1502 Engstellen wollen wir mit dem Bund vorrangig beseitigen. Auch auf den Nebenstrecken
 1503 sollen Züge grundsätzlich 120 Stundenkilometer fahren können und so Menschen
 1504 schneller am Ziel ankommen.

1505 Durch die von uns bisher schon betriebenen Ausschreibungen des Personennahverkehrs
 1506 auf der Schiene konnten wir Qualität und Häufigkeit des Angebots verbessern. Diesen
 1507 Weg gehen wir weiter und werden vor allem die im Zeitalter des Smartphones
 1508 relevanten Qualitätsmerkmale wie freies WLAN auch in der 2. Klasse anbieten,
 1509 mitsamt ausreichend Steckdosen. Wo sich der Schienenausbau nicht lohnt, werden wir
 1510 uns für ein landesweites Schnellbusnetz einsetzen.

1511 Gegenüber dem Bund werden wir initiativ, damit wir Schienennebenstrecken kaufen und
 1512 mit einer landeseigenen Infrastrukturgesellschaft selbst ausbauen, elektrifizieren
 1513 und betreiben können. Gerade die stillgelegten Strecken wie Geesthacht -
 1514 Nettelburg, Wrist – Kellinghusen, Rendsburg – Fockbek, Neumünster – Plön und
 1515 Flensburg – Niebüll bieten sich dafür an.

1516 **Nord-Tarifverbund - transparent, durchlässig, günstig**

1517 Wir wollen den komplizierten und ungerechten Tarifschunzel in Schleswig-Holstein
 1518 mit **NAH.SH** und HVV lichten. Dafür wollen wir zügig durch Verhandlungen mit Hamburg
 1519 und Niedersachsen einen gemeinsamen, transparenten Nordtarif mit durchgängigen
 1520 Fahrkarten schaffen. So bringen wir die verschiedenen Anforderungen unserer
 1521 Metropolen und unserer ländlichen Räume an den öffentlichen Nahverkehr zusammen.
 1522 Wir wollen für verschiedene Nutzer*innengruppen wie z.B. Pendler*innen,
 1523 Studierende, Auszubildende, Tourist*innen oder sozial benachteiligte Gruppen
 1524 passgenaue Angebote schaffen. Wir streben an, dass alle BahnCards auch in
 1525 Schleswig-Holstein vollumfänglich anerkannt werden.

1526 In einem weiteren Schritt kann es richtig norddeutsch werden. Wir können den
1527 Verbund auf Bremen Mecklenburg-Vorpommern und ganz Niedersachsen erweitern.

1528 Außerdem werden wir die Grundlagen für neue Finanzierungsmodelle im Nahverkehr
1529 prüfen. Dazu gehören im ersten Schritt solidarische Finanzierungsmodelle wie z.B.
1530 das Semesterticket.

1531 Unsere langfristige Vision ist, das Recht auf Mobilität für alle zu verwirklichen
1532 und einen kostenlosen ÖPNV in ganz Schleswig-Holstein anzubieten. Der Zugang zu
1533 Mobilität entscheidet mehr denn je über gesellschaftliche Teilhabe. Gleichzeitig
1534 erhöht ein kostenloser Nahverkehr die Attraktivität des Wirtschaftsstandortes
1535 Schleswig-Holstein.

1536 **Erhalt vor Neubau – Digitale Infrastruktur für die Straße mitplanen**

1537 Der Erhalt unserer Infrastruktur ist für uns Grüne eine wichtige politische
1538 Aufgabe. Die Infrastruktur wurde in den vergangenen Jahren vernachlässigt. Kaputte
1539 Straßen und Brücken, alte Schienen und Signaltechniken müssen saniert werden. Das
1540 Problem: die Hauptbelastenden der Infrastruktur (wie schwere Lastkraftwagen) sind
1541 nicht in dem Umfang zur Finanzierung herangezogen, wie sie auf Bundes, Landes- und
1542 Kreisstraßen zur Abnutzung beitragen. Wir werden uns daher auf Bundesratsebene
1543 dafür einsetzen, die LKW-Maut künftig auf allen außerörtlichen Straßen zu erheben.
1544 Fakt ist: Die öffentlichen Haushalte sind auf Kante genäht, und der Bund steht
1545 nicht ausreichend zu seiner Finanzierungsverantwortung. Für uns gilt bei der
1546 Infrastruktur der Grundsatz „Erhalt vor Neubau“.

1547 Wir haben die Planungen für die A 20 mitgetragen, obwohl wir nach wie vor überzeugt
1548 sind, dass die Bedarfsprognosen einen Neubau dieser Strecke nicht rechtfertigen.
1549 Aber die Entscheidung über den Fortbau der A 20 fällt in Berlin. Der
1550 Bundesverkehrswegeplan hat diese Straße erneut hoch priorisiert. Nur eine andere
1551 Bundesregierung und eine andere Verkehrspolitik kann das ändern. Wir haben mit
1552 unserem Vorschlag „Der grüne Weg nach Westen“ deutlich gezeigt, wie die notwendige
1553 Ost-West-Verbindung in Schleswig-Holstein unter Umgehung Hamburgs mit der A 20 und
1554 dem Ausbau der vorhandenen Bundesstraßen sinnvoll realisiert werden kann. Diesen
1555 Weg wollen wir weitergehen.

1556

1557 Mit den Grünen wird es keinen Abbau von rechtsstaatlichen Prinzipien und von
1558 Bürgerrechten geben. Wir werden das Verbandsklagerecht im Naturschutz politisch
1559 verteidigen und uns dafür einsetzen, dass diese zivilgesellschaftliche
1560 Errungenschaft bewahrt bleibt.

1561 Die FFBQ lehnen wir aus ökonomischen und ökologischen Gründen weiterhin ab. Die
1562 Verkehrsprognosen rechtfertigen die notwendigen Finanzmittel in keiner Weise. Die
1563 Belastung für die Menschen im Hinterland (Ostholstein, Lübeck, Stormarn, Herzogtum
1564 Lauenburg) und die sensible Natur im Fehmarnbelt ist für uns unakzeptabel. Wir
1565 fordern die Bundesregierung auf, sich für einen Ausstieg aus dem Staatsvertrages
1566 mit Dänemark einzusetzen.

1567 Für uns gilt die Maxime: Wenn der Bund neue Straßen in Schleswig-Holstein bauen
1568 will, dann muss mit Blick auf die Zukunft auch eine ergänzende digitale
1569 Infrastruktur mitgeplant werden. Für den Ausbau der B 5 setzen wir auf eine
1570 straßenbegleitende Funktechnik, um zukünftigen Ansprüchen an Verkehrsplanung
1571 gerecht zu werden sowie auf eine ausreichende Ladeinfrastruktur für E-Mobile
1572 entlang der Strecke. Wir setzen uns dabei dafür ein, dass keine individuelle
1573 Überwachung von Verkehrsteilnehmern möglich wird.

1574 **Verkehr auf dem Wasser voranbringen – Nord-Ostseekanal sanieren**

1575 Schleswig-Holstein, das Land zwischen den Meeren, hat auch eine Verantwortung für
 1576 seine Wasserstraßen. Sie sind für uns ein wichtiges Element zur ökologischen
 1577 Verkehrslenkung. Dafür brauchen wir gut ausgebauten Häfen. Wir wollen die
 1578 Liegezeiten verkürzen, die Schienenanschlüsse herstellen oder optimieren, und vor
 1579 allem Schiffe mit sauberer Energie versorgen, insbesondere während der Liegezeiten.

1580 Der Nord-Ostsee-Kanal (NOK) ist und bleibt für uns die Wasserstraße mit höchster
 1581 politischer Priorität. Der NOK ist mit seinen angrenzenden Gewässern auch für den
 1582 Wassertourismus und die Entwässerung der Flächen von großer Bedeutung. Darum werden
 1583 wir mit dem Bund Lösungen suchen, wie diese Aufgaben gemeinsam sinnvoll umgesetzt
 1584 und finanziert werden können.

1585 Gemeinsam mit den anderen norddeutschen GRÜNEN setzen wir uns für eine tragfähige
 1586 Hafenkooperation mit einem abgestimmten norddeutschen Hafenkonzept ein. Die Häfen
 1587 sollten sich nicht nur als Konkurrenten begreifen, sondern dafür sorgen, dass sie
 1588 jeweils ihre eigenen Stärken nutzen.

1589 Eine weitere Vertiefung der Unterelbe lehnen wir ab. Sie ist ökologisch
 1590 problematisch und birgt erhebliche Risiken mit unkalkulierbaren finanziellen
 1591 Folgelasten. Diese betreffen die Deichsicherheit, die Verschlickung der Nebenflüsse
 1592 und Häfen, die Vergrößerung des jährlichen Sauerstofflochs in der Unterelbe sowie
 1593 die Störung von Flora und Fauna im Fluss.

1594 **Saubere Antriebe für Schifffahrt und Marine**

1595 Der Betrieb von Schiffen mit Erdgas (liquefied natural gas, LNG) ist eine bessere
 1596 Option als der oft schmutzige Schiffsdiesel. Wir wollen die notwendigen
 1597 Rahmenbedingungen auf Verwaltungsebene schaffen, damit diese Schiffe auch in den
 1598 schleswig-holsteinischen Häfen betankt werden können. Perspektivisch soll der
 1599 Schiffsverkehr aber mit Erneuerbaren Energien betrieben werden. Wir werden prüfen,
 1600 welche Initiativen zu diesem Zweck angestoßen oder gefördert werden können.

1601 Als Marinestandort ist uns in Schleswig-Holstein der umweltfreundliche Betrieb der
 1602 Marineschiffe ein Anliegen. Sie sollten zumindest mit den modernsten und
 1603 umweltverträglichsten Antrieben ausgestattet werden. Dies werden wir gegenüber der
 1604 Bundesregierung einfordern.

1605 **Bessere Seeluft für alle - Landstromanschlüsse stärken**

1606 Wir GRÜNE fordern mehr Landstromanschlüsse, insbesondere für unsere stark
 1607 frequentierten Häfen Kiel, Lübeck und Flensburg. Wir werden Möglichkeiten prüfen
 1608 und die besten davon umsetzen, um die Einrichtung und Nutzung von
 1609 Landstromanschlüssen zunächst in Kiel, Lübeck und Flensburg insbesondere für
 1610 Kreuzfahrtschiffe zu erleichtern. Dazu gehört auch eine erneute Initiative auf
 1611 Bundesebene den Landstrom für Schiffe von der EEG-Umlage zu befreien. Diese
 1612 Maßnahmen sollen das Zieldreieck Umweltschutz, Klimaschutz und Lungenschutz im
 1613 Bereich der Häfen bestmöglich zu realisieren und die Anwohner*innen und
 1614 Erholungssuchende nicht weiter unnötig zu belasten.

1615 **Ja zur Traditionsschifffahrt**

1616 Als Bewohner*innen eines Touristiklands achten wir die Traditionsschifffahrt. Wir
 1617 werden uns weiter im Land und Bund dafür einsetzen, dass Traditionsschiffe die
 1618 gesetzlichen Rahmenbedingungen erhalten, die einen wirtschaftlichen Betrieb
 1619 gewährleisten.

1620 Verkehr@Digital

1621 Auf unserer Agenda steht eine landesweite Open-Data-Strategie.
1622 Wenn wir zum Beispiel die Informationen öffentlich machen, wann welche Ampel rot
1623 oder grün ist, können etwa Apps entwickelt werden, die zusammen mit den
1624 Verkehrsdaten des Öffentlichen Nahverkehrs, Staumeldungen und Carsharing- und/oder
1625 Mietrad-Verfügbarkeiten in Echtzeit das günstigste, schnellste und
1626 klimafreundlichste Angebote ausweisen können. Mit den Verkehrsdaten des
1627 Öffentlichen Nahverkehrs in Echtzeit werden Angebote zudem transparenter und
1628 kundenfreundlicher. Die Digitalisierung ermöglicht es künftig, z.B. mit einem
1629 Smartphone oder einer Chipkarte das Ein- und Aussteigen zu registrieren und die
1630 Fahrkosten zum günstigsten Tarif am Monatsende abzurechnen. Wir setzen uns
1631 gleichzeitig dafür ein, dass im fahrscheinlosen Nahverkehr ein anonymer Erwerb von
1632 Fahrkarten und eine anonyme Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs weiterhin möglich
1633 bleibt.

1634 Auf den Punkt

- 1635 • *Wir werden* ein Schnellladenetz für E-Mobilität ausbauen,
- 1636 • mehr Elektrobusse durch ein ambitioniertes Förderprogramm unseres Landes
1637 ermöglichen,
- 1638 • im ländlichen Raum durch ein attraktives Nahverkehrsangebot die Verkehrswende
1639 einleiten und durch hochflexible Mobilitätsinfrastruktur Verkehrsmittel
1640 vernetzen,
- 1641 • den Menschen in Städten mehr öffentlichen Raum überlassen,
- 1642 • die vernetzte Mobilität voranbringen,
- 1643 • den Fahrradverkehr ausbauen, Radwege, sichere Abstellmöglichkeiten,
1644 Mitnahmemöglichkeit im ÖPNV bereitstellen,
- 1645 • unsere Elektrifizierungskampagne für die Bahn starten,
- 1646 • den Bau der S4 und S 21 im Hamburg Rand voranbringen,
- 1647 • den Nord-Tarifverbund mit Hamburg verhandeln,
- 1648 • für Bahn, Bus und Straßen lückenlos WLAN ausbauen,
- 1649 • sauberen Antrieb für Schiffe und Landstromanschlüsse in unseren Häfen
1650 Flensburg, Kiel und Lübeck ermöglichen.

LTW-Programm - GERECHT

2. GERECHT

Teilhabe und Gerechtigkeit / Um den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, wollen wir allen Menschen echte Chancen geben

Wir wollen den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land stärken. Unser Ziel ist es, Teilhabe und Selbstbestimmung zu verwirklichen. Chancengleichheit für alle ist die Grundlage unserer Sozialpolitik für alle Generationen. Wir treten dafür ein, dass kein Mensch auf Grund von Einkommen, Herkunft, Religion, Geschlecht oder sexueller Identität ausgegrenzt und allein gelassen wird. Grundlage dafür sind starke öffentliche Institutionen. Eine gerechte Gesellschaft, die Teilhabe für alle ermöglicht, ist die Grundlage für den sozialen Frieden.

Familien stärken

Familie ist, wo Menschen Verantwortung füreinander übernehmen. Unsere Wertschätzung und Unterstützung gilt allen partnerschaftlichen Beziehungen, ganz gleich ob Vater-Mutter-Kind, Alleinerziehende, Patchwork- oder Regenbogenfamilien.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steht im Zentrum unserer Familienpolitik. Wir setzen uns für eine bessere und verlässliche Kinderbetreuung ein.

Die Situation von Alleinerziehenden werden wir verbessern und die gute Zusammenarbeit mit dem Verband Alleinerziehender Mütter und Väter (VAMV) intensivieren.

Familienzentren ausbauen

Den Ausbau der Familienzentren wollen wir weiter vorantreiben. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Angebot. In Familienzentren erhalten Kinder, Eltern und Familien unkompliziert Unterstützung, Beratung und Förderung. Gemeinsam mit Trägern und Kommunen werden wir diese familienunterstützenden Angebote stärken und sie mit sozialräumlichen Strukturen (z.B. Jugendhilfe, Schule etc.) verbinden und weiterentwickeln, denn: Für die Erziehung eines Kindes braucht es ein ganzes Dorf.

Zeit für die Familie haben

Wir werden uns für familienfreundliche, moderne und flexible Arbeitszeitmodelle und mehr zeitliche Selbstbestimmung für Familien einsetzen und diese Ziele auch im öffentlichen Dienst umsetzen. So können Frauen und Männer ihren Wunsch nach partnerschaftlicher Aufteilung von Familien- und Erwerbsarbeit leben, Kinder oder pflegebedürftige Angehörige versorgen.

Kinderrechte stärken – Kinder- und Jugendbeteiligung voranbringen

Wir sprechen uns für eine wachsende politische Beteiligung von Kindern und Jugendlichen und ihre frühe Einbindung in demokratische Entscheidungen aus.

39 Schleswig-Holstein ist Vorreiter bei der Verankerung von Kinder- und Jugendrechten.
40 Doch für die Durchsetzung von Kinder- und Jugendrechten müssen Kinder und
41 Jugendliche diese auch kennen. Wir werden die Förderung von Programmen zu diesem
42 Zweck ausweiten, gerade in sensiblen Bereichen wie der Jugendhilfe. Zudem setzen
43 uns dafür ein, dass Kinder- und Jugendrechte in Schulen stärker thematisiert werden
44 – z.B. im Rahmen von Projektwochen. Wir setzen uns für Chancengleichheit, Teilhabe
45 und Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen ein und wirken darauf hin, dass die
46 Kommunen im Rahmen des Paragraphen 47f Gemeindeordnung die Beteiligung von Kindern
47 und Jugendlichen umsetzen und neue Beteiligungsmodelle im Alltag der Kinder und
48 Jugendlichen integrieren. Hierfür werden wir eine Informationskampagne mit Best-
49 Practise-Beispielen starten.

50 Wir GRÜNE fordern ein Verbandsklagerecht für Kinder- und Jugendverbände.

51
52 Wir setzen uns auf Bundesebene für die Aufnahme von Kinderrechten in das
53 Grundgesetz ein.

54 **Frühe Hilfen: Kindeswohl und Kinderschutz sichern**

55 Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche gesund und gewaltfrei aufwachsen und die
56 notwendige Förderung erhalten.

57 Wir fördern einen bedarfsgerechten Ausbau der frühen Hilfen, um Kindeswohl und
58 Kindergesundheit zu schützen.

59 Das Netzwerk von Familienhebammen wollen wir wie in Dänemark für die Betreuung im
60 ersten Lebensjahr ausbauen und die wichtige Arbeit des Kinderschutzbundes und der
61 Kinderschutzzentren weiterhin unterstützen.

62 **Kinder- und Jugendhilfe reformieren**

63 In der Kinder- und Jugendhilfe setzen wir uns für bessere Rahmenbedingungen bei der
64 Sozialraumorientierung ein.

65 Für uns ist die Kinder- und Jugendhilfe ein zentrales Unterstützungssystem, das
66 Familien bei der Bewältigung von Krisen und schwierigen Lebenssituationen auf
67 Augenhöhe beratend und unterstützend zur Seite steht.

68 Für Kinder und Jugendliche, die nicht in ihren Herkunftsfamilien aufwachsen können,
69 gehen wir den Aufbau regionaler Ombudsstellen in erreichbarer Nähe an.

70 Wir sehen, dass in Schleswig-Holstein aktuell insbesondere im Bereich der Ehe-,
71 Familien- und Lebensberatung, sowie der Erziehungsberatung ein Generationenwechsel
72 stattfindet, der die bisherige Qualität und Versorgungsdichte gefährdet. Hier
73 werden wir gemeinsam mit Trägern und Kommunen auf einen Erhalt hinwirken und einen
74 Ausbau prüfen. Zudem werden wir uns dafür einsetzen, dass vom Landesjugendamt
75 Fortbildungen für diesen Bereich angeboten werden.

76 zum Wohl von Minderjährigen Geflüchteten sowie von Familie mit Kindern muss es
77 passendere und präventive Konzepte der Jugendhilfe geben. Bei der Gewährung und
78 Ausgestaltung der Hilfen für junge Volljährige müssen die spezifischen
79 Besonderheiten der jungen Geflüchteten stärker berücksichtigt werden.

80 Weltweit steigt die Zahl der so genannten Frühverheiratungen und auch in
81 Deutschland gibt es knapp 1400 im Ausland verheiratete Minderjährige. Der Schutz
82 dieser Minderjährigen und das Kindeswohl stehen für uns im Mittelpunkt. Ehen unter
83 16 Jahren werden in Deutschland zu Recht nicht anerkannt, Ehen unter 18 Jahren nur
84 in Ausnahmefällen. Die Schicksale dieser Kinder und Jugendlichen sind

85 unterschiedlich und bedürfen einer ausgeglichenen Abwägung im Einzelfall. Der Fokus
86 muss dabei auf der individuellen und intensiven Betreuung und Beratung der
87 Minderjährigen liegen.

88 Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter müssen sich ausreichend Zeit nehmen können
89 um zuzuhören und sensibel mit den Betroffenen umzugehen. Wir wollen uns dafür
90 einsetzen, dass auch die Jugendämter im Umgang mit dieser Problematik
91 sensibilisiert und geschult und verstärkt Mitarbeiter*innen mit Migrationserfahrung
92 eingestellt werden.

93 **Jugendverbände und Jugendfreiwilligendienst unterstützen**

94 Die Jugendverbände leisten wertvolle Arbeit für alle Jugendlichen. Die Arbeit des
95 Landesjugendringes und die Träger der offenen Kinder- und Jugendarbeit werden wir
96 weiter unterstützen.

97 Das „Freiwillige Soziale Jahr“ ist bei jungen Menschen sehr beliebt und erfährt
98 hohe Akzeptanz. Die Förderung werden wir fortsetzen und prüfen, ob wir die
99 Jugendfreiwilligendienste ausbauen können.

100 **Kinderarmut bekämpfen**

101 Viele Kinder in Schleswig-Holstein wachsen in Armut auf. Wir akzeptieren nicht,
102 wenn Kinder aus finanziellen Gründen von sozialer und kultureller Teilhabe, Sport,
103 Ferienangeboten, Klassenfahrten, Essen in Schulen sowie Kitas ausgeschlossen sind.

104 Unser Ziel ist die Bekämpfung der Kinderarmut. Auf Bundesebene wollen wir eine
105 armutsfeste Kindergrundsicherung einführen.

106 **Soziale Infrastruktur stärken**

107 Unser GRÜNES Gesellschaftsbild ist geprägt von Chancengleichheit, Solidarität und
108 Teilhabegerechtigkeit. Das Fundament für den gesellschaftlichen Zusammenhalt ist
109 eine funktionierende soziale Infrastruktur und die Hilfe in allen Lebenslagen. Wir
110 wollen nicht zulassen, dass die Schere zwischen Arm und Reich immer weiter
111 auseinanderklafft.

112 Besonders Altersarmut und Langzeitarbeitslosigkeit sind sozialer Sprengstoff.
113 Ausreichend hohe Löhne und Gehälter sind die Basis für die Vermeidung von Armut.
114 Zur Bekämpfung der Altersarmut werden wir uns auf Bundesebene für eine armutsfeste
115 Garantierente einsetzen.

116 Die Sanktionen gegenüber Hartz IV-Bezieher*innen sind wirkungslos und
117 diskriminierend. Wir fordern deshalb auf Bundesebene ein Ende der Sanktionen und
118 eine Reform der Grundsicherung. Wir wollen ein Ende der Praxis von Androhung und
119 Bestrafung, die in vielen Job-Centern und Arbeitsagenturen Realität ist und setzen
120 stattdessen auf Motivation, Anerkennung und Beratung. Wir wollen eine Behörde, die
121 sich als Dienstleisterin der Arbeitssuchenden versteht.

122 Die sozialen Einrichtungen und Verbände sind ein unverzichtbarer Bestandteil der
123 sozialen Infrastruktur. Ihre Arbeit unterstützen wir weiterhin und wollen sie in
124 einem Landes-Wohlfahrtsgesetz absichern. Die gute Zusammenarbeit mit der
125 Bürgerbeauftragten für soziale Angelegenheiten und dem Beauftragten für Menschen
126 mit Behinderung setzen wir fort.

127 **Bessere Inklusion für Menschen mit Behinderung ermöglichen - Nicht ohne uns über** 128 **uns**

129 Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, die Teilhaberechte von Menschen mit
130 Behinderung sichert.

131 "Nicht ohne uns über uns". Das gilt für unsere GRÜNE Politik für Menschen mit
132 Behinderung. Deshalb wollen wir die Selbstorganisation und direkte Beteiligung von
133 Menschen mit Behinderung in den Kommunen und im Land stärken. Kommunale Beauftragte
134 oder Beiräte für Menschen mit Behinderung leisten hierfür einen wichtigen Beitrag .
135 Den Landesaktionsplan zur Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention muss
136 konsequent umgesetzt werden und das Gesamtkonzept „Alle Inklusive“ wollen wir
137 fortführen.

138
139 Das Budget für Arbeit wollen wir ausbauen.

140 Wir setzen uns für Hilfen aus einer Hand und transparente individuelle
141 Hilfeplanverfahren auf Grundlage einer bundesweit einheitlichen
142 Hilfebedarfserhebung ein. Ein "Leben Daheim anstatt im Heim" muss möglich sein.

143 Die sozialräumliche Ausgestaltung von Angeboten der Eingliederungshilfe sind
144 auszubauen. Wir unterstützen die Kreise und kreisfreien Städte bei der Entwicklung
145 von Konzepten, die den Trägern und Verbänden eine flexible Mittelverwendung z.B.
146 zur Schaffung Offener Treffs ermöglichen. So können Zugangsschwellen abgesenkt und
147 Angebote unbürokratisch wahrgenommen werden. Die Erfahrungen des Modellprojekts im
148 Kreis Nordfriesland und der Ambulanten Sozialpsychiatrie in Hamburg liefern
149 wichtige Grundlagen.

150 Auf Bundesebene setzen wir uns für ein modernes Bundesteilhabegesetz ein, um eine
151 selbstbestimmte Teilhabe für alle zu ermöglichen. Hierzu gehören für uns GRÜNE
152 einheitliche Qualitätsstandards, ein bedarfsdeckendes Teilhabegeld, die Abschaffung
153 des Mehrkostenvorbehalts und den Verzicht auf den Einsatz des Vermögens.

154 Bildungs- und Kulturangebote müssen der Inklusion gerecht werden. Wir werden uns
155 stark machen, die Förderprogramme des Landes darauf auszurichten. Gemeinsame
156 Angebote für Menschen mit und ohne Behinderung in den Bereichen Theater, Sport und
157 Musik müssen selbstverständlich werden.

158 **Selbstbestimmt Leben im Alter**

159 Die Bedürfnisse der älteren Generation werden vielfältiger. Viele Ältere ziehen
160 dauerhaft nach Schleswig-Holstein. Um allen ein selbstbestimmtes Leben zu
161 ermöglichen, sollen auch bestehende Förderprogramme für den ländlichen Raum genutzt
162 werden. Wir werden neue Formen des Zusammenlebens, z.B. im Rahmen von
163 Genossenschaftsprojekten unterstützen. Menschen, die aus dem Erwerbsleben
164 ausgeschieden sind, bereichern unsere Gesellschaft durch ehrenamtliches Engagement,
165 Lebenserfahrung und unkonventionelle Ideen.

166 **Dem demografischen Wandel und den Generationen gerecht werden**

167 Der demografische Wandel ist eine Herausforderung für unsere Gesellschaft. Wir
168 wollen in den kommenden Jahren die Weichen stellen, um Generationengerechtigkeit
169 und Lebensqualität erhalten und sichern zu können. Wir wollen außerdem mit einer
170 familienfreundlichen Politik und der Gestaltung der Einwanderung auf den
171 demografischen Wandel reagieren.

172 So werden wir einen Masterplan Demografie auf den Weg bringen, der die Absicherung
173 der Daseinsvorsorge und der sozialen Infrastruktur ins Zentrum stellt. Bei diesem
174 Projekt soll die Sozialraumplanung berücksichtigt und ein „Demografie-Check“
175 eingeführt werden. Schleswig-Holstein – für alle Generationen attraktiv machen!

176 EU Charta für Gleichberechtigung und Vielfalt umsetzen

177 Zu unserer Agenda gehört es, die Inhalte der EU-Charta für Gleichberechtigung und
178 Vielfalt zu vermitteln und umzusetzen. Wir drängen auf die gleichberechtigte
179 Teilhabe, Stärkung und Unterstützung von Frauen auf den Arbeitsmarkt durch
180 wirkungsvolle Maßnahmen und Angebote.

181 Der Einsatz von Haushaltsmitteln hat eine geschlechterspezifische Wirkung bei
182 Förderprojekten zu berücksichtigen. Dem wollen wir zukünftig verstärkt gerecht
183 werden.

184
185 Wir wollen eine konsequente geschlechtergerechte Haushaltsführung (Gender
186 Budgeting) umsetzen.

187 Zuflucht und Hilfe für Frauen und Mädchen vor Gewalt ermöglichen

188 Der Schutz vor Gewalt ist ein Menschenrecht. Die Prävention von Gewalt ist eine
189 gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Für Frauen und Mädchen, die Opfer von Gewalt
190 werden, ist eine gute Infrastruktur aus Frauenhäusern und Frauenberatungsstellen
191 erforderlich.

192 Wir haben die Schließung von Frauenhäusern verhindert und den Neubau des
193 Frauenhauses in Norderstedt unterstützt. Nachdrücklich geben wir den Kommunen bei
194 Bauvorhaben und Renovierungen Rückendeckung. Wir werden die
195 Landesarbeitsgemeinschaft (LAG) der Frauenhäuser, das Mädchenhaus in Kiel und die
196 LAG der Frauenberatungsstellen auch weiterhin unterstützen, bei den
197 Landeszuschüssen steigende Tarifkosten berücksichtigen und Investitionsmaßnahmen
198 zur Energieeffizienz von Frauenhäusern fördern. Wir werden die besondere Situation
199 der Mädchen und Frauen, die aus anderen Nationen zu uns geflohen sind, im Rahmen
200 der Gewaltschutzkonzepte berücksichtigen.

201
202 Wir werden einen Landesaktionsplan gegen sexuelle und häusliche Gewalt unter
203 Beteiligung aller relevanten Ministerien auf den Weg bringen.

204 Dabei prüfen wir ein ehegattenunabhängiges Aufenthaltsrecht für Frauen, die von
205 häuslicher Gewalt betroffen sind. Es ist unsere Aufgabe, verbindliche Schulungen
206 zum Thema Gleichstellung und Frauenrechte für weibliche und männliche Flüchtlinge
207 auf den Weg zu bringen.

208 Weiterhin setzen wir uns für die Bekämpfung des Frauenhandels ein und unterstützen
209 die gute Arbeit der Beratungsstelle.

210 Gleichstellung auch in den Parlamenten voranbringen

211 Wir fordern ausreichende organisatorische und finanzielle Ressourcen für die
212 Gleichstellungsbeauftragten und wollen den Frauenanteil in den Parlamenten erhöhen.
213 Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist auf allen politischen Ebenen weiter
214 voranzubringen und ein paritätisches Wahlrecht einzuführen.

215
216 Wir wollen Mentoringprogramme und kommunalpolitische Netzwerke aufbauen und
217 stärken sowie die institutionelle Unterstützung durch eine Koordinierungsstelle auf
218 Landesebene schaffen. Ziel der kommunalpolitischen Netzwerke ist es, die
219 Kompetenzen von bereits tätigen Kommunalpolitikerinnen parteiübergreifend zu
220 bündeln und zu erweitern sowie politisch interessierten Frauen den Einstieg in die
221 Politik zu erleichtern.

222 Wir wollen die grundlegende Überarbeitung des Gleichstellungsgesetzes anpacken und
 223 dieses an die Bundesgesetze anpassen. Besonderes Augenmerk werden wir dabei auf die
 224 Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten in Kommunen richten und diese weiter
 225 stärken.

226

227 **Mehr Frauen in MINT Berufe**

228 In den MINT Fächern liegt der Anteil der weiblichen Studierenden bundesweit sowie
 229 in Schleswig-Holstein bei rund 20%. Nach dem Eintritt in das Berufsleben verringert
 230 sich der Anteil Frauen auf rund 15 %, welches unter anderem mit der Vereinbarkeit
 231 von Familie und Beruf zu tun hat. Wir wollen existierende Programme in der
 232 Lehrer*innenaus- und -fortbildung, sowie Organisationen, die sich mit
 233 frühkindlicher Bildung in den MINT-Fächern schon ab der KiTa beschäftigen weiter
 234 betreiben und ausbauen. Unser Ziel ist es, dass mehr junge Frauen sich in den MINT-
 235 Bereich zutrauen und mehr junge Männer soziale Berufe wagen.

236 **Frauen@Digital**

237 Das Internet und die Digitalisierung verändern Berufsleben und private Zeit für
 238 Männer und Frauen. Soziale Netzwerke bieten eine gute Plattform zur Vernetzung um
 239 für Frauenrechte aber auch für viele andere Themen zu kämpfen. Schon jetzt nutzen
 240 viele Frauen die Möglichkeit über digitale Start-Ups neue Geschäftsfelder zu
 241 eröffnen und den Markt zu „erobern“. Wir wollen diese Frauen fördern und ermuntern,
 242 besonders auch die, für welche es nicht nur dem Nebenerwerb dient, bis
 243 beispielsweise Elternzeiten überbrückt sind. Als Maßnahmen fordern wir die
 244 Verstärkung von anonymen Frauenberatungen und eine klare staatliche Positionierung
 245 und Verfolgung der sexualisierten Ausnutzung und Unterdrückung von Frauen im
 246 Internet.

247 **Das Ehrenamt würdigen und belohnen**

248 Schleswig-Holstein ist das Land der helfenden Hände. Dies ist nicht erst durch den
 249 starken Zuzug von Geflüchteten Ende 2015 klar geworden. Das Ehrenamt stützt den
 250 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Ob in der Kommunalpolitik, beim Bürgerbus, im
 251 Natur- und Tierschutz, bei der Freiwilligen Feuerwehr oder in zahllosen Vereinen –
 252 viele Menschen, darunter auch Neuzugewanderte, packen im Land freiwillig an und
 253 füllen manche Lücke in der Versorgung. Wir GRÜNE machen uns für die Belange der
 254 Ehrenamtlichen stark.

255 Wir wollen die Ehrenamtskarte, deren Angebote die Küstenkoalition ausgeweitet hat,
 256 bekannter machen, damit viele Menschen im Land davon profitieren können. Die Karte
 257 ist ein Zeichen des Dankes an alle Ehrenamtler*innen. Sie ermöglicht zahlreiche
 258 Vergünstigungen, etwa bei Theatern, in Restaurants oder Museen. Wir wollen den
 259 Zugang vereinfachen und die Angebote auch außerhalb der Kiel Region ausbauen.

260 Die freiwillige Arbeit junger Menschen gilt es zu honorieren, wo wir es können, und
 261 dafür zu werben, dass ehrenamtliches Engagement zum Beispiel bei der Vergabe von
 262 Ausbildungs- oder Studienplätzen berücksichtigt wird.

263 Auch in der Schule muss ehrenamtliches Engagement gefördert werden. Die Schulen
 264 sind zu ermuntern, den Schüler*innen die Möglichkeiten und Vorteile eines
 265 Ehrenamtes näher zu bringen und in Projekttagen und -wochen zu integrieren.

266 Hauptamt braucht Ehrenamt und umgekehrt. Wir wünschen uns eine Begegnung von Haupt-
 267 und Ehrenamt auf Augenhöhe und in gegenseitigem Respekt. Zentrale hauptamtliche

268 Koordinierungsstellen werden gefördert, um diese Art der Begegnung auf kommunaler
269 Ebene zu unterstützen und zu ermöglichen.

270 Die Arbeit der Freiwilligen braucht auch professionelle Unterstützung. Angebote zur
271 Fortbildung, Beratung und Supervision sind zu fördern. Wer unbezahlt für die
272 Gesellschaft arbeitet, soll nicht noch selbst für Fortbildung, Fahrtkosten etc.
273 aufkommen müssen.

274 Darüber hinaus werden wir auf Bundesebene prüfen, ob durch ehrenamtliche Tätigkeit
275 auch zusätzliche Rentenpunkte zu erwerben sind.

276 **Soziales@Digital**

277 Die Digitalisierung eröffnet neue Chance für die Vereinbarkeit von Familie und
278 Beruf. Wenn Unternehmen und öffentliche Einrichtungen ihren Mitarbeiter*innen
279 erlauben, einen Teil der Arbeit außerhalb des Betriebs zu verrichten, erhöhen wir
280 die Flexibilität für eine bessere Life-Balance.

281 Eine möglichst umfassende Barrierefreiheit muss selbstverständlich für öffentliche,
282 privat-wirtschaftliche und private Angebote im Internet werden.

283 **Auf den Punkt**

- 284 • *Wir werden* Alleinerziehende besser unterstützen, Kinderrechte stärken und
285 Kinderarmut bekämpfen,
- 286 • Frühe Hilfen ausbauen, Familienhebammen und Familienzentren fördern,
- 287 • Inklusion von Menschen mit Behinderung weiter voranbringen und
288 Barrierefreiheit verbessern,
- 289 • ein selbstbestimmtes Leben für Senioren unterstützen und einen Masterplan
290 Demografie aufstellen,
- 291 • Frauenhäuser und –beratungsstellen, Kinderschutzzentren und das Mädchenhaus
292 fördern,
- 293 • die EU-Charta für Gleichberechtigung und Vielfalt auf den Weg bringen,
- 294 • die Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen politischen Ebenen weiter
295 entwickeln und ein paritätisches Wahlrecht einführen,
- 296 • ehrenamtliches Engagement unterstützen und honorieren.

297 **Bezahlbarer Wohnraum / In gemeinsamer Verantwortung Wohnraum** 298 **planen, klimafreundlich und zum Wohl Aller bauen**

299
300 Stark gestiegene Mieten und Immobilienpreise haben dazu geführt, dass es für
301 Menschen mit kleinen Einkommen und junge Familien schwerer wird im Hamburger Rand
302 und in den kreisfreien Städten bezahlbaren Wohnraum zu finden. Wohnen ist ein
303 Grundbedürfnis. Deswegen fördern wir als Land den sozialen Wohnungsbau und erwarten
304 vom Bund, dass er sich an einem bedarfsgerechten Ausbau angemessen beteiligt.

305
306 Menschen ohne ausreichende Bonität werden auch bei sozialen Wohnungsbauunternehmen
307 häufig als Mieter*innen abgelehnt und werden so oft in die Obdachlosigkeit
308 getrieben. Wir wollen die Einrichtung eines Fonds prüfen, mit dessen Hilfe
309 gegenüber Vermieter*innen die notwendige Bürgschaft erbracht werden kann.

310 In den Kommunen soll sozialer Wohnungsbau zu einer zentralen Aufgabe werden

311 Wir brauchen geförderten sozialen Wohnungsbau. Die Kommunen spielen hierbei eine
312 tragende Rolle. In ihren Händen liegt die Bauleitplanung, sie sind mit den
313 Bedürfnissen der Menschen vertraut. Deshalb wollen wir die Kommunen bestärken,
314 Wohnraumplanung zur Chef*innensache in den Rathäusern zu machen. Dabei hilft ein
315 enger Austausch mit der Landesregierung und der I-Bank. Hier wollen wir für mehr
316 Beratung und Unterstützung sorgen.

317 Neue Wege zu günstigen Baugrundstücken ebnen

318 Ein großes Problem für die Schaffung bezahlbarer Wohnungen sind die hohen
319 Grundstückspreise im Hamburger Rand, auf den Inseln und in etlichen Städten.
320 Bauland wird oftmals im Höchstpreisverfahren vergeben. Wir begrüßen die
321 vorbildlichen Ansätze in Lübeck (Verbilligungsrichtlinie, Preisrabatt für
322 städtische Grundstücke) und Norderstedt (Drittelmix: sozialer Wohnungsbau,
323 Eigentumswohnung und Mietwohnung zu gleichen Teilen). Die Konzeptvergabe in Hamburg
324 führt dazu, dass Flächen nur an Investor*innen vergeben werden, deren Bauvorhaben
325 sozial überzeugen. Für diese Beispiele werben wir.

326 Integrierte Stadtentwicklungskonzepte helfen planen

327 Neubau und Verdichtung führt auch zur Versiegelung von Flächen, steht in Konkurrenz
328 zum Umweltschutz und geht oft zu Lasten von Stadtgrün. Um den Flächenverbrauch
329 möglichst klein zu halten, setzen wir bei der Schaffung neuen Wohnraums nicht
330 allein auf Neubau, sondern auch auf Modernisierung, Bestandsverdichtung,
331 Aktivierung von Leerständen, Geschossaufstockung, Wohnungstausch und Initiativen
332 wie "Wohnen für Hilfe". Ein Baulückenkataster sollte in jeder größeren Gemeinde
333 angelegt werden.

334 In der Regel entsteht durch mehr Wohnungen auch mehr Verkehr. Deswegen werden wir
335 integrierte Stadtentwicklungskonzepte fördern, die den ÖPNV einbeziehen und die
336 verschiedenen Nutzungskonflikte in fairen Ausgleich bringen. Die Interessen aller
337 Menschen, besonders von Kindern, sind zu berücksichtigen. Engagierte und
338 rechtzeitige Bürgerbeteiligung ist Voraussetzung für die Akzeptanz von
339 Baumaßnahmen.

340 Eine Absenkung der Standards darf nicht zu kurzlebiger Bausubstanz führen. Wir
341 müssen verantwortungsvoll mit unseren Ressourcen umgehen und – nicht zuletzt
342 angesichts der älter werdenden Gesellschaft – mehr barrierefreie Wohnungen
343 schaffen. Es reicht nicht, günstig zu bauen, wir müssen auch auf eine gelungene
344 Quartiersentwicklung achten. Soziale Nachhaltigkeit verhindert zudem die
345 Entwicklung sozialer Brennpunkte. Wir GRÜNE setzen uns für eine inklusive und
346 vielfältige Gesellschaft ein, in der jeder mit jedem Nachbar sein kann.

347 Dem gemeinwohlorientierten Bauen gehört die Zukunft

348 Gerade genossenschaftliches Bauen, gemeinwohlorientierte Wohnungswirtschaft und
349 insbesondere Baugemeinschaften setzen auf Gemeinschaft und können mit ihren
350 innovativen Konzepten Impulse für eine soziale Stadtentwicklung geben. Ihre
351 Projekte, die oftmals auch Mobilität und Energieversorgung vernetzen, sind
352 zukunftsweisend. Baugemeinschaften haben unsere besondere Unterstützung.

353 Zur Unterstützung von Baugemeinschaften wollen wir – wie in Hamburg – eine zentrale
354 Beratungs- und Vernetzungsstelle im Land aufbauen. Es ist zu prüfen, wie
355 nachhaltige und gemeinwohlorientierte Projekte bei dringendem Bedarf und

356 langjähriger Mietpreisbindung durch Zuschüsse unterstützt werden können, zusätzlich
357 zu den bestehenden Förderprogrammen.

358 Wir begrüßen es, wenn Kommunen Wohnungsbaugesellschaften aufbauen.

359 **Auf den Punkt**

- 360 • *Wir werden* Kommunen für ihre Wohnraumplanung professionelle Beratung
361 anbieten,
- 362 • dafür werben, dass Kommunen Baugrundstücke für gemeinwohlorientierte Projekte
363 günstiger abgeben – wie etwa in Lübeck und Norderstedt,
- 364 • Städtebaumittel für integrierte Stadtentwicklungskonzepte einsetzen.

365 **Gesundheit und Pflege / Wir brauchen regionale** 366 **Gesundheitszentren und neue Modelle für eine gute Versorgung**

367

368 Gesundheit und Pflege gehören zu den Schlüsselthemen unseres Landes. Einen
369 gleichberechtigten Zugang zu Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sicherzustellen,
370 ist ein zentrales Anliegen grüner Politik.

371 Gleichzeitig ist der Gesundheitssektor einschließlich Pflege, Medizintechnik,
372 Wellness- und Reha-Einrichtungen der größte Wirtschaftszweig in Schleswig-Holstein
373 und stellt mit etwa 200.000 Beschäftigten jeden fünften Arbeitsplatz. Wir sehen
374 einen gut aufgestellten Gesundheitssektor als große Chance für die weitere
375 Entwicklung unseres Landes an. Von entscheidender Bedeutung ist es, den Bedarf an
376 Ärzt*innen und Pflegekräften für die Versorgung der Bevölkerung zu sichern.

377 **Prävention und Gesundheitsaufklärung unterstützen**

378 Die Prävention im Gesundheitswesen wollen wir ausbauen. Hierzu gehören Konzepte zur
379 Vermeidung chronischer Erkrankungen, wie etwa Diabetes mellitus. Wir setzen uns
380 auch weiterhin für einen konsequenten Nichtraucherschutz ein. Die
381 Gesundheitsinitiative Schleswig-Holstein wollen wir fortsetzen und weiter
382 entwickeln.

383 Sexuelle Gesundheit ist wichtig für alle Menschen. Daher setzen wir uns für die
384 Stärkung von Beratungs- und Präventionseinrichtungen z.B. "AIDS-Hilfen" und "pro
385 familia" ein.

386 Unsere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den AIDS-Hilfen wollen wir fortsetzen und
387 weiter ausbauen.

388 **Medizinische Versorgung im ländlichen Raum verbessern**

389 Die Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum ist eine der
390 entscheidenden Aufgaben in den nächsten Jahren, besonders in einem Flächenland mit
391 Inseln und Halligen. Die ambulante und stationäre Versorgung muss verzahnt und die
392 sektorenübergreifende medizinische Versorgung verbessert werden.

393 Erfolgreich haben wir uns für die Realisierung des Zukunftsmodells Brunsbüttel
394 eingesetzt, wo bundesweit erstmalig ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung
395 unter einem Dach konzeptionell zusammengefügt und angeboten werden. Wir werden die
396 Umsetzung begleiten und überprüfen, wie sich dieses Modell auf andere Regionen
397 übertragen lässt, damit die medizinische Versorgung im ländlichen Raum
398 gewährleistet ist.

399 Um die Planung zu verbessern, werden wir regionale Gesundheitskonferenzen unter
400 Beteiligung von Patient*innen, Gesundheitsämtern, Krankenhäusern, niedergelassenen
401 Ärzt*innen, Vertreter*innen aller Gesundheitsberufe sowie der Kommunalpolitik
402 einrichten. Die Umsetzung könnte durch eine Landesgesellschaft erfolgen, die
403 Ergebnisse der regionalen Konferenzen auswertet, die Umsetzung begleitet und in
404 einem transparenten Verfahren die Bürger*innen über die eingeleiteten Schritte
405 informiert.

406 Kommunale Gesundheitszentren, medizinische Versorgungszentren und Zweigpraxen sind
407 weitere Bausteine zur Sicherung der medizinischen Versorgung im ländlichen Raum.

408 Wir unterstützen die Übertragung ärztlicher Aufgaben und den Einsatz von
409 Gemeindeschwestern und -pflegern.

410 Besonders für den ländlichen Raum bietet der Ausbau der ergänzenden Telemedizin
411 Potenzial.

412 **Bessere Hygiene - Krankenhausinfektionen vermeiden**

413 Unser Ziel ist die Vermeidung von Krankenhausinfektionen. Wir wollen dafür sorgen,
414 dass Schleswig-Holstein bei dieser Frage eine Vorreiterrolle einnimmt.

415 So unterstützen wir den Bau einer spezialisierten Infektionsstation nach
416 niederländischem Modell in einem Schleswig-Holsteinischen Krankenhaus. Dieses
417 Modell werden wir wissenschaftlich begleiten und bei Erfolg ausbauen. Zu verbessern
418 ist der Personalschlüssel insbesondere auf den Intensivstationen, die
419 Hygienestandards sind fortlaufend zu erneuern. Wir werden uns dafür einsetzen, dass
420 der Bund entsprechende Maßnahmen unterstützt.

421 **Mit einem Landeskrankenhausgesetz Bau und Finanzierung regeln**

422 Wir verfolgen das Ziel, alle gesetzlichen Regelungen zur Planung und Finanzierung
423 der Krankenhäuser in einem Landeskrankenhausgesetz zusammenzufassen.

424 Investitionen in den Krankenhausbau werden wir bedarfsgerecht umzusetzen. Der Abbau
425 des Sanierungstaus in den Krankenhäusern ist ein Schwerpunkt bei der Sicherung der
426 sozialen Infrastruktur. Den eingeschlagenen Weg werden wir weiter verfolgen, um die
427 Versorgung überall in Schleswig-Holstein zu sichern.

428 Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin für einen bundesweit einheitlichen
429 Basisfallwert ein, um eine gerechte und angemessene Finanzierung der
430 Krankenhausbehandlung in Schleswig-Holstein zu erreichen.

431 **Die Medizin braucht mehr Nachwuchs**

432 Bei uns im Land werden in den nächsten 10 bis 15 Jahren viele Hausärzt*innen in den
433 Ruhestand gehen. Gleichzeitig steigt dann der Bedarf an Versorgungsleistung – vor
434 allem im ländlichen Raum. Vor diesem Hintergrund werden – bundesweit – zu wenig
435 Mediziner*innen an den Hochschulen ausgebildet. Mit der medizinischen Fakultät an
436 der Christian-Albrechts-Universität in Kiel und der Universität zu Lübeck haben wir
437 zwei exzellente Hochschulen zur Medizinerausbildung.

438 Wir haben den Bau unseres Universitätsklinikums UKSH erfolgreich auf den Weg
439 gebracht. Das UKSH ist als einziges Krankenhaus der Maximalversorgung ein
440 entscheidender Bestandteil der medizinischen Infrastruktur. Die Umsetzung des Bau-
441 Masterplans darf nicht zulasten der Patienten oder des Personals gehen.

442 Unser Ziel ist es, gemeinsam mit den anderen Bundesländern durch einen
443 "Hochschulpakt Medizin" bundesweit 1000 neue Medizinstudienplätze zu schaffen.

444 Pflege geht Alle an

445 Der überwiegende Anteil der Pflegebedürftigen möchte so lange wie möglich zu Hause
446 versorgt werden. Um das zu ermöglichen, müssen auch die Pflegenden – in der
447 Mehrzahl Frauen – entlastet werden.

448 Wir wollen Programme zur Prophylaxe und Prävention stärken. Auch das Schleswig-
449 Holsteinische Geriatrie-Konzept (Altersmedizin) gilt es fortzuschreiben. In der
450 Pflege werden wir kommunale Modellprojekte auflegen, wissenschaftlich auswerten und
451 bei Erfolg landesweit umsetzen.

452 Wir GRÜNE setzen uns für einheitliche Standards bei der Personalbemessung in der
453 Pflege und eine konsequente Umsetzung des Arbeitsschutzes für Pflegekräfte ein. Die
454 Voraussetzungen wollen wir gemeinsam mit den Pflegekräften verbessern. Hierzu
455 gehört auch, die erforderlichen Ausbildungskapazitäten vorzuhalten.

456 Palliativversorgung und Hospize

457 Wir wollen das Angebot im Bereich der ambulanten und stationären Versorgung mit
458 Palliativmedizin und Hospizen weiter ausbauen.

459 Geburtshilfe sicherstellen und Hebammen unterstützen

460 Zur Sicherung der Versorgung mit Geburtshilfe und Hebammen soll die Anzahl der
461 Ausbildungsplätze für Hebammen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Gemeinsam mit den
462 Kommunen wollen wir Verantwortung für die Sicherung der Haftpflichtprämien
463 übernehmen und in jedem Kreis und jeder kreisfreien Stadt eine für Geburtshilfe
464 zuständige Hebamme einsetzen. Zur Versorgung der Inseln und Halligen sowie anderer
465 strukturschwacher Gegenden setzen wir uns weiterhin für eine externe Begleitung bei
466 der Koordinierung ein.

467 Tageskliniken für psychisch Kranke ausbauen

468 Unseren erfolgreichen Einsatz für den bedarfsgerechten Ausbau psychiatrischer und
469 psychosomatischer Tageskliniken werden wir konsequent fortsetzen. Wir unterstützen
470 die gemeinsame Koordinierung ambulanter, (teil)stationärer und tagesklinischer
471 Behandlungsformen.

472 Demenzerkrankungen nehmen aufgrund der demografischen Entwicklung immer mehr zu.
473 Den Demenzplan Schleswig-Holstein entwickeln wir weiter.

474 Gesundheitsversorgung für Geflüchtete sicherstellen

475 Zur Eingliederung der Asylsuchenden in das Gesundheitssystem ist uns mit der
476 landesweiten Einführung der Gesundheitskarte ein erster Schritt gelungen. Wir
477 wollen nun in Schleswig-Holstein ein Modell für die Gesundheitsversorgung von
478 Menschen ohne Papiere entwickeln. Besonderes Augenmerk richten wir auf
479 traumatisierte Geflüchtete, denen wir verstärkt Zugang zu qualifizierte
480 psychotherapeutischer Betreuung gewähren wollen. Ein großes Problem sind
481 Sprachbarrieren zwischen Ärzt*innen bzw. Psychotherapeut*innen und Geflüchteten,
482 weswegen wir die Einführung eines Dolmetscher*innenpools prüfen wollen. Die von uns
483 veranlasste Aufstockung der Mittel ist weiterzuführen und dem kommenden Bedarf
484 anzupassen. Das gilt auch für die Fortbildung und Supervision von Menschen, die
485 Traumatisierte in Unterkünften betreuen. Unser Ziel heißt gleiche
486 Gesundheitsversorgung aller hier lebenden Menschen.

487 Unabhängige Patientenberatung wieder gewährleisten

488 Wir bedauern, dass die unabhängige Patientenberatung nach einer Fehlentscheidung
 489 der Bundesregierung nicht mehr ausreichend im Land präsent ist und werden
 490 versuchen, diese Fehlentwicklung auf Bundesebene rückgängig zu machen.

491 **Gesundheit@Digital**

492 Die Digitalisierung im Gesundheitswesen und der Ausbau der Telemedizin bieten große
 493 Chancen für die Sicherung der medizinischen Versorgung. Gerade angesichts der
 494 Sensibilität der Daten und heute oftmals unsicherer Übertragungswege sind auch hier
 495 gute Datenschutzstandards von zentraler Bedeutung.

496 **Auf den Punkt**

- 497 • Wir werden Menschen, die pflegebedürftige Familienangehörige zu Hause pflegen
 498 durch entlastende Programme besser unterstützen,
- 499 • *Wir werden* die Prävention von Erkrankungen fördern,
- 500 • die medizinische Versorgung im ländlichen Raum sichern,
- 501 • den Investitionsstau bei den Krankenhäusern weiter abbauen,
- 502 • für alle Pflegebedürftigen Qualität in der Pflege hoch halten,
- 503 • die Angebote für Menschen mit psychischen Erkrankungen und Demenz sowie der
 504 Hospiz- und Palliativmedizin weiter ausbauen,
- 505 • Traumatherapien für Geflüchtete fördern,
- 506 • Modellprojekte begleiten, die ambulante und stationäre Gesundheitsversorgung
 507 vor allem im ländlichen Raum zusammenwirken lassen,
- 508 • die Einrichtung einer Landesgesellschaft zur Umsetzung innovativer Konzepte
 509 prüfen,
- 510 • den Ausbau der Telemedizin unterstützen.

511 **Kita – Bildungsgerechtigkeit für alle Kinder schon von der** 512 **Kita an. Mit mehr Qualität und Unterstützung der Eltern**

513

514 Die Brücken in eine offene Gesellschaft werden in Kitas und Schulen gebaut. Für
 515 eine gelungene Inklusion und Integration liegt hier der Schlüssel. Dabei kommt es
 516 vor allem auf Qualität an – bei Ausstattung, bedarfsgerechten Öffnungszeiten,
 517 Ausbildung und Personal. Kitas sollen Orte der Geborgenheit und des Lernens sein –
 518 und die Kinderstube der Demokratie.

519 Kaum ein Bereich ist so im Wandel wie die Angebote für kleine Kinder. Seit 2013
 520 haben Kinder ab dem ersten Geburtstag bundesweit einen Rechtsanspruch auf einen
 521 Betreuungsplatz. Bei Platzangebot und Betreuungsschlüssel stehen wir im Norden gut
 522 da. Das Land hat seit 2012 die Mittel für die Kitafinanzierung von 100 auf 200
 523 Millionen Euro jährlich verdoppelt. Das ist deutlich mehr, als wir vor der letzten
 524 Landtagswahl versprochen hatten.

525 **Mehr Qualität in der Kita**

526 Krippen und Kitas halten vielen Familien den Rücken frei. Hier ist Platz zum
 527 Lernen, um Freundschaften zu schließen und Fragen zu stellen – für Kinder, aber

528 auch die Eltern. Nicht zuletzt wollen wir die Rolle der Elternvertretungen stärken,
529 diese institutionalisieren und mit mehr Mitteln ausstatten.

530 Qualität der Kinderbetreuung ist uns wichtig. Schleswig-Holstein liegt bei den
531 Kitas im bundesweiten Durchschnitt, viele arbeiten schon heute auf höchstem Niveau.
532 Wir wollen aber gemeinsam mit den Akteur*innen landesweit einen Orientierungsrahmen
533 für gute fachliche Praxis erarbeiten und diesen mit den Fortbildungsangeboten
534 verbinden.

535 Inklusive Angebote sollen schrittweise ausgebaut werden, die Sprachförderung
536 intensiviert, der Übergang von der Kita in die Grundschule systematisiert und auch
537 die Arbeit der Familienzentren gestärkt werden, die wir seit 2014 mit 2,5 Millionen
538 Euro jährlich unterstützen.

539 Tagesmütter und -väter bleiben wichtig für Familien mit kleinen Kindern. Sie sollen
540 an den neuen Maßnahmen für Fachberatung und Qualitätsentwicklung teilnehmen und
541 sich vernetzen können. Eltern, die ihre Kinder von Tagesmüttern oder -vätern
542 betreuen lassen, sollen keinen Nachteil haben, wenn Ihr Kind mit drei Jahren einen
543 Kitaplatz benötigt.

544 **Familiengerechtigkeit, eine transparente und gerechte Kitafinanzierung**

545 Kinderbetreuung ist aus dem Lebensalltag junger Familien nicht mehr wegzudenken.
546 Für den weiteren Ausbau der Kinderbetreuung müssen der zeitliche Bedarf sowie die
547 finanzielle und soziale Situation der Familien noch stärker berücksichtigt werden.
548 Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Ausbildung sowie Weiterbildung oder Pflege
549 wollen wir weiter verbessern.

550 Eltern müssen trotz aller Anstrengungen im Bundesvergleich bei uns durchschnittlich
551 am meisten zahlen. Das geht von geringen Gebühren wie in Neumünster hin zu kaum
552 noch tragbaren Elternbeiträgen im Hamburger Rand. Gemeinsam mit Kreisen und
553 Kommunen wollen wir familiengerechte Lösungen finden, wie z.B.
554 Geschwisterermäßigungen und Beitragsstaffelungen.

555 Ein bedarfsgerechtes Angebot und hohe Qualität haben für uns Priorität.
556 Mittelfristig bleibt die Beitragsfreiheit unser Ziel, so wie es bei Schulen und
557 Hochschulen bereits der Fall ist. Für uns steht in der kommenden Wahlperiode die
558 Qualität der Betreuung und Bildung im Mittelpunkt.

559 Die Zunahme an Ganztags- und Krippenplätzen, Tarifsteigerungen und erhöhte
560 Bildungsstandards bringen Kommunen teilweise an den Rand der Handlungsfähigkeit.
561 Wir wollen die Kommunen bei diesen Aufgaben finanziell noch stärker unterstützen.
562 Dies werden wir mit mehr Transparenz in der Finanzierung verbinden. Die
563 Kitafinanzierung muss für alle nachvollziehbar sein.

564 **Fachkräftemangel in Kitas entgegen wirken, Berufseinstieg attraktiver machen**

565 Viele qualifizierte Absolvent*innen unserer Beruflichen Schulen arbeiten im
566 Anschluss an eine zwei- bis fünfjährige Schulzeit mit Praktika nicht in Kitas,
567 obwohl qualifiziertes Personal händeringend gesucht wird. Darum wollen wir zum
568 einen die Anerkennung von beruflichen Erfahrungen erleichtern – andererseits
569 Maßnahmen entwickeln, die den Berufseinstieg einfacher und attraktiver gestalten
570 und den Einstieg in eine duale Ausbildung prüfen.

571 **Auf den Punkt**

- 572 • *Wir werden* noch mehr in Kita-Qualität investieren,

- 573 • eine einfache und verlässliche Kita-Finanzierung mit Kreisen und Kommunen
- 574 erreichen, die Kommunen wieder Spielräume gibt,
- 575 • uns für mehr Beitragsgerechtigkeit einsetzen,
- 576 • den Berufseinstieg für junge Menschen attraktiver machen.

577 **Schulen / Leben, lernen, entdecken: Unsere Schulen brauchen**
 578 **eine bessere Ausstattung und Ruhe für mehr Unterrichtsqualität**

579

580 Wir wollen, dass nicht in erster Linie Fächer sondern junge Menschen unterrichtet
 581 werden. Uns ist wichtig, dass Kinder die Welt des Wissens entdecken, sie lernen,
 582 worauf sie stolz sein können und erfahren, wobei sie sich anstrengen müssen. Guter
 583 Fachunterricht, individuelle Förderung, ein wertschätzender Umgang – das haben
 584 unsere Schüler*innen verdient. Wir streben eine ganzheitliche Bildung an und wollen
 585 den Kindern gutes Rüstzeug mitgeben: Ausbildungsreife und Lebenspraxis.

586 Um den Sanierungsstau im Kommunalen Schulbau aufzulösen, werden wir in der nächsten
 587 Legislaturperiode gemeinsam mit den Kommunen eine belastbare Bestandsaufnahme
 588 machen. So, wie wir es in dieser Legislaturperiode für die Landesinfrastruktur
 589 gemacht haben. Unser Ziel ist es, in der nächsten Legislaturperiode zügig gemeinsam
 590 mit den Kommunen ein Konzept zu erarbeiten um die Sanierung der Schulen
 591 verlässlicher auf den Weg zu bringen. Dazu braucht es eine belastbare Planung, die
 592 mehr als eine Legislaturperiode umfasst. Wir werden uns dafür einsetzen, dass sich
 593 das Land an der baulichen Sanierung der kommunalen Schulen finanziell beteiligt.

594 **100 Prozent Unterrichtsversorgung plus Bildungsbonus**

595 Schulen unterscheiden sich in der Zusammensetzung stark. Wir wollen vor allem
 596 Schulen einen "Bildungsbonus" geben, die vielen Kindern und Jugendlichen, die es
 597 nicht leicht haben, Rückenwind geben. Es gilt, anhand eines Sozialindex vor allem
 598 dort, multiprofessionelle Teams einzusetzen, die etwa aus Lehrkräften,
 599 Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen bestehen, Entlastungsstunden für
 600 Schulleitungen und Lehrkräfte an diesen Standorten zu ermöglichen und so eine
 601 Personalausstattung von mehr als 100 Prozent zu erreichen.

602 Unseren Schulen fehlen Lehrkräfte. Den Sparkurs an unseren Schulen von Schwarz-Gelb
 603 haben wir darum 2012 beendet. Auch künftig wird unser Schwerpunkt auf einer
 604 besseren Ausstattung der Schulen und höherer Qualität liegen.

605 Bei der Unterrichtsversorgung haben wir uns von 95 Prozent auf inzwischen 98
 606 Prozent vorgearbeitet. Alle Schulen brauchen eine 100-prozentige Versorgung, einige
 607 darüber hinaus mehr Personal: Schulen unterscheiden sich bei der Zusammensetzung
 608 der Schüler*innen stark. Wir wollen vor allem Schulen einen "Bildungsbonus" geben,
 609 die vielen Kindern und Jugendlichen mit Lern- und Lebenserschwernissen Rückenwind
 610 geben. Es gilt, multiprofessionelle Teams einzusetzen, die etwa aus Lehrkräften,
 611 Sozialarbeiter*innen, Psycholog*innen bestehen, Entlastungsstunden für
 612 Schulleitungen und Lehrkräfte an diesen Standorten zu ermöglichen und so eine
 613 Personalausstattung von mehr als 100 Prozent zu erreichen.

614 Wir haben die Schulsozialarbeit und die Schulassistenz an Grundschulen mit jeweils
 615 mehr als 13 Millionen Euro jährlich aufgestockt. Den schulpsychologischen Dienst
 616 wollen wir ebenfalls weiterentwickeln.

617 Die Anzahl der Ganztagschulen ist weiter gestiegen. Jetzt gilt es die Qualität zu
 618 verbessern. Viele Angebote entsprechen nicht unseren Anforderungen an ganztägige

619 Bildung und Betreuung. Eine bessere Verzahnung der Ganztagsangebote mit
620 außerschulischen Organisationen und Einrichtungen ist erforderlich. Die
621 Zusammenführung von Hort und Ganztagschule in zukünftiger Verantwortung der
622 Schulen darf nicht zum Qualitätsverlust im Ganztagsangebot führen. Unser Ziel
623 bleibt, dass alle Schulen zu gebundenen, also verbindlichen und gebührenfreien
624 Ganztagschulen werden.

625 **Qualitätsverbesserungen statt Strukturdebatten – Personalentwicklung fördern**

626 Seit dem Jahr 2007 gibt es eine neue Schulstruktur im Land. Das System aus
627 Gemeinschaftsschulen, Gymnasien und Beruflichen Schulen hat sich bewährt. Der
628 Standard G8 an Gymnasien und G9 an Gemeinschaftsschulen und Beruflichen Gymnasien
629 ist allgemein akzeptiert. In der laufenden Legislaturperiode haben wir nach einem
630 Bildungsdialog mit vielen Akteur*innen behutsam nachgesteuert. Wir sind uns
631 bewusst, dass die Schulen Ruhe wollen, um an Schulkultur und Unterrichtsmethoden
632 weiterarbeiten zu können. Darum halten wir uns mit neuen Bestimmungen und
633 Pflichtenforderungen zurück. Es wird keine Veränderung der Schulstruktur geben,
634 jedoch werden wir den Bildungsdialog fortsetzen.

635 Unsere Aufgabe wird es vielmehr sein, Rahmenbedingungen zu gestalten, die an den
636 Schulen Freiräume für gemeinschaftliche Initiativen und Entwicklungen lassen. Wir
637 unterstützen alle Schulen dabei, ihren Beitrag zu gesellschaftlichen Aufgaben, vor
638 allem der Inklusion und der Integration von Geflüchteten, zu leisten.

639
640 Wir werden die Ausgaben für Fortbildung erhöhen und den systematischen Einstieg in
641 die Supervision (Beratung und Hilfe) von Lehrkräften und Schulleitungen prüfen.

642 Wir werden uns für variable Arbeitszeitmodelle einsetzen und in einigen
643 Modellschulen Erfahrungen damit sammeln. Ziel ist es, multiprofessionellen Teams
644 Freiräume zu schaffen, Zeit für Koordinierungsaufgaben zu gewinnen und
645 Arbeitsspitzen abzumildern.

646 Der Schulleitung kommt eine wichtige Rolle bei der Sicherstellung der Schulqualität
647 zu. Schulleitung ist ein eigenes Berufsfeld – auf die komplexen Managementaufgaben
648 sind viele Lehrer*innen nicht vorbereitet. Wir halten die Einführung einer
649 systematischen Personalentwicklung und ein Spezialprogramm für künftige
650 Führungskräfte in Schulen für unerlässlich. Dabei wollen wir auch Diversityaspekte
651 verstärkt mit in die Schulleitungen und Fortbildungen tragen.

652 Auch Schulen sind lernende Systeme. Darum wollen wir mehr Schulen die Chance auf
653 ein „Schul-Feedback“ geben und sie in ihrer Entwicklung mit zielgerichteten
654 Maßnahmen unterstützen. Schüler*innen und Eltern können aufschlussreiches Feedback
655 geben, deswegen sind sie in diesen Prozess einzubinden.

656 Wir wollen Kreativität und projektebezogene Gruppenarbeit stärker fördern.
657 Entrepreneurship und Gründungsinitiativen sollen auch in der Schule behandelt
658 werden. Viele Initiativen, die dieses an die Schulen tragen sind noch sehr jung und
659 wir wollen sie weiter ermutigen mit Schulen tätig zu werden. Wir werden in diesem
660 Rahmen unterstützend tätig werden.

661

662 **Inklusion verwirklichen**

663 Inklusion bedeutet Teilhabe und Förderung. Wir unterstützen sowohl inklusive
664 Angebote an Regelschulen – das bedeutet, dass Kinder mit Handicap in ihre

665 Nachbarschule gehen können – als auch die in unserem Schulsystem unverzichtbaren
666 Förderzentren. Beides muss Hand in Hand gehen und Eltern die Wahl lassen.

667 Inklusion braucht Unterstützung. Damit alle Kinder individuelle Lernunterstützung
668 in Anspruch nehmen können, sind mehr Förderlehrkräfte und weiteres pädagogisches
669 Fachpersonal einzustellen. Mit den von uns in dieser Legislatur bereits
670 geschaffenen zusätzlichen Stellen für Förderlehrkräfte sowie rund 600
671 Schulassistent*innen an Grundschulen haben wir einiges erreicht. Künftig geht es
672 darum, die Mittel von Schulbegleitung und Schulassistenten im Sinne der Schule und
673 der Verlässlichkeit für die betroffenen Familien besser zu verzahnen.

674 Inklusion kann nicht nach der neunten Klasse enden. Gemeinsam mit Schulen und
675 Wirtschaft sowie mit Jugendberufsagenturen werden wir nach besseren Möglichkeiten
676 suchen, die inklusive Struktur auch in der beruflichen Bildung im Land auszubauen.

677 Das Land wird die Kooperation von Regelschulen und Förderzentren mit
678 Investitionsanreizen unterstützen. Bauliche Veränderungen sollen auch die
679 gemeinsame Planung und Gestaltung des Unterrichts verbessern. Die Zusammenarbeit
680 von Fach- und Förderlehrkräften, Schulsozialarbeitern und Schulassistent*innen, von
681 Ganztagspersonal und Schulbegleiter*innen wird so erleichtert und wirkungsvoller.

682 Zu Kindern und Jugendlichen mit besonderen Bedürfnissen zählen auch Hochbegabte.
683 Wir begrüßen die bereits angelaufenen Projekte an unseren Schulen und werden sie
684 weiter fördern – als wichtigen Beitrag für Vielfalt an Schulen.

685 **Kinder und Jugendliche aus aller Welt sind willkommen an unseren Schulen**

686 Ohne die engagierte Arbeit unserer Schulen wird Integration nicht gelingen. Mehr
687 als 700 Lehrer*innenstellen sind bislang geschaffen worden, weitere werden folgen,
688 um allen Kindern und Jugendlichen in Schleswig-Holstein einen guten Bildungsstart
689 zu ermöglichen. Die Arbeit in DaZ-Vorbereitungsklassen (Deutsch als Zweitsprache)
690 braucht einen eigenen Ansatz. Wir setzen uns dafür ein, die besondere Kompetenz von
691 Lehrkräften zu nutzen, die selber Geflüchtete sind oder waren. Diese Lehrer*innen
692 brauchen ein spezielles Einstiegs- und Traineeprogramm, um mit unseren
693 pädagogischen Standards erfolgreich arbeiten zu können. Solange noch nicht
694 ausreichend mehrsprachige Lehrkräfte an Schleswig-Holsteinischen Schulen zur
695 Verfügung stehen, soll der Dolmetscherpool des IQSH, der bislang nur den DaZ-
696 Zentren zur Verfügung steht, für den Abruf aller Schulen geöffnet werden. Nicht
697 alle Kinder Neuzugewanderter lernen an DaZ-Zentren. Für Elterngespräche und
698 Beratung werden insbesondere auch an Förderzentren kompetente Dolmetscher*innen
699 benötigt, um aufzuklären und zu vermitteln.

700 **Schule muss sich jede*r leisten können**

701 Wir leben in einem der reichsten Länder der Welt, aber auch bei uns kommen Kinder
702 ohne Frühstück zur Schule. Nicht alle Kinder können sich das Mensaessen oder
703 Klassenfahrten leisten. Kein Kind darf aus Geldsorgen vom Schulleben ausgeschlossen
704 sein.

705 Wir werden einen Sozialfonds auflegen, der es finanziell benachteiligten
706 Schüler*innen ermöglicht, gleichberechtigt an Bildungsangeboten teilzuhaben. Dazu
707 gehören die Teilnahme an Klassenfahrten, Zuschüsse zum Essen, Kosten für benötigte
708 Lernmittel und IT-Ausstattung, die viele Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern
709 oftmals vor große finanzielle Schwierigkeiten stellen.

710 **Schule muss Wege offen halten**

711

712 Schüler*innen aus problembelasteten Familien stehen beim Schulbesuch oft vor
 713 besonderen Herausforderungen, die sich in der Pubertät oft potenzieren –
 714 ausgerechnet wenn der erste oder der mittlere Schulabschluss anstehen. Kinder und
 715 vor allem Jugendliche, die nach Deutschland geflüchtet sind, können oft in den
 716 wenigen Jahren bis bei ihnen der Schulabschluss ansteht nicht die deutsche Sprache
 717 lernen und gleichzeitig die Leistungen abrufen, die ihnen eigentlich möglich wären.
 718 Um diesen Kindern und Jugendlichen eine zweite Chance auf einen Schulabschluss zu
 719 ermöglichen, setzen wir uns für ein Schulrecht ein – auch jenseits von Schul- und
 720 Berufsschulpflicht. Jede*r Heranwachsende in Schleswig-Holstein muss die
 721 Möglichkeit erhalten, in seinem oder ihren Leben mindestens 9 Jahre eine
 722 ordentliche Schule besucht zu haben.
 723 Zudem setzen wir uns dafür ein, dass Eltern, die nicht in der Lage sind, ihren
 724 Kindern ausreichend im Schulalltag zu helfen, mehr Unterstützung erfahren. Dazu ist
 725 eine Erweiterung der Bildungsarbeit für die Eltern erforderlich.

726 **Demokratie und Vielfalt wagen**

727 Demokratie, Vielfalt und Selbstbestimmung müssen früh erlernt werden. Wir wollen
 728 Kinder von Beginn an mitbestimmen lassen, etwa durch altersgerechte
 729 Feedbackformate. Angemessene Demokratieprojekte sollen in den Kitas und allen
 730 Schulformen ein festes Angebot sein, damit Kinder und Jugendliche die Vielfalt der
 731 Gesellschaft, unterschiedliche Lebensentwürfe und die Pluralität von Meinungen
 732 schätzen lernen. Wir werden Projekte unterstützen, die das Ziel einer kritischen
 733 Reflektion von Geschlechterrollen unter Jugendlichen haben.

734 Politische Bildung ist, gerade in Zeiten erstarkender rechtspopulistischer
 735 Parteien, für das Mitwirken an demokratischen Prozessen und das Gelingen von
 736 Demokratie unverzichtbar. Deshalb wollen wir das Thema politische Bildung und
 737 Demokratiebildung an den Schulen in allen Jahrgängen verankern. Der
 738 Landesbeauftragte für politische Bildung spielt dabei eine hervorgehobene Rolle. Er
 739 hat mit Angeboten für Jugendliche – wie „jung und wählerisch“ und mit den
 740 „Demokratietagen“ – gemeinsam mit Schulen richtungsweisende Formate entwickelt, die
 741 durch neue Projekte und Unterrichtsmodule auszubauen sind. Dafür bedarf es einer
 742 besseren Finanzierung des Landesbeauftragten für politische Bildung um eine noch
 743 bessere Ausgestaltung seiner Arbeit zu ermöglichen.

744 **Gesunde Schule**

745 Viele Kinder, Jugendliche und Erwachsene verbringen viel Zeit in der Schule. Wir
 746 sorgen uns um den Krankheitsstand bei Lehrkräften und um Kindern und Jugendlichen,
 747 die in der Schule mehr Stress erleben, als ihnen gut tut. Wir werden die
 748 vielfältigen Ursachen für Stress im Schulleben genau untersuchen und Maßnahmen
 749 dagegen vorschlagen. Den Bildungsdialog werden wir fortführen und das Thema
 750 „Gesunde Schule“ in den Mittelpunkt stellen. Zur „Gesunden Schule“ gehört auch die
 751 Verpflegung mit ausgewogenen und nahrhaften Lebensmitteln, die zudem aus der Region
 752 kommen und dem Saisonangebot entsprechen.

753 **1) “Nur was man kennt, schützt man auch” - Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung stärken**

755 Wir werden die schulische und außerschulische Umweltbildung im Sinne der Bildung
 756 für nachhaltige Entwicklung (BNE) stärken - auch mit Angeboten für Erwachsene.
 757 Naturkenntnis, das Wissen um ökologische Zusammenhänge der Land- und
 758 Meereslebensräume, globale Entwicklungen und um Auswirkungen des eigenen Handelns

759 sehen wir als bedeutende Schlüsselkompetenzen an. Gerade junge Menschen wollen wir
760 stärker befähigen ihre Zukunft aktiv mitzugestalten.

761 Wir werden die engagierten Vereine und Verbände im Land stärker unterstützen und
762 dabei insbesondere auch die kleinen, aktiven Jugendverbände besser fördern.

763 Neben der Erweiterung von entsprechenden Angeboten für angehende Lehrer*innen in
764 der Ausbildung wollen wir dem Naturerleben in KITAS und Schulen durch
765 Unterrichtseinheiten im Gelände eine höhere Bedeutung einräumen.

766 Außerdem wollen wir Kinder und Jugendliche durch neue digitale Angebote für Natur
767 und ihre Umwelt begeistern. Dazu werden wir prüfen, wie ein landesweites Netzwerk
768 aus Museen, Umweltzentren und Jugendverbänden aufgebaut werden kann.

769 **Schwimmen lernen**

770 Jede*r zweite junge Schleswig-Holsteiner*in lernt nicht mehr schwimmen. In vielen
771 Schulen ist qualifizierter Schwimmunterricht auf Grund fehlender Schwimmstätten
772 nicht möglich. Wir wollen ein Programm auflegen, damit alle Kinder schon in der
773 Grundschule schwimmen lernen können. Wir unterstützen die Kommunen beim Erhalt
774 ihrer öffentlichen Bäder. Als ersten Schritt werden wir den Förderzeitraum für die
775 Sanierung kommunaler Schwimmsportstätten verlängern und die Fördermittel
776 entsprechend anpassen.

777 **Religionsunterricht gehört dazu**

778 Unsere Schulen sind Orte der Vielfalt. Das sollte sich noch stärker bei den
779 Angeboten zu Religionsunterricht und Ethik zeigen. Wenn wir die Vielfalt ernst
780 nehmen, müssen wir auch in diesem Bereich Angebote schaffen. Solange die
781 christlichen Kirchen, denen der konfessionelle Religionsunterricht zugesichert ist,
782 keinen konfessionsübergreifenden Unterricht wie in Hamburg anstreben, müssen wir
783 gleichberechtigt auch andere Angebote schaffen. Dazu gehört mehr staatlicher
784 Islamunterricht durch Lehrer*innen, die an deutschen Hochschulen für den Unterricht
785 von Kindern muslimischen Glaubens ausgebildet sind.

786 **Die Schule im Dorf lassen**

787 Kleinen Grundschulen haben wir es ermöglicht, dass sie im Dorf bleiben können.
788 Weiterhin gilt: Kurze Beine – kurze Wege. Aber die Schüler*innenzahlen sinken auch
789 an einigen weiterführenden Schulen. Hier gilt das Argument der kurzen Beine nicht,
790 vielmehr liegt ein Schwerpunkt auf einem fachlichen und vielfältigen Angebot. Zwar
791 haben wir auch dort die Mindestgröße auf 240 Schüler*innen gesenkt, aber so nicht
792 alle Probleme gelöst.

793 Wir wollen, dass es auch im ländlichen Raum erreichbare Angebote für die
794 Sekundarstufe gibt und sehr lange Fahrtwege für Schüler*innen vermieden werden.

795 Es ist ein Landesausschuss einzurichten, in dem ein- bis zweimal pro Jahr
796 kreisübergreifend und frühzeitig über Schwierigkeiten aufgrund der demografischen
797 Entwicklung beraten werden kann.

798 **Gemeinschaftsschulen mit praktischer Orientierung entwickeln**

799 Viele Gemeinschaftsschulen haben eine besondere Praxisorientierung. Mit der
800 Stärkung von Flex- und Praxisklassen, der Kooperation mit Werkstätten der
801 beruflichen Schulen und Unternehmen, mit Schüler*innenfirmen und einem
802 anspruchsvollen Technikprofil können diese Schulen punkten. Wir wollen
803 Gemeinschaftsschulen neben einer ausreichenden Versorgung auch mit gymnasialen

804 Lehrkräften, um Schüler*innen auf das Abitur vorzubereiten, ebenso in dieser
805 "praktischen Orientierung" fördern, um so passgenaue Schulprofile für verschiedene
806 Bedarfe zu ermöglichen. Bei einer solchen Orientierung spielen Coaches, die
807 Jugendliche in den Schulen frühzeitig und individuell beruflich beraten, eine
808 wichtige Rolle. Wir setzen auf Lernen in der Praxis und individuelle Begleitung.
809 Die entsprechenden Maßnahmen wollen wir verstärken, um auch die
810 Schulabbrecher*innenquote zu senken.

811 **Freie Schulen sind unsere Partner mit frischen Ideen**

812 In den vergangenen Jahren haben wir die Förderung von Schulen in freier
813 Trägerschaft auf eine neue Grundlage gestellt und erstmals seit dem Jahr 2000
814 spürbar verbessert sowie der tatsächlichen Kostenentwicklung angepasst. Schulen in
815 freier Trägerschaft sind eine Bereicherung unserer Schullandschaft. Etliche
816 Kolleg*innen aus öffentlichen Schulen hospitieren dort. Viele Ideen werden in
817 Schulen freier Trägerschaft ausprobiert und gehen im öffentlichen Bereich in Serie.

818 Wir wollen die Rahmenbedingungen auch in den freien Schulen weiter verbessern,
819 damit sie sich leichter den Aufgaben von Inklusion und der Integration von
820 Flüchtlingen widmen können.

821 **Aus- und Weiterbildung unserer Lehrer*innen besser gestalten**

822 Gerade weil das Lehramt anspruchsvoll ist, haben wir die Lehrkräfteausbildung
823 modernisiert und wollen nun prüfen, wie wir an unseren Hochschulen Eignungstests
824 für Lehramtsstudierende einführen können. Die Testergebnisse sollen nicht bindend
825 sein, den Studierenden aber Hinweise zur Studienwahl geben.
826 Mit uns wird es keine Rückabwicklung des Lehrkräftebildungsgesetzes geben. Wir
827 wollen die sich in Umsetzung befindlichen Lehramtskonzepte an unseren Hochschulen
828 weiter unterstützen. Dies gilt insbesondere für die Umsetzung des Praxissemesters
829 und den Weiterbildungsmaster für Sekundarstufe I-Lehrkräfte.

830 Die Weiterbildung unserer Lehrkräfte wollen wir ausbauen, auch um in Mangelfächern
831 Engpässen vorzubauen. Wir werden durch Aufbaustudiengänge Lehrkräften und
832 Absolvent*innen der Kombistudiengänge der Europa-Universität Flensburg ermöglichen,
833 sich für die Sekundarstufe II zu qualifizieren. Es sind weitere Maßnahmen gegen den
834 Lehrkräftemangel auf den Weg zu bringen. Vor allem Schulleitungen im ländlichen
835 Raum brauchen unsere Unterstützung. Wir wollen Menschen mit ausländischer
836 Qualifikation den Weg in die deutschen Schulen ebnen und einen
837 Sondereinstellungskorridor für Lehrkräfte in Mangelfächern eröffnen.

838 **Eigenständigkeit erwünscht**

839 Auch künftig sollen Schulen über ihre pädagogischen Methoden weitgehend selbst
840 entscheiden. Jede Lehrkraft tickt anders, deshalb ist Autonomie wichtig. Es obliegt
841 den Schulen, ob z.B. eine Grundschule die Abschlusszeugnisse notenfrei gestaltet
842 oder nicht, mit welcher Schule kooperiert wird, welche Profile angeboten werden, ob
843 jahrgangsübergreifend gearbeitet wird und wie der Umgang mit digitalen Medien zu
844 integrieren ist. Zur Autonomie gehören Standards, die umzusetzen sind,
845 bedarfsgerechte Evaluationen und Maßnahmen zur Qualitätssicherung. Weder die
846 Autonomie, noch das Qualitätsmanagement dürfen – wie in der Vergangenheit geschehen
847 – zu unangemessenem Mehraufwand in den Schulkollegien führen.

848 **Schulentwicklungsplanung für die Metropolregion Hamburg verwirklichen**

849 Wir haben große Fortschritte in Richtung einer freien Schulwahl in der
850 Metropolregion Hamburg gemacht und das Gastschulabkommen abgeschlossen. In der

851 kommenden Wahlperiode wollen wir die Kooperation mit Hamburg intensivieren. Ziel
 852 bleibt eine gemeinsame Schulentwicklungsplanung mit Hamburg für den Hamburger Rand
 853 - auch im beruflichen Bereich. Anzustreben ist eine möglichst freie Schulwahl in
 854 der Metropolregion, was für viele dort lebende Familien eine große Erleichterung
 855 bedeutet. Eine solche Möglichkeit kreisübergreifender Schulentwicklungsplanung
 856 werden wir in Zukunft auch für den Rest Schleswig-Holsteins prüfen und ggfs. in
 857 Angriff nehmen.

858 **Lernen@Digital**

859 Der freie Zugang zu Wissen ist eine Chance für mehr Bildungsgerechtigkeit. Um
 860 diese Chance nutzen zu können, ist zunächst Wissen um den richtigen Umgang mit den
 861 Neuen Medien notwendig. Medienkompetenz ist längst eine Schlüsselqualifikation.
 862 Moderne Schulen brauchen zeitgemäße Methoden und digitales Lernen gehört heute
 863 unbedingt dazu. Auf diesem Weg wollen wir die Schulen unterstützen und begleiten,
 864 u.a. durch Ergänzungen in der Lehrer*innenaus- und -fortbildung, im
 865 Vorbereitungsdienst und mit außerschulischen Partnern.

866 Wir werden mit den kommunalen Spitzenverbänden und Schulträgern nach Lösungen
 867 suchen, wie die IT-Infrastruktur auf einen landesweit vergleichbaren, hohen
 868 Standard gebracht werden kann. Die Wartung der Hard- und Software kann nicht – wie
 869 an einigen Schulen noch üblich – engagierten Lehrer*innen und Schüler*innen
 870 zugemutet werden. Dies ist die Aufgabe qualifizierter Schultechniker*innen. Für
 871 finanzschwache Schüler*innen brauchen wir Angebote, damit nicht der Geldbeutel über
 872 die Teilhabe entscheidet.

873 Das Internet bietet einfachen Zugang zu Fakten und Wissen – das Lernen entwickelt
 874 sich weiter. Interdisziplinäre Medienbildung und Informatikunterricht müssen
 875 obligatorisch für alle Schüler*innen an weiterführenden Schulen werden. Um das zu
 876 leisten, sind zügig Lehrkräfte aus- und fortzubilden und die technischen
 877 Möglichkeiten an den Schulen zu fördern. Internetzugang muss an allen Schulen in
 878 Schleswig-Holstein für alle Schüler*innen möglich sein. Die Vermittlung digitaler
 879 Kompetenz darf aber nicht einfach „On Top“ zu den bisherigen Curricula (Lehrplänen)
 880 gelegt werden. Die Einführung eines Medienpasses wollen wir prüfen. Er kann dafür
 881 sorgen, dass alle Schüler*innen die Medien kritisch und praktisch beherrschen.
 882 Unser Ziel bleibt darüber hinaus die möglichst lebenslange Vermittlung von
 883 Medienkompetenz.

884 Schleswig-Holstein braucht eine Landesstrategie für Open Educational Resources
 885 (frei zugängliche Lehrmaterialien).

886 **Auf den Punkt**

- 887 • *Wir werden* dafür sorgen, dass alle Schulen 100 Prozent Unterricht geben
 888 können und den "Bildungsbonus" einführen,
- 889 • weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Unterrichtsqualität ergreifen,
- 890 • mehr pädagogisches Fachpersonal für Inklusion einstellen und
 891 Integrationsangebote ausbauen,
- 892 • dafür eintreten, dass finanzielle Hindernisse Zuhause nicht zur
 893 Bildungsbremse werden,
- 894 • Umwelt- und Nachhaltigkeitsbildung in Schulen und durch aktive Vereine
 895 stärken und uns für "Gesunde Schulen" einsetzen,

- 896 • Ganztagsangebote ausbauen und Schulen im ländlichen Raum stärken,
- 897 • für mehr altersgerechte Demokratie und Vielfalt an Schulen sorgen,
- 898 • Schulen Freiraum und Ruhe geben, damit vor Ort an der Schulqualität
899 gearbeitet werden kann,
- 900 • digitales Lernen fördern.

901 **Berufliche Bildung / Beim direkten Weg von der Schule in die**
 902 **Ausbildung dürfen wir keinen Jugendlichen zurücklassen**

903

904 Unser Ziel ist es, die Zahl der Jugendlichen deutlich zu erhöhen, die direkt nach
 905 der Schule eine Ausbildung beginnen. Ausbildungsvorbereitende Maßnahmen wollen wir
 906 zu ausbildungsqualifizierenden Bausteinen umbauen. Wir werden einen jährlichen
 907 Projekttag der Gewerkschaften an Beruflichen Schulen einrichten. Ziel der
 908 Projekttag soll neben der Vermittlung von Wissen über Arbeitnehmer*innenrechten
 909 auch die Darstellung der Geschichte und Rollen deutscher Gewerkschaften sein.

910 **Berufs- und Studienorientierung intensivieren**

911 Die Berufs- und Studienorientierung (BSO) an allgemeinbildenden Schulen verstärken
 912 wir und bauen die Kooperation zu Berufsschulen sowie Regionalen Bildungszentren
 913 (RBZ) aus. Berufsschullehrkräfte haben durch den engen Kontakt mit Betrieben und
 914 Innungen einen größeren Überblick über Ausbildungsberufe und Ausbildungssituation
 915 als viele Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen. Deshalb prüfen wir, wie
 916 Berufsschullehrkräfte die allgemeinbildenden Schulen in der Berufsorientierung
 917 unterstützen können.

918 **Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen einführen**

919 Immer noch befinden sich jährlich mehr als 7.000 Jugendliche in
 920 ausbildungsvorbereitenden Maßnahmen. Hier besteht Handlungsbedarf für Politik und
 921 Sozialpartner. Wir brauchen ein qualifizierendes, aufeinander aufbauendes System
 922 für Jugendliche, die nach der Schule keinen Ausbildungsplatz bekommen. Wir wollen
 923 das Konzept der Ausbildungsgarantie in Schleswig-Holstein umsetzen. Damit bekommt
 924 jede*r Jugendliche die Chance auf einen Ausbildungsplatz im Betrieb oder
 925 betriebsnah in den beruflichen Schulen beziehungsweise bei freien Trägern.

926 **Azubirechte verankern**

927 Die Ausbildungsreport des DGB zeigt regelmäßig Mängel in den Ausbildungsberufen
 928 auf. Fehlende Ausbildungspläne, immer häufigere und regelmäßige Überstunden sowie
 929 schlechte Bezahlung sind in vielen Ausbildungsberufen ein Problem. Wir Grüne setzen
 930 uns für Mindestausbildungsvergütungen und wirksame Kontrollen der
 931 Ausbildungsbetriebe ein. Ähnlich wie für Studierende fordern wir für Azubis ein
 932 preisgünstiges Azubiticket.

933 **Dem Fachkräftemangel an beruflichen Schulen entgegenwirken - Modellstudiengänge**
 934 **einrichten**

935 Auch an den berufsbildenden Schulen wollen wir eine Unterrichtsversorgung von 100
 936 Prozent erreichen. Um den Lehrkräftebedarf an beruflichen Schulen zu decken, vor
 937 allem im gewerblich-technischen Bereich, brauchen wir neue Einstiegsmodelle. Dazu
 938 werden wir modellhaft Masterstudiengänge einrichten und Konzepte mit dem

939 Landesseminar Berufliche Bildung sowie dem Berufsbildungsinstitut Arbeit und
940 Technik an der Europa-Universität Flensburg entwickeln.

941 **Jugendberufsagenturen im ganzen Land etablieren**

942 Wir haben erreicht, dass in fünf Modellregionen in Schleswig-Holstein
943 Jugendberufsagenturen eingerichtet werden und haben dafür 200.000 Euro
944 bereitgestellt. Ein Anfang ist gemacht, weitere Kreise und kreisfreie Städte wollen
945 dieses Konzept umsetzen. Wir werden die flächendeckende Einführung von
946 Jugendberufsagenturen unterstützen. Sie bieten die Chance, dass viele Jugendliche
947 durch intensive Beratung und Begleitung an einem Ort den direkten Weg von der
948 Schule in die Ausbildung finden.

949 **RBZ und berufliche Schulen unterstützen die Integration von Geflüchteten**

950 Berufliche Schulen und Regionale Berufsbildungszentren (RBZ) übernehmen wichtige
951 Arbeit bei der Integration von jungen Flüchtlingen. Sie begleiten die Migrant*innen
952 zu Beginn in Sprachklassen, danach auf ihrem Weg in Ausbildung und Beruf –
953 unabhängig von der Herkunft. Für diese Aufgabe haben wir zusätzliche Ressourcen
954 bereitgestellt. Wir wollen die Möglichkeiten der Kooperation mit freien Trägern und
955 der Bundesagentur für Arbeit jetzt erweitern, um jungen Flüchtlingen über 18 Jahren
956 Sprachunterricht und Ausbildungsvorbereitung zu eröffnen. Das für alle leisten zu
957 können, braucht zusätzliche Mittel des Bundes, um das für alle leisten zu können,
958 braucht es zusätzliche Mittel des Bundes und eine schulrechtliche Regelung, die es
959 Geflüchteten über 18 Jahre ermöglicht, eine Berufsschule zu besuchen.

960 **Berufliche Bildung stärken – Kräfte bündeln in einem Schleswig-Holsteinischen 961 Institut für berufliche Bildung (SHIBB)**

962 In Schleswig-Holstein besuchen mehr als 90.000 Schüler*innen Berufsbildende Schulen
963 in unterschiedlichen Bildungsgängen. Diese Institutionen spielen eine wichtige
964 Rolle beim Übergang von der Schule in den Beruf, bei der Berufsausbildung (duale
965 und vollzeitschulische Berufsausbildungen), beim Erreichen des Abiturs und in der
966 beruflichen Weiterbildung. Wir werden die berufliche Bildung an den Schulen sowie
967 die Aus- und Fortbildung der Berufsschullehrkräfte stärken. Dazu brauchen wir die
968 Bündelung der Ressourcen aus den verschiedenen Ministerien und dem Landesseminar im
969 fachlichen und personellen Bereich sowie die Einbindung von Sozialpartnern und
970 Schulträgern. Die Gründung eines eigenständigen Schleswig-Holsteinischen
971 Landesinstituts für Berufliche Bildung (SHIBB) haben wir bereits angestoßen.

972 **RBZ-Prozess voran bringen**

973 Die beruflichen Schulen müssen flexibel auf neue Herausforderungen reagieren, z.B.
974 mit Sprachklassen und einer Ausbildungsvorbereitung für Flüchtlinge, über
975 Veränderungen in den Ausbildungsberufen und mit Angeboten für Fort- und
976 Weiterbildung. Die Struktur ist als Anstalt öffentlichen Rechts dafür optimal, da
977 sie regionale Berufsbildungszentren autonomer macht.

978 **Auf den Punkt**

- 979 • *Wir werden* Jugendberufsagenturen flächendeckend aufbauen,
- 980 • dem Fachkräftemangel an Beruflichen Schulen begegnen,
- 981 • ein Schleswig-Holsteinisches Institut für Berufliche Bildung (SHIBB)
982 etablieren,

- 983 • allen Jugendlichen Ausbildung anbieten.

984 **Hochschulen / Wir fördern unsere Leuchttürme des Wissens**

985

986 Für unsere Hochschulen haben wir viel erreicht. Während in der schwarz-gelben
987 Regierungszeit Kürzungen und Dialogverweigerung auf der Tagesordnung standen, geht
988 es mit der Küstenkoalition für die Hochschulen voran. Wir GRÜNE waren treibende
989 Kraft bei den Reformen in der Hochschulpolitik und der Verbesserung der
990 finanziellen Lage unserer Hochschulen.

991 Immer mehr junge Menschen studieren z.B. in Elmshorn, Flensburg, Heide, Kiel und
992 Lübeck. Davon profitieren Städte und Umland. Von den Hochschulen kommen starke
993 Impulse für Zukunftsgestaltung in Schleswig-Holstein. Die Hochschulanbindung aller
994 Oberzentren und weiterer Mittelzentren wird darum von uns unterstützt. Deshalb
995 werden wir GRÜNE unsere Hochschulen wie geplant ausbauen und finanziell stärken.
996 Unsere erfolgreiche Hochschul- und Wissenschaftspolitik werden wir fortsetzen und
997 fortwährend mit allen universitären Statusgruppen evaluieren.

998 Schleswig-Holstein befindet sich auf dem Weg, ein Wissenschaftsland mit
999 Alleinstellungsmerkmalen zu werden. Statt großer Gesetzesnovellierungen werden wir
1000 an konkreten Projekten mit den Hochschulen daran arbeiten, ihre Profile weiter zu
1001 stärken. Kooperationsprojekte untereinander und mit anderen Wissenschafts- und
1002 Forschungseinrichtungen im norddeutschen Raum haben Priorität.

1003 **Mehr Ressourcen für unsere Hochschulen bereitstellen**

1004 Wir GRÜNE unterstützen den Ausbau der Hochschulen auch über den doppelten
1005 Abiturjahrgang und das Studierendenplateau 2019 hinaus.

1006 Wir haben mit einem anwachsenden Finanzierungsmodell die Grundhaushalte der
1007 Hochschulen gestärkt sowie die Finanzierung des Hochschulpakts III mit rund 240
1008 Millionen Euro und dessen Verstetigung nach 2020 zugesagt. In der nächsten
1009 Wahlperiode werden wir die beschlossenen Maßnahmen zur Stärkung der universitären
1010 Grundhaushalte umsetzen. Wir wollen unsere Hochschulen weiter finanziell stärken um
1011 die Unterfinanzierung der Hochschulen im bundesweiten Vergleich weiter abzubauen
1012 und innovative Studiengänge auf den Weg bringen zu können. . Besonders haben wir
1013 die Verbesserung der Betreuungsrelation in den Studiengängen im Blick. Kleine und
1014 "exotische" Fächer nehmen für uns eine hervorgehobene Position in der
1015 differenzierten Hochschullandschaft ein und liegen uns sehr am Herzen. .

1016 Wir stellen die Mittel zur Sanierung der in die Jahre gekommenen Gebäude bereit.
1017 Die Küstenkoalition hat die Mittel für Hochschulen spürbar aufgestockt.

1018 Viele Rahmenbedingungen in der Hochschulpolitik liegen in der Verantwortung des
1019 Bundes. Wir wollen einerseits unsere Hochschulen bei der Bewerbung in bundesweiten
1020 Wettbewerben unterstützen, beispielsweise bei der Exzellenzstrategie und den Pakten
1021 für Innovations- und Nachwuchsförderung, andererseits politische Initiativen auf
1022 Bundesebene entwickeln.

1023 **Faire Beschäftigung und Vereinbarkeit fördern**

1024 Der Bund muss nach dem Wegfall des Kooperationsverbots für den Wissenschaftsbereich
1025 stärker in die Grundfinanzierung aller Hochschulen einsteigen und die notwendigen
1026 Infrastrukturen des Wissens über ein Bundesprogramm fördern.

1027 Durch die Reform des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes ist der Rahmen für bessere
1028 Arbeitsbedingungen mit weniger Kettenverträgen für junge Wissenschaftler*innen

1029 besser geworden. Wir wollen durch weitere Reformen im Bund die prekäre
1030 Beschäftigungssituation des wissenschaftlichen Mittelbaus weiter angehen. Wir
1031 werden darauf achten, dass sich die Hochschulen Verhaltenskodizes für gute
1032 Beschäftigungsverhältnisse insbesondere für befristet Beschäftigte geben.

1033 Gleichzeitig werden wir die Gleichstellung von Frauen an der Hochschule
1034 vorantreiben und die Berufung von mehr Professorinnen unterstützen. Dazu gehört
1035 auch, die Vereinbarkeit von Forschung, Lehre und Familie weiter zu verbessern und
1036 familienfreundliche Rahmenbedingungen bereits für das Studium sowie die Promotion
1037 und Habilitation zu schaffen.

1038 **Fundament stützen – soziale Infrastruktur ausbauen**

1039 Die soziale Infrastruktur mit Beratungs- und Kulturangeboten, Mensen und Wohnheimen
1040 ist zentrales Element für ein gerechtes Hochschulstudium. Das Studentenwerk leistet
1041 dazu wichtige Arbeit. Wir haben das Studentenwerk in den vergangenen Jahren durch
1042 Bauprojekte und beim Personal gestärkt. Uns ist aber bewusst, dass wir bei den
1043 Beratungsangeboten und der Schaffung von günstigem Wohnraum weitere Hausaufgaben zu
1044 erledigen haben. Neben eigenen Initiativen erwarten wir vom Bund, soziale
1045 Infrastruktur endlich als Teil des Hochschulpakts zu realisieren. Wir sehen mit
1046 Sorge, dass finanzielle Probleme und unzureichende soziale Absicherung, Stress,
1047 Wohnraumnot, Mobilitätsbedürfnisse, sanierungsbedürftige Hochschulen und der Druck,
1048 digital voll ausgerüstet zu sein, für die Studierenden extreme Herausforderungen
1049 darstellen und die Anforderungen im Studium selbst überlagern.

1050 Gemeinsam mit den Hochschulstädten müssen die Initiativen für mehr günstigen
1051 Wohnraum ausgebaut werden. Das Studentenwerk Schleswig-Holstein ist dabei unser
1052 Partner und wird von uns unterstützt. Wir begünstigen den Bau integrierter
1053 Wohnheime auf den Hochschulcampi. Studentisches Wohnen wird mit Unterkünften für
1054 Geflüchtete kombiniert.

1055 Unbestritten muss das BAföG reformiert werden und sollte mittelfristig in ein
1056 elternunabhängiges Bildungseinkommen nach Vorbild der dänischen
1057 Ausbildungsförderung (Statens Uddannelsesstøtte) umgewandelt werden.
1058 Studiengebühren lehnen wir weiterhin ab.

1059 Um die umweltfreundliche und bezahlbare Mobilität der Studierenden und
1060 Kooperationen zwischen den Hochschulen zu ermöglichen, setzen wir uns in
1061 Verhandlungen mit den Verkehrsbetrieben für ein landesweites Semesterticket zu
1062 günstigen Konditionen für die Studierenden ein. Die Finanzierung erfolgt aus den
1063 Gemeindeverkehrsfinanzierungsmitteln des Landes.

1064 **Nachhaltigkeit, Klimaschutz und innovative Ideen fördern**

1065 An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen gibt es viele Projekte, die sich
1066 mit Klimaschutz, regenerativer Energie und Nachhaltigkeit beschäftigen. Bereiche,
1067 die nicht im Kieler GEOMAR abgedeckt werden können, wollen wir in einem
1068 Forschungsverbund stärker zusammenführen und unterstützen: Ein
1069 klimawissenschaftlicher und ökologischer Forschungsverbund, der über die Grenzen
1070 unseres Bundeslandes hinaus Erkenntnisse und Ideen liefert.

1071 Darüber hinaus werden wir unsere Hochschulen unterstützen, Nachhaltigkeit zum
1072 Leitmotiv ihrer Arbeit zu machen. Dies soll insbesondere durch die Förderung
1073 interdisziplinärer Projekte geschehen, in denen Natur- und Kulturwissenschaftler
1074 gemeinsam forschen und lehren und starke Akzente setzen. Unsere Hochschulen müssen
1075 gerade im Bereich der Nachhaltigkeit ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gerecht

1076 werden. Hier wurden bereits von den Projekten "Yooweedoo" und "Zukunftsmacher"
1077 Zeichen gesetzt.

1078 Dasselbe gilt auch für wirtschaftswissenschaftliche Studiengänge, die wir um
1079 Alternativen zum neoklassischen Angebot ergänzen wollen - die dem Menschen dienen
1080 und von der Ökologie her denken. Wir werden Anreize schaffen, damit die Hochschulen
1081 neue innovative Studiengänge entwickeln. Das würde Schleswig-Holstein noch
1082 attraktiver für Studierende machen.

1083 Hochschule und Wissenschaft haben Vorbildcharakter in vielen gesellschaftlichen
1084 Bereichen, auch bei der Bekämpfung des Klimawandels. An den Hochschulen im Land
1085 arbeiten und studieren viele tausend Menschen. Die Christian-Albrechts-Universität
1086 zu Kiel hat bereits ein Konzept erarbeitet, wie sie bis 2030 eine klimaneutrale
1087 Hochschule wird. Wir wollen mit allen Hochschulen und den jeweiligen
1088 Hochschulstädten in der nächsten Wahlperiode Konzepte erarbeiten und auf
1089 bestehenden aufbauen.

1090 Schleswig-Holstein hat exzellente außeruniversitäre Forschungseinrichtungen, die in
1091 weiten Teilen gut mit den Hochschulen kooperieren. Im bundesweiten Vergleich sind
1092 es aber noch zu wenig. Wir setzen uns dafür ein, dass in der kommenden Wahlperiode
1093 unter Beteiligung von Bund und Ländern mehr außeruniversitäre
1094 Forschungseinrichtungen in unser Land kommen. Die Diskussionen über ein Zentrum auf
1095 dem Kieler Campus oder zum grenzüberschreitenden Energiezentrum auf dem Flensburger
1096 Campus unterstützen wir.

1097 **Hochschulen und Startups zusammenbringen**

1098 Unsere Hochschulen sind Keimzellen für neue Ideen. Bereits jetzt entstehen welche,
1099 die zu Ausgründungen führen. Studierende machen sich mit innovativen Projekten
1100 selbstständig. Wir wollen Gründerzentren an allen Hochschulcampi im Land ausbauen
1101 und stärken.

1102 Es gilt, die Wirtschaftsförderung des Landes stärker auf Nachhaltigkeit und
1103 Innovation auszurichten.

1104 Gemeinsam mit Gründungszentren, Wirtschaftsverbänden, Handelskammern, Hochschulen
1105 und Startups wollen wir ein Gründerstipendium entwickeln, mit dem Gründer*innen in
1106 skandinavischen und baltischen Ländern Erfahrungen sammeln können.

1107 Gerade sozial-ökologische Ausgründungen mit, nachhaltigen Geschäftsideen werden wir
1108 im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsförderung beim Übergang von der Hochschule in
1109 die Geschäftswelt unterstützen. Das gilt auch für den weiteren Ausbau des
1110 Technologietransfers zwischen Hochschulen und Wirtschaft.

1111 **Individuelle Beratung und Verbesserung der Studienqualität**

1112 Hohe Abbruchquoten von Studierenden, Verschulung der Lehre und der gleichzeitige
1113 Wunsch nach kritischer Bildung mit stärkerer und schnellerer Berufsqualifizierung –
1114 die Erwartungen an gute Lehre und ein qualitativ anspruchsvolles Studium gehen weit
1115 auseinander.

1116 Wir GRÜNE wollen im Konsens mit den Hochschulen die Studieneingangsphase durch das
1117 Erproben unterschiedlicher Modelle wie etwa dem "Studium Generale" fortentwickeln.
1118 So können Studierende interdisziplinär Kompetenzen erlangen und sich im ersten
1119 Studienjahr umfassend orientieren.

1120 Wir wollen die Studierenden bei ihrer Studienwahl und im Studienverlauf durch neue
1121 Instrumente und eine passgenaue Studienberatung stärker unterstützen. Der "Numerus

1122 Clausus“ als zentrales Element der Zulassungsbeschränkung muss weiter durch die
1123 Entwicklung von Alternativen pro Studiengang ergänzt werden. Um Studierende bei
1124 ihrer Studienentscheidung und bei eventuellen Studienwechseln besser zu begleiten,
1125 setzen wir uns für eine Stärkung der Studienberatungen ein.

1126 Bereits bestehende Instrumente zur Orientierung, wie ein Probestudium parallel zum
1127 Freiwilligendienst, der Arbeit oder der Oberstufe, werden wir auf alle Hochschulen
1128 im Land ausweiten.

1129 Innovative, kompetenzorientierte Lehr- und Prüfungsangebote sind zu fördern. Dabei
1130 ist besonders die Betreuungsrelation zwischen Lehrenden und Lernenden zu
1131 verbessern.

1132 Wir unterstützen die Hochschulen dabei, auch sieben- bis achtsemestrige Bachelor-
1133 Studiengänge anzubieten und setzen uns für eine Flexibilisierung der jetzigen
1134 Obergrenze von zehn Semestern für einzelne Studiengänge ein.

1135 **Promotionen für FH-Absolvent*innen ermöglichen, Qualifikationen und Abschlüsse** 1136 **anerkennen**

1137 Mit dem in der vergangenen Legislaturperiode geschaffenen Promotionskolleg haben
1138 wir die Grundlage für Promotionen an Fachhochschulen gelegt. Dieses Instrument
1139 wollen wir gemeinsam mit Fachhochschulen und Universitäten überprüfen und
1140 fortentwickeln, damit es noch genauer zur Situation in forschungstarken
1141 Fachbereichen an Fachhochschulen passt, ohne die starke Stellung der Universitäten
1142 zu schwächen.

1143 Wir werden Geflüchtete mit Hochschulzugangsberechtigung unterstützen, ein Studium
1144 bei uns im Land aufzunehmen. Wer die Einschreibung in eine Hochschule schafft, darf
1145 nicht an der Studienförderung scheitern. Es muss selbstverständlich sein, nach drei
1146 Monaten Aufenthalt in Deutschland Leistungen nach dem
1147 Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) erhalten zu können. Eine entsprechende
1148 Bundesratsinitiative werden wir auf den Weg bringen. Die vielen erfolgreichen
1149 Projekte an unseren Hochschulen werden wir weiterhin finanziell fördern.

1150 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.113: LTW-Programm - GERECHT](#)**

1151 Wir werden Geflüchtete mit Hochschulzugangsberechtigung unterstützen, ein Studium
1152 bei uns im Land aufzunehmen. Wir werden uns dafür einsetzen, dass ein Studium
1153 künftig als Grund für eine sogenannte "Umverteilung" anerkannt wird. Die vielen
1154 erfolgreichen Projekte an unseren Hochschulen werden wir weiterhin finanziell
1155 fördern.

1156 Wer als Geflüchtete*r mit Qualifikationen nach Deutschland kommt, soll sie auch
1157 nutzen können. Dabei sind Fähigkeiten wichtiger als Papiere. Wir brauchen eine
1158 frühzeitige Erkennung von beruflichen Kompetenzen der Migrant*innen und einen
1159 gerechten Zugang zu Bildungsangeboten. Die Unterstützung bei der Berufssuche kann
1160 aber nicht nach dem ersten Profiling abgeschlossen sein, da Geflüchtete ihre
1161 beruflichen Qualifikationen, Wünsche und Ausbildungsziele mitunter erst besser
1162 darlegen können, wenn sie sich sozial und mental stabilisiert haben.

1163 **Vielfalt und Weltoffenheit gehört an unsere Hochschulen**

1164 Bildungsaufsteiger*innen, Menschen mit Migrationshintergrund, Menschen mit
1165 Behinderung, Ältere, Flüchtlinge und LGBTQI-Menschen (Lesbian, Gay, Bi, Trans,
1166 Queer, Inter) sind in den vergangenen Jahren in den Fokus unserer Hochschulen
1167 gekommen. Für alle soll an unseren Hochschulen Platz sein. Diskriminierungen im

1168 Alltag wollen wir weiterhin entschieden begegnen und Förderprogramme, spezielle
1169 Aufnahmetests und Beratungsangebote ausbauen.

1170 Wir unterstützen Deutschkurse für Geflüchtete und Qualifizierungsangebote für
1171 bislang benachteiligte Gruppen weiterhin finanziell.

1172 Das ursprünglich geplante Konzept von Erstaufnahmen an den Hochschulstandorten soll
1173 im Sinne von Integrationshäusern verfolgt werden. Mit Landesunterstützung ist dort
1174 Wohnraum insbesondere für Zugezogene und Studierende zu schaffen.

1175 Auch eine stärkere Internationalisierung der Hochschulen steht auf unserer Agenda,
1176 etwa mit Auslandssemestern für Studierende, internationalen
1177 Wissenschaftskooperationen, mehrsprachigen Studienangeboten und dem Ausbau
1178 grenzüberschreitender Studiengänge.

1179 **Mitbestimmung und Partizipation sind Grundlage für mehr Autonomie**

1180 Wir GRÜNE wollen den Hochschulen mehr Autonomie geben. Wir werden weiterhin an
1181 einer gut ausgestalteten, auf die Hochschulen und ihre Aufgaben zugeschnittenen
1182 paritätischen Mitbestimmung arbeiten – für alle Statusgruppen (Professor*innen,
1183 Studierende, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen, technisch-administrative
1184 Mitarbeiter*innen)

1185 In dieser Wahlperiode haben wir begonnen, die Zielvereinbarungen von
1186 Überregulierungen zu befreien. Es gibt keine jährlichen Berichtspflichten mehr. Den
1187 Hochschulen ist mehr Autonomie beim Bau ermöglicht. Wir wollen den
1188 Hochschulleitungen und Personalräten mehr Luft zum Atmen geben, indem wir ihnen
1189 mehr Freiheit bei der Personalplanung einräumen.

1190 **Kooperationsverbot abschaffen**

1191 Der Bildungsföderalismus hat sich nicht bewährt – er führt oft zu Kleinstaaterei.
1192 Die im Grundgesetz geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse ist aufgrund
1193 der unterschiedlichen Finanzkraft der Länder bislang nicht erreicht. Es gilt, das
1194 Kooperationsverbot aufzuheben, um dem Bund finanzielle und inhaltliche Mitwirkung
1195 an den Bildungsaufgaben zu erlauben.

1196 **Lernen – ein Leben lang**

1197 Angebote zur persönlichen, beruflichen, wissenschaftlichen und kulturellen
1198 Weiterbildung sind als vierte Säule im Bildungssystem ein wichtiger Bestandteil der
1199 Bildungslandschaft. Die Weiterbildungsträger und Hochschulen in Schleswig-Holstein
1200 bieten mit vielfältigen Kursen, Seminaren und Studiengängen umfassende
1201 Möglichkeiten zur Qualifizierung. Um passgenaue Angebote zu finden, ist eine
1202 individuelle, trägerunabhängige Beratung wichtig.

1203 Mit der gesetzlich verankerten Möglichkeit zur Bildungsfreistellung sowie dem
1204 Weiterbildungsbonus gibt es schon heute eine gute Basis für Angebote der
1205 allgemeinen, kulturellen und beruflichen Weiterbildung. Diese Maßnahmen
1206 unterstützen wir GRÜNE weiterhin. Wir wollen mehr Arbeitnehmer*innen und Firmen für
1207 das Angebot der Bildungsfreistellung gewinnen und werden mit den Akteur*innen
1208 (Unternehmen, Träger und Mitarbeiter*innen, Selbstständige) Konzepte erarbeiten,
1209 wie dies gelingen kann.

1210 Volkshochschulen und Bibliotheken ergänzen die Weiterbildungslandschaft, sind mit
1211 ihrem breiten Angebot wichtige Partner in der Weiterbildung und in allen Regionen
1212 des Landes verankert. Wir wollen ihre Finanzierung sichern und die
1213 Weiterentwicklung zu digitalen Knotenpunkten unterstützen. Nutzer*innen finden hier

1214 freies WLAN und Angebote zur Fortbildung mit digitalen Medien. Sie werden zu
1215 zentralen Orten der Kommunikation, von Zusammenarbeit und Bildung, wie es in
1216 unserem Nachbarland Dänemark bereits vielerorts vollzogen ist. Durch ihr Engagement
1217 bei den Sprach- und Integrationskursen tragen sie zudem maßgeblich zur Integration
1218 der Flüchtlinge bei.

1219 14 Prozent unserer Bevölkerung können nicht ausreichend Lesen und Schreiben.
1220 Außerdem gibt es Bedarf an Angeboten, um Schulabschlüsse auch jenseits der
1221 Altersgrenze von 18 Jahren nachzuholen. Uns ist ein umfassendes Angebot an
1222 Grundbildungskursen wichtig. Deshalb wollen wir prüfen, wie wir die Angebote
1223 bedarfsgerecht gestalten können.

1224 **Hochschule@Digital**

1225 Moderne Hochschulen müssen auch bei der Digitalisierung Taktgeber für die
1226 Gesellschaft sein. Digitalisierung bietet enorme Möglichkeiten des Austausches, der
1227 Informationsgewinnung und -aufbereitung und ein hohes Potenzial für die weitere
1228 Optimierung der Lehre. Selbstverständlich bleibt der persönliche Austausch
1229 weiterhin für wissenschaftliche Diskurse wichtig. Voraussetzung ist der freie
1230 Zugang zu Literatur und Forschungsergebnissen. Öffentlich finanzierte Forschung
1231 soll für alle zugänglich sein. Deshalb unterstützen wir die Open-Access-Strategie
1232 (offener Zugang zu wissenschaftlicher Literatur) der Landesregierung, die gemeinsam
1233 mit Hochschulen und Wissenschaftsbibliotheken entwickelt worden ist. Sie muss in
1234 der kommenden Legislaturperiode weiter ausgebaut werden.

1235 Für Hochschulen und Wissenschaftseinrichtungen wollen wir ein landesweites
1236 Wissenschaftsnetz entwickeln. Die Rechenzentren der Hochschulen und
1237 Forschungseinrichtungen sind zu verbinden.

1238 Im Zeitalter von Globalisierung und Digitalisierung können und wollen viele
1239 Studierende ihre Lernmodule weltweit zusammenstellen. Die Hochschulen müssen daher
1240 neue Richtlinien zur gegenseitigen Anerkennung von Studienleistungen entwickeln.

1241 Online-Literatur, Online-Kurse und Flipped-Classroom-Angebote können Bibliothek und
1242 Hörsaal als klassische Lernforen ergänzen, jedoch nicht ersetzen. Am Ende könnte
1243 der physische Standort der Hochschule immer weniger von Bedeutung sein. Dieser
1244 Trend setzt Ressourcen für bessere und individuellere Betreuung der Studierenden
1245 frei.

1246 Bei diesen absehbaren Entwicklungen werden wir die Hochschulen gezielt unterstützen
1247 und über die Zielvereinbarungen auffordern, die Auswirkungen der Digitalisierung
1248 auf alle Fachbereiche zu überprüfen. Um sich auf die Herausforderungen der
1249 Digitalisierung einzustellen, reicht die Forderung nach zusätzlichen Mitteln nicht
1250 aus.

1251 **Auf den Punkt**

- 1252 • *Wir werden* unsere Hochschulen finanziell weiter stärken,
- 1253 • mit den Hochschulen ein landesweites Wissenschaftsnetz entwickeln,
- 1254 • sozial nachhaltige Ausgründungen unterstützen,
- 1255 • innovative Studiengänge fördern
- 1256 • das landesweite Semesterticket umsetzen,

- 1257 • uns für eine vollständige Abschaffung des Kooperationsverbots auf Bundesebene
 1258 einsetzen,
- 1259 • Angebote für lebenslanges Lernen weiterentwickeln und fördern.

1260 **Finanzen / Gute Haushaltsführung ist eine Frage der**
 1261 **Gerechtigkeit, kluger Entscheidungen und Ausgabendisziplin**

1262

1263 Maßstab für grüne Finanzpolitik ist die Generationengerechtigkeit. Immer mehr
 1264 Schulden einfach an die nächste Generation weiter zu reichen, stellt keine
 1265 tragfähige Lösung dar. Aber der Begriff Schulden umfasst mehr als nur
 1266 Haushaltszahlen. Eine einseitige Haushaltskonsolidierung, die zukünftige Haushalte
 1267 und Generationen durch fehlende Bildung, schlechte Daseinsvorsorge oder marode
 1268 Infrastruktur belastet und in dieser Form Schulden ansammelt, ist keine
 1269 Alternative. Sie gefährdet die Zukunftsfähigkeit unseres Landes und spaltet die
 1270 Gesellschaft.

1271 „Schleswig-Holstein ist auf dem Weg der Haushaltskonsolidierung gut voran gekommen.
 1272 Während im Jahr 2010 noch rund 1,3 Milliarden Euro neue Schulden aufgehäuft wurden
 1273 haben wir für 2017 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt auf den Weg gebracht.
 1274 Wir haben einen neuen Titel „Schuldentilgung“ in den Haushalt aufgenommen und
 1275 planen für 2017 Schulden in Höhe von 47 Millionen Euro zurückzuzahlen. Schon 2013
 1276 wie 2015 war es uns im Vollzug gelungen am Jahresende Haushaltsüberschüsse zu
 1277 erwirtschaften. Wir wollen auch zukünftig ohne neue Schulden auskommen.“

1278 Es ist uns gelungen, als erste Landesregierung seit Jahrzehnten, Schulden abzubauen
 1279 und gleichzeitig in Bildung, Klimaschutz und Infrastruktur zu investieren. Nur wer
 1280 sich um gute Bildung kümmert und unsere Infrastruktur nicht verfallen lässt,
 1281 handelt nachhaltig und generationengerecht.

1282 **Mit IMPULS unsere Infrastruktur sanieren**

1283 Zum ersten Mal haben wir eine ehrliche Bestandsaufnahme über den Sanierungsbedarf
 1284 der Landesinfrastruktur vorgenommen und einen Abbauplan auch für diese Schulden
 1285 vorgelegt. Mit unserem Infrastruktur-Sanierungsprogramm IMPULS haben wir zudem die
 1286 notwendige rechtliche Grundlage geschaffen, dass künftig Haushaltsüberschüsse zur
 1287 Sanierung der Infrastruktur eingesetzt werden können.

1288 Erstmals fließen 2016/17 insgesamt 100 Millionen aus dem Haushaltsüberschuss des
 1289 Jahres 2015 in die Sanierung unserer Infrastruktur. Ab dem Jahr 2018 sollen es 150
 1290 Millionen pro Jahr sein. Eine solide Finanzplanung, die gute Konjunktur und
 1291 niedrige Zinsen sind eine gute Grundlage, um die finanziellen Herausforderungen
 1292 auch in den nächsten Jahren zu meistern.

1293 **Soziale Daseinsvorsorge stärken – Kita, Schule, Wohnen, Kultur**

1294 Wir wissen, dass es noch viel zu tun gibt. Wir GRÜNE wollen die soziale Spaltung in
 1295 unserem Land überwinden, Integration ermöglichen und den gesellschaftlichen
 1296 Zusammenhalt neu organisieren. Dazu gehören gute soziale Daseinsvorsorge, Teilhabe,
 1297 Investitionen in den Bildungsbereich und in den Wohnungsbau.

1298 **Wir versprechen nicht zu viel**

1299 Wir orientieren unsere Ausgaben an den Realitäten. Es ist klar, dass die
 1300 Haushaltskonsolidierung auch in den nächsten Jahren eine eindeutige
 1301 Schwerpunktsetzung erfordert. Wir GRÜNE nehmen diese Herausforderung an. Unser

1302 Wahlprogramm verspricht nicht mehr, als wir halten können. Zinsen können steigen
1303 und Steuereinnahmen sinken. Wir stellen uns darauf ein, dass unsere Ziele auch in
1304 den kommenden Jahren nur schrittweise umzusetzen sind.

1305 **Schädliche Subventionen abbauen**

1306 Wir werden die Schuldenbremse einhalten und den Landeshaushalt spätestens ab dem
1307 Jahr 2020 ohne neue Schulden planen

1308 Wir wollen die Finanzpolitik stärker an ökologischen Kriterien wie Ressourcenschutz
1309 oder Vermeidung von CO₂-Emissionen orientieren. Um insbesondere ökologisch
1310 schädliche Subventionen abzubauen, haben wir einen Subventionsbericht auf den Weg
1311 gebracht. Eine transparente und regelmäßige Berichterstattung soll es uns
1312 ermöglichen, die im Rahmen der Haushaltskonsolidierung und der ökologischen
1313 Modernisierung notwendigen Schritte einzuleiten.

1314 **Steuergerechtigkeit herstellen, Steuerverwaltung personell stärken**

1315 Der Staat hat momentan kein Einnahmedefizit. Angesichts der hohen
1316 Haushaltsüberschüsse geht es nicht darum, dass der Staat insgesamt mehr Geld
1317 einnimmt. Wir sehen aber ein Gerechtigkeitsdefizit – und das in mehrfacher
1318 Hinsicht: Finanzgewinne werden geringer besteuert als Arbeit. Die Armen werden
1319 ärmer und die Reichen reicher. Aber auch die sehr Reichen gehören zur Gesellschaft
1320 und müssen sich entsprechend an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligen. Wir
1321 werden uns deshalb im Bundesrat dafür einsetzen, Steuerhinterziehung stärker zu
1322 bekämpfen, Steuerschlupflöcher konsequenter zu schließen und sehr hohe Vermögen,
1323 Finanzgewinne und Erbschaften angemessen zu besteuern. Selbstverständlich legen wir
1324 dabei besonderen Wert auf den Erhalt von Arbeitsplätzen und die Sicherung der
1325 Innovationskraft von Unternehmen.

1326 Zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung gehört für uns auch, dass die Kompetenzen
1327 der Europäischen Union und des Bundes, sowie die personellen Ressourcen gestärkt
1328 werden. Für eine echte Stärkung der Kompetenzen auf dem europäischen Level muss ein
1329 stärkerer Souveränitätstransfer in einigen Politikfeldern stattfinden. Ohne eine
1330 effizient aufgestellte Steuerverwaltung werden wir Steuergerechtigkeit nicht
1331 herstellen können. Als ersten Schritt schlagen wir vor, große international tätige
1332 Unternehmen in die Steuerverantwortung des Bundes zu überführen.

1333 **Soli neu verteilen und Altschuldentilgungsfonds errichten**

1334 Wir werden uns dafür einsetzen, dass die freien Mittel des Solidaritätszuschlags,
1335 die der Bund aktuell nicht mehr zur Finanzierung der neuen Länder benötigt, nicht
1336 dem Bundeshaushalt zufließen, sondern allen Bundesländern und den Kommunen für die
1337 Finanzierung von Zukunftsaufgaben, insbesondere im Bildungsbereich, zur Verfügung
1338 stehen. Gleichzeitig müssen Länder und Kommunen in die Lage versetzt werden, die
1339 Last der Altschulden zu bewältigen. Für uns GRÜNE ist dafür ein
1340 Altschuldentilgungsfonds die beste Lösung. Hier sehen wir den Bund in der Pflicht,
1341 entsprechende Mittel bereitzustellen – z.B. durch Verlängerung oder Neuauflage
1342 eines zweckgebundenen, befristeten Solidaritätszuschlages.

1343 **Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen für die Integration**

1344 Die humanitäre Aufgabe der Aufnahme von Geflüchteten, einschließlich der dafür
1345 notwendigen Integrationsarbeit, erfordert eine finanzielle
1346 Verantwortungsgemeinschaft von Bund, Ländern und Kommunen. Wer heute nicht in
1347 Integration investiert, ist für hohe soziale Folgekosten verantwortlich. Wir werden

1348 uns dafür einsetzen, dass für die Integration der Geflüchteten ausreichend Mittel
1349 zur Verfügung gestellt werden und unseren Beitrag dazu leisten.

1350 **Mehr Personal für Bildung und öffentliche Sicherheit**

1351 Grundlage der Konsolidierungspolitik des Landes ist der im Jahr 2010 beschlossene
1352 Personalabbaupfad. In dieser Legislaturperiode haben wir in etwa so viele Stellen
1353 auf- wie abgebaut, um den Bedarf in Schulen, bei Polizei und Justiz sowie der
1354 Versorgung von Geflüchteten zu bewältigen. Für die nächste Legislaturperiode ist es
1355 unser Ziel, eine hundertprozentige Unterrichtsversorgung in den Schulen sicher zu
1356 stellen, die Kitabeiträge weiter zu reduzieren, mehr Polizisten einzustellen und
1357 auch den Bereich der öffentlichen Sicherheit zu stärken.

1358 **Haushaltsüberschüsse für Tilgung und Infrastruktur**

1359 Wir werden weiterhin Haushaltsüberschüsse nutzen, um in unsere Infrastruktur zu
1360 investieren und Altschulden abzubauen. Eine 50:50-Aufteilung in Schuldenabbau und
1361 Investitionen ist für uns die Leitlinie.

1362 Wir werden die begonnene Sanierung unserer Infrastruktur fortsetzen. Das schlüssige
1363 Gesamtkonzept der Landesregierung, welches weit über die Legislaturperiode
1364 hinausgeht, ist eine gute Grundlage, um den Sanierungstau des Landes planbar und
1365 verlässlich abzubauen. Es gilt, das Infrastruktursanierungsprogramm IMPULS zu
1366 nutzen, um Krankenhäuser, Hochschulen und Straßen zu sanieren, Energiesparmaßnahmen
1367 in den landeseigenen Liegenschaften umzusetzen und unser Land auf das neue digitale
1368 Zeitalter vorzubereiten.

1369 **Fair mit unseren Kommunen umgehen**

1370 Wir werden unsere Kommunen fair behandeln. Bei neuen Herausforderungen sind
1371 gemeinsam und dialogorientiert Lösungen zu suchen. Ob U3-Betreuung (Kinder unter
1372 drei Jahren), Schulsozialarbeit, Stärkung kommunaler Infrastruktur, kommunaler
1373 Finanzausgleich oder Grunderwerbssteuer: Mit unseren Beschlüssen haben wir
1374 kommunale Finanzen und Daseinsvorsorge gestärkt und gerechter gemacht.
1375 Wir werden gemeinsam mit den Kommunen darüber beraten wie hoch verschuldete
1376 Kommunen auf dem Weg der Haushaltskonsolidierungen auch nach dem Auslaufen des
1377 bisherigen Konsolidierungshilfe weiter finanziell unterstützt werden können

1378 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.141: LTW-Programm - GERECHT](#)**

1379 Wir werden unsere Kommunen fair behandeln. Bei neuen Herausforderungen sind
1380 gemeinsam und dialogorientiert Lösungen zu suchen. Ob U3-Betreuung (Kinder unter
1381 drei Jahren), Schulsozialarbeit, Stärkung kommunaler Infrastruktur, kommunaler
1382 Finanzausgleich oder Grunderwerbssteuer: Mit unseren Beschlüssen haben wir
1383 kommunale Finanzen und Daseinsvorsorge gestärkt und gerechter gemacht.

1384

1385 **Sparkassen fit für die Zukunft machen**

1386 Am Finanzmarkt werden regionale Akteure benötigt, die anders wirtschaften als die
1387 globalen Investmentbanken und dem Gemeinwohl verpflichtet sind. Insbesondere die
1388 Sparkassen zeichnen sich durch ihre regionale Struktur und die direkte Beratung
1389 aus. Dieses Modell wollen wir erhalten. Wir sind uns gleichzeitig bewusst, dass die
1390 Sparkassen in Zeiten der Niedrigzinsphase vor Herausforderungen wie Digitalisierung
1391 und erhöhten Eigenkapitalanforderungen stehen.

1392

1393 Wir werden die Sparkassen darin unterstützen, ihren öffentlichen Auftrag ins
1394 Zentrum ihrer Arbeit zu rücken. Dazu gehören eine ausreichende Versorgung aller

1395 Bevölkerungskreise, der Wirtschaft, insbesondere des Mittelstands, und der
1396 öffentlichen Hand mit geld- und kreditwirtschaftlichen Leistungen auch in der
1397 Fläche ebenso wie ein Beratungsangebot für private Anleger*innen bei nachhaltigen
1398 Finanzprodukten. Wir wollen das Ziel des nachhaltigen Wirtschaftens stärken und
1399 gemeinsam mit den Sparkassen geeignete Instrumente entwickeln, wie zum Beispiel
1400 Nachhaltigkeitsberichte und eine Verankerung dieses Ziels im Sparkassengesetz.

1401 **Schwere Erblast HSH Nordbank**

1402 Wir werden die Entscheidung der Europäischen Kommission, die HSH Nordbank 2018 zu
1403 verkaufen bzw. abzuwickeln, konsequent umsetzen. Damit wird der Schlusstrich
1404 gezogen. Es ist schwer erträglich, dass die Steuerzahler*innen in den nächsten
1405 Jahren für die Fehler der Bank aufkommen müssen.

1406
1407 Was eine Familie für ihren Hauskredit nicht erwarten kann, werden wir auch großen
1408 Kreditnehmer*innen in Zukunft nicht mehr zugestehen: Wir werden weiteren
1409 Kreditnachlässen der HSH Nordbank bzw. der "Bad-Bank" oder "Restructuring Unit" auf
1410 Kosten der Steuerzahler*innen keine Zustimmung erteilen.

1411 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.97: LTW-Programm - GERECHT](#)**

1412 Wir werden die Entscheidung der Europäischen Kommission, die HSH Nordbank 2018 zu
1413 verkaufen bzw. abzuwickeln, konsequent umsetzen. Damit wird der Schlusstrich
1414 gezogen. Es ist schwer erträglich, dass die Steuerzahler*innen in den nächsten
1415 Jahren für die Fehler der Bank aufkommen müssen.

1416
1417 Wir wissen, dass Personalabbau und die Schwächung des Kieler Standorts aus den
1418 Umstrukturierungen der Bank folgen. Soweit es möglich ist, setzen wir uns für
1419 schonende Lösungen für die Beschäftigten und die Landeshauptstadt ein.

1420 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.103: LTW-Programm - GERECHT](#)**

1421 Wir werden die Entscheidung der Europäischen Kommission, die HSH Nordbank 2018 zu
1422 verkaufen bzw. abzuwickeln, konsequent umsetzen. Damit wird der Schlusstrich
1423 gezogen. Es ist schwer erträglich, dass die Steuerzahler*innen in den nächsten
1424 Jahren für die Fehler der Bank aufkommen müssen.

1425
1426 Was eine Familie für ihren Hauskredit nicht erwarten kann, möchten wir auch großen
1427 Kreditnehmer*innen in Zukunft nicht mehr zugestehen: Wir werden prüfen, ob und
1428 falls ja wie wir statt weiteren Kreditnachlässen in Höhe mehrerer hunderter
1429 millionen Euro der HSH Nordbank bzw. der "Bad-Bank" oder "Restructuring Unit" auf
1430 Kosten der Steuerzahler*innen andere Lösungen finden. Ein solcher Weg kann das
1431 „Pay-as-you-earn-Prinzip“ sein, wonach der Kredit zwar nicht anteilig erlassen
1432 wird, aber Zins und Tilgung den finanziellen Möglichkeiten der Kreditnehmer*in
1433 angepasst werden.

1434
1435 Damit auch dieses Instrument sicher nur in den Ausnahmefällen angewendet wird, bei
1436 denen es absolut notwendig ist, erheben wir bei Beträgen über 1 Mio. Euro den
1437 Anspruch, dass drei von drei beauftragten und auch nach den Rating-Skandalen
1438 weiterhin anerkannten Fachgutachtern unabhängig voneinander die Notwendigkeit
1439 dieses Entgegenkommens auf Kosten der Steuerzahler*innen bestätigen.

1440 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 3.17: LTW-Programm - GERECHT](#)**

1441 Auch wenn es schwer erträglich ist, dass die Steuerzahler*innen in den nächsten
1442 Jahren für die Fehler der Bank aufkommen müssen, können wir uns dieser Erblast

1443 nicht entziehen. Wir werden die Entscheidung der Europäischen Kommission, die HSH
1444 Nordbank 2018 zu verkaufen bzw. abzuwickeln, konsequent umsetzen und damit einen
1445 Schlusstrich ziehen.

1446 **Versorgungsfonds für Beamtenpensionen aufbauen**

1447 Schleswig-Holstein hat neben rund 27 Milliarden Euro Schulden noch
1448 Pensionsverpflichtungen in Höhe von rund 30 Milliarden Euro. Daher ist es
1449 notwendig, Vorsorge zu treffen. Wir werden den von der Küstenkoalition
1450 eingeführten, aktuell umzusetzenden Versorgungsfonds für die Beamtenvorsorge
1451 aufbauen und nachhaltig mit einer werterhaltenden Anlagestrategie ausgestalten.

1452 **Divestment – keine Investition in fossile Energien**

1453 In der vergangenen Legislatur hat sich die Landesregierung auf den Weg gemacht, bei
1454 der Anlage von Geld eine Divestment-Strategie (das Gegenteil einer Investition) zu
1455 verfolgen. Es werden keine Gelder mehr in Anlagen fossiler Energien angelegt. Diese
1456 Strategie werden wir für den neuen Versorgungsfonds des Landes beibehalten. Alle
1457 Geldanlagen müssen fest definierten sozialen und ökologischen Kriterien genügen und
1458 einer guten Unternehmensführung entsprechen. Investitionen in Unternehmen, deren
1459 Geschäftsmodell auf dem Abbau oder der Energieerzeugung mit nuklearen oder fossilen
1460 Energieträgern (inklusive Erdgas-Fracking) beruht, werden ausgeschlossen. Auch bei
1461 Beteiligungen und Stiftungen muss das Land seinen Einfluss entsprechend geltend
1462 machen.

1463 **Haushaltsklarheit und Transparenz muss sein**

1464 Wir GRÜNE setzen uns für Transparenz im Landeshaushalt ein. Der Haushalt soll für
1465 alle nachvollziehbar sein und zukünftige Belastungen wie Investitionsanforderungen
1466 so gut wie möglich abbilden. Dazu haben wir mit bedienungsfreundlichen, lesbaren
1467 Textdokumenten im Internet oder auch mit unserem Infrastrukturbericht erste
1468 Schritte in Form und Inhalt unternommen. Mittelfristig sollen alle Haushaltsdaten
1469 als offene, maschinenlesbare Daten zur Verfügung stehen.

1470 Darüber hinaus wollen wir prüfen, wie mit einer Umstellung auf doppische
1471 Haushaltsführung (doppelte Buchführung, ermöglicht Gewinn- und Verlustrechnung)
1472 ohne hohe Umstellungskosten mehr Haushaltsklarheit gelingen kann. Ziel ist es,
1473 direkt im Haushalt Investitionsanforderungen, Pensionslasten oder Verschleiß
1474 transparent aufzuzeigen.

1475 **ÖPP – aber nur in engen Grenzen**

1476 Jede ÖPP-Maßnahme (Öffentlich-Private-Partnerschaft, Zusammenarbeit zwischen
1477 öffentlicher Hand und privaten Unternehmen) muss auf ihre Folgekosten überprüft und
1478 die Kosten müssen in die Finanzplanung aufgenommen werden. In der Finanzplanung ist
1479 die finanzielle Verpflichtung aller ÖPP-Projekte transparent darzustellen und zu
1480 prüfen, ob ÖPP die mittel- wie langfristige beste und kostengünstigste Variante ist.
1481 Unser Ziel ist es, die Menge an ÖPP-Projekten möglichst gering zu halten. In der
1482 Landesverfassung soll verankert werden, dass die Gesamtverpflichtung aus ÖPP-
1483 Projekten nicht höher sein darf als fünf Prozent der jeweiligen Gesamtausgaben im
1484 Landeshaushalt. Voraussetzung für jedes einzelne ÖPP-Projekt ist eine wirksame
1485 parlamentarische Kontrolle und eine transparente öffentliche Darstellung von Anfang
1486 an und über die gesamte Dauer des Projekts. Diese beinhaltet die Zustimmung des
1487 Parlaments in der Sache und bei gravierenden Änderungen.

1488 **Finanzen@Digitales**

1489 Wir wollen den Einsatz von Finanzmitteln zukünftig stärker an der Herausforderung
1490 der Digitalisierung orientieren. Dies betrifft sowohl die Landesverwaltung, als
1491 auch die Bewilligung von Förderprojekten. Unser Vorhaben: das Antragsverfahren so
1492 zu gestalten, dass die Digitalisierung zu Effizienzeffekten und Entbürokratisierung
1493 führt. Davon profitieren auch die Wirtschaft und die Fördergeldempfänger des
1494 Landes. Entsprechend den Transparenzbestrebungen für das Verwaltungshandeln wird
1495 auch das Finanzhandeln des Landes transparent gemacht. Bürger*innen sollen sich
1496 jederzeit im Internet über Finanztransaktionen, Gehälter von Führungskräften des
1497 Landes etc. informieren können.

1498 **Auf den Punkt**

- 1499 • *Wir werden* die Schuldenbremse einhalten und die Haushaltskonsolidierung
1500 fortsetzen,
- 1501 • vorrangig in Bildung und Klimaschutz investieren,
- 1502 • ausreichend Personal für Schule, Justiz und Polizei beschäftigen,
- 1503 • die Kommunen fair behandeln,
- 1504 • Haushaltsmittel nachhaltig anlegen (Divestment-Strategie),
- 1505 • die Digitalisierung in der Finanzverwaltung weiter ausbauen.

LTW-Programm - WELTOFFEN

3. WELTOFFEN

1
2

3 Demokratie bietet uns die Freiheit, selbstbestimmt zu leben und in Verantwortung
4 mit anderen, das friedliche Zusammenleben in unserem Land zu gestalten. Sie
5 bedeutet nicht nur die Herrschaft der Mehrheit über eine Minderheit - vielmehr
6 misst sich die Qualität einer Demokratie daran, WIE sie mit ihren Minderheiten
7 umgeht.

8 In einer Demokratie zu leben, ist ein Privileg und keine Selbstverständlichkeit.
9 Sie wurde von vielen Menschen hart erkämpft und kann auch wieder verloren gehen.

10

11 Wir GRÜNE stehen deshalb für diese offene Gesellschaft ein und verteidigen die
12 Grundwerte von Freiheit und Humanität, wo immer sie – offen oder verdeckt – in
13 Frage gestellt oder gar bekämpft werden. Wir stellen uns gegen die zunehmende
14 Verrohung in der politischen Auseinandersetzung und vor diejenigen, die in diesen
15 Tagen Anfeindungen, Rassismus und Gewalt ausgesetzt sind.

16

17 Wir GRÜNE stehen für einen handlungsfähigen Staat, der die Regeln für das
18 Zusammenleben schafft und unsere Demokratie schützt. Dazu brauchen wir intakte
19 Institutionen der Gesetzgebung, der Verwaltung und der Rechtsprechung - sie müssen
20 für alle offen und transparent sein. Wir alle, ob Parteien, Institutionen oder die
21 Zivilgesellschaft, sind gefragt, uns einzumischen, mitzugestalten und kompromiss-
22 und lernfähig zu bleiben.

23 Bedingung für die offene Gesellschaft ist die freiheitlich-demokratische
24 Grundordnung, Glaubens- und Gewissensfreiheit gehören dazu. In unserem Land gelten
25 Toleranz und Gleichberechtigung, Gewaltenteilung und Gewaltverzicht. So erwarten
26 wir von allen Menschen auch in Schleswig-Holstein – von denen, die hier geboren
27 sind, und jenen, die zu uns kommen – dass sie unsere Regeln akzeptieren und leben.

28 Wir GRÜNE stehen für diese offene Gesellschaft ein und für einen handlungsfähigen
29 Staat, der die Regeln für das Zusammenleben schafft und unsere Demokratie schützt.
30 Dazu brauchen wir intakte Institutionen der Gesetzgebung, der Verwaltung und der
31 Rechtsprechung - sie müssen für alle offen und transparent sein. Die Bürger*innen
32 sind gefragt, sich einzumischen und bei allen aushandelbaren Entscheidungsprozessen
33 lernfähig bleiben – bis hin zu Kompromissen in politischer Mitverantwortung. Das
34 ist anstrengend und herausfordernd.

35 Unsere Offenheit hat aber auch klare Grenzen: wenn die Grundwerte von Freiheit und
36 Humanität – offen oder verdeckt – in Frage gestellt oder gar bekämpft werden, wenn
37 soziale Ängste geschürt oder dumpfe Instinkte einer völkischen Selbstbehauptung für
38 antidemokratische Ziele missbraucht werden. Das Gespenst des Nationalismus und
39 Rassismus bedroht – menscheinfeindlich und brandgefährlich - vor allem anders
40 Denkende, anders Aussehende oder anders Sprechende . Die zunehmende Brutalisierung
41 der politischen Auseinandersetzung und die Gewalt vor allem gegen Minderheiten in

42 unserem Land bestürzen uns. Wir werden dem auch weiterhin entschieden
43 entgegenzutreten.

44 Wir GRÜNE sind eine Partei, die sich gegen jede Form von Gewaltherrschaft und
45 Unterdrückung wendet. Der Widerstand gegen Antisemitismus, Rassismus und
46 Fremdenfeindlichkeit liegt in unseren politischen Genen. Die offene Gesellschaft
47 ist kein Naturgesetz, sie wurde von vielen Menschen hart erkämpft und kann wieder
48 verloren gehen. Umso größer ist unser Engagement für den offenen Austausch von
49 Ideen und Lebenseinstellungen – über alle Grenzen hinweg. Wir sind als Schleswig-
50 Holsteiner*innen in Deutschland, in Europa und der Welt zu Hause.

51 **Europa / Unsere Zukunft liegt in einem geeinten Europa. Die EU**
52 **soll demokratischer und sozial werden**

53

54 **Unsere Zukunft in einem demokratischen und sozialen Europa**

55

56 Wir Schleswig-Holsteiner*innen erfahren seit langem, dass unsere Zukunft in Europa
57 liegt. Als Tor zu Nordeuropa und als "Land der Minderheiten" profitieren wir von
58 einem geeinten Europa mit freizügigen Grenzen für Handel und Wandel. Wir GRÜNE
59 stehen dafür ein – manches Mal leidenschaftlich.

60 Das Zusammenwachsen der Europäischen Union in Europa ist ein laufender Prozess und
61 hat wesentlich zum jahrzehntelangen Frieden in den Ländern beigetragen. Doch dieser
62 Frieden ist gefährdet. Militärische Konflikte in angrenzenden Regionen sorgen
63 momentan auch für Spannungen innerhalb der EU. Alte und neue Blockbildungen lassen
64 das Sicherheitsgefüge bröckeln, militärische Präsenzen haben sich verstärkt,
65 wirtschaftliche und politische Sanktionen sind wieder zum Mittel der Politik
66 geworden. Wir sehen die Notwendigkeit für verbale Abrüstung zwischen den
67 Konfliktparteien, zu Verhandlungs- und Dialogbereitschaft. Bestehende Kontakte zu
68 zivilgesellschaftlichen Gruppen und regionalen Parlamenten im Ostseeraum wollen wir
69 stärken und ausbauen und so einen Beitrag zur Verständigung leisten.

70 Die Europäische Integration wird – nicht erst seit dem Austrittsreferendum der
71 Briten – in Frage gestellt. Die heute offen zu Tage tretenden Fliehkräfte kommen
72 nicht von ungefähr: Über Jahrzehnte hinweg wurde europäische Politik von etlichen
73 Politiker*innen in Bund, Ländern und Kommunen für vieles verantwortlich gemacht,
74 was hierzulande nicht rund lief. So haben sich Ressentiment aufgebaut, die weit
75 über ein häufig berechtigtes Unbehagen gegenüber der EU-Bürokratie hinausgehen. Für
76 uns geht es in der Europäischen Union nicht in erster Linie um offene Märkte. Wir
77 profitieren zwar alle vom Binnenmarkt, doch ist das Projekt der europäischen
78 Einigung entschieden mehr als das. Die Europäische Union ist für uns immer auch ein
79 kultur- und sozialpolitisches Projekt, das den Menschen Frieden, Freizügigkeit und
80 Wohlstand gebracht hat und zukünftig bringen soll. Europa steht sinnbildlich für
81 eine offene, humanitäre und tolerante Gemeinschaft über innere wie äußere Grenzen
82 hinweg: Wir GRÜNE werden die Errungenschaften der Europäischen Integration auch
83 weiterhin mit Herzblut verteidigen. Unsere Leitlinie ist dabei, die Europäische
84 Union transparenter, demokratischer und sozialer zu gestalten. Dazu brauchen wir
85 eine europäische Öffentlichkeit, eine europäische Debatte, eine europäische Kultur
86 des Dialogs und der Verbindlichkeit.

87 **Schleswig-Holsteins Rolle als Brückenbauer im Ostseeraum**

88 Durch die Arbeit unseres Landes im Ostseeraum sind viele zivilgesellschaftliche
89 Bündnisse, kommunale Partnerschaften und parlamentarische Kooperationen entstanden.

90 Diese Arbeit werden wir fortsetzen, besonders jetzt, wo in Europa anti-europäische
91 Kräfte Zulauf haben. Gerade weil wir die aktuelle Entwicklung in Russland mit Sorge
92 begleiten, werden wir den Dialog mit Russland über die Ostseearbeit fortsetzen und
93 in osteopolitischen Konferenzen Menschenrechtsfragen stärker thematisieren. Unser
94 neuer Beobachterstatus im Nordischen Rat stärkt Schleswig-Holstein als südlichsten
95 Teil Skandinaviens. Wir verstehen unsere Rolle als Brückenbauer im Friedensraum
96 Ostsee.

97 **Europäische Zivilgesellschaft und das EU-Parlament stärken**

98 Was heißt es für uns GRÜNE konkret, die Europäische Union demokratischer zu
99 gestalten? Uns geht es darum, dem Europäischen Parlament mehr Rechte gegenüber der
100 Kommission und dem Ministerrat zu geben. Wir werden aus Schleswig-Holstein heraus
101 die Möglichkeiten einer frühzeitigen Beteiligung an der europäischen Gesetzgebung
102 nutzen. Die Einflussmöglichkeiten der europäischen Zivilgesellschaft wollen wir
103 ausbauen, so dass eine noch wirksamere europäische Öffentlichkeit entsteht.
104 Entschlossen stellen wir uns denjenigen entgegen, die zurück auf die nationale
105 Scholle wollen. Freiheit von Gentechnik auf Acker und Teller, faire internationale
106 Handelsabkommen, Wasser als öffentliches Gut – Europas Bürger*innen zeigen seit
107 vielen Jahren, dass sie es verstehen, erfolgreich an der Weiterentwicklung der EU
108 mitzuwirken. Diese Beteiligung werden wir ausbauen und zivilgesellschaftliche
109 Initiativen weiterhin unterstützen.

110 **Für eine gerechte Unternehmensbesteuerung und eine Finanztransaktionssteuer**

111 Die Verhinderung von Steuerflucht lässt sich längst nicht mehr allein auf
112 nationaler Ebene lösen. Wir brauchen ein europaweit einheitliches Vorgehen nach
113 einem klaren Regelwerk sowie eine verstärkte internationale Zusammenarbeit. Unser
114 Ziel bleibt eine gerechte Unternehmensbesteuerung. Eine Finanztransaktionssteuer
115 kann als Instrument der Krisenprävention zur Stabilität der Finanzmärkte
116 beitragen.
117

118 **Europäische Bildungs- und Kulturarbeit unterstützen**

119 Gemeinsame Bildungs- und Kulturarbeit kann dazu beitragen, einen
120 grenzüberschreitenden Kulturräum zu fördern. Gerade um der jungen Generation eine
121 bestmögliche und grenzüberschreitende Zukunft zu ermöglichen, wollen wir unsere
122 Bildungslandschaft europäisieren. Wir werden deshalb Projekte an unseren
123 Europaschulen, europäische Kulturprojekte und Austauschprogramme ausbauen. Nachdem
124 die Universität Flensburg auch durch grüne Unterstützung zu einer Europauniversität
125 geworden ist, werden wir sie in ihrem europäischen Forschungsschwerpunkt weiterhin
126 unterstützen. Mit den Mitteln des Erasmusprogramms wollen wir noch mehr Jugendliche
127 und junge Menschen aller Ausbildungsgänge und Berufsgruppen aus Schleswig Holstein
128 Europa erleben lassen.

129 **Mit Dänemark zusammenarbeiten**

130 Dänemark ist für uns in Schleswig-Holstein der wichtigste europäische Partner. Wir
131 haben einen gemeinsamen Grenzraum, viele Handelsbeziehungen und verfolgen zusammen
132 eine erfolgreiche Minderheitenpolitik. Die Zusammenarbeit der deutsch-dänischen
133 Grenzregion gilt als europäisches Erfolgsprojekt. Sowohl durch die Asylpolitik, als
134 auch durch die Wiedereinführung von Grenzkontrollen durch die dänische Seite hat
135 unser ansonsten gutes Verhältnis jedoch stark gelitten. Wir werden uns in Dänemark
136 mit allen pro-europäischen Kräften vernetzen und uns mit ihnen gemeinsam für eine
137 offene Gesellschaft engagieren. Wir lehnen neue Schlagbäume und Grenzkontrollen zu
138 Dänemark auch weiterhin entschieden ab. Den grenzüberschreitenden Arbeitsmarkt, den

139 ÖPNV sowie die Zusammenarbeit in Wirtschaft, Kultur, Wissenschaft und
140 Gesundheitswesen wollen wir weiter voranbringen.

141 **Europas Regionen stärken Europa**

142 Die Möglichkeiten der Nationalstaaten, im Alleingang nachhaltige Lösungen auf
143 zunehmend globalisierte Probleme zu entwickeln, sind begrenzt. Die Zukunft liegt im
144 Zusammenspiel der Regionen, Kommunen und Nationalstaaten mit dem Europäischen
145 Parlament und den europäischen Institutionen. Deshalb werden wir die
146 Landesvertretung in Brüssel stärken und die Mitarbeit im Ausschuss der Regionen
147 intensivieren. Wir nehmen die Herausforderung mit einer zielstrebigem
148 Landesaußenpolitik an. Klimawandel, eine humane Flüchtlingspolitik sowie
149 Wirtschafts- und Währungspolitik sind durch nationale Abschottung nicht zu lösen.
150 Wir GRÜNE stehen bedingungslos für grenzüberschreitende Kooperationen. Wir werden
151 uns noch mehr mit anderen Regionen in allen Teilen Europas austauschen und
152 vernetzen, um gemeinsame Ziele umzusetzen.

153 **Die Kommunen fit für Europa machen**

154 Unsere Kommunen müssen an vielen Stellen europäisches Recht umsetzen. Zudem ist die
155 Beantragung europäischer Mittel oftmals herausfordernd. Deshalb ist es wichtig,
156 dass das Land den Kommunen sein Expertenwissen zur Verfügung stellt und auch
157 weiterhin bei der Antragstellung hilft. Bei der Anwerbung und dem Einsatz
158 europäischer Fördermittel werden wir wie bisher auf hohe Wirksamkeit für Klima,
159 soziale Gerechtigkeit, Innovation und Umwelt setzen.

160 **Schleswig Holstein als Vorbildregion für Nationale Minderheiten ausbauen**

161 Wir GRÜNE wollen ein grenzenloses Europa, in dem Nationale Minderheiten
162 gleichberechtigt mit der Mehrheitsbevölkerung in ihrer gemeinsamen Heimat leben.
163 Schleswig-Holstein ist dafür Vorbild. Nachdem der Minderheitenbereich bei Schwarz-
164 Gelb starke Kürzungen hinnehmen musste, haben wir ihn wieder stärker gefördert und
165 den Schutz für Sinti und Roma in die Landesverfassung aufgenommen. Unsere
166 Minderheiten sind ein Gewinn für uns alle. Es ist deshalb unsere gemeinsame
167 Aufgabe, sie bei ihrer Arbeit zu unterstützen. So haben wir die
168 Minderheitenverbände auch finanziell gestärkt. Unser Ziel ist es, dass die Mittel
169 zukünftig verstärkt für Projekte von jungen Menschen in den Minderheiten zum Tragen
170 kommen.

171 Wir setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass mehr Menschen, die binational oder
172 als Teil von Minderheiten aufgewachsen sind, die doppelte Staatsbürgerschaft
173 bekommen können.

174 Wir werden uns auf europäischer Ebene auch weiterhin dafür einsetzen, dass
175 Minderheitenbelange noch stärker im EU-Vertragswerk und den Grundrechten
176 berücksichtigt werden.

177 **Minderheiten und Regionalsprachen machen unser Land bunt**

178 Ein zentrales Element unserer Minderheitenpolitik ist die Sprachenpolitik. Unsere
179 Minderheiten- und Regionalsprachen sollen geschützt und durch
180 Sprachunterrichtsangebote in den Schulen und Kitas aktiv gelebt werden. Wir haben
181 daher auch ein Gesetz zur Stärkung der Minderheitensprachen beschlossen. Mit einem
182 Handlungsplan Sprachenpolitik hat sich die Landesregierung in dieser Legislatur der
183 Sprachen Dänisch, Friesisch, Roma und unserer Regionalsprache Niederdeutsch
184 angenommen. Bestehende Institutionen zur Förderung von Sprachenvielfalt wollen wir
185 erhalten und in den kommenden Jahren dafür sorgen, dass Minderheiten auch bei

186 Behördenkontakt ihre eigenen Sprachen anwenden können und Minderheitensprachen in
187 der Öffentlichkeit noch sichtbarer werden.

188 **Schleswig-Holstein übernimmt Verantwortung für die "Eine Welt"**

189 Globale und regionale Entwicklungen sind eng miteinander verschränkt. Unser
190 Konsumverhalten und Lebensstil wirken sich in anderen Teilen der Welt aus. Der
191 Kampf für Frieden, gegen Hunger und Armut, für das Recht auf Bildung, die
192 Eindämmung der Folgen des Klimawandels und die Förderung einer nachhaltigen
193 Entwicklung überall auf der Welt sind Teil unserer globalen Verantwortung. Ihr
194 wollen wir vor Ort gerecht werden. Ob Klimawandel und Küstenschutz, Flüchtlinge
195 oder Konsum: Globale Entwicklungen holen uns zuhause ein. GRÜNE Landespolitik
196 wirkt: ob im Beschaffungswesen, in der Energiepolitik, in der Landwirtschafts- oder
197 Fischereipolitik. Wir streben einen ressortunabhängigen Nachhaltigkeits-Check für
198 alle Gesetze, Bundesratsinitiativen und Verfügungen des Landes an. Um das
199 abzusichern, werden wir die globalen Nachhaltigkeitsziele der UN (Sustainable
200 Development Goals, SDG) in den Strategien des Landes verankern. Dazu werden wir die
201 Erarbeitung entwicklungspolitischer Leitlinien für Schleswig-Holstein im Landtag
202 fortsetzen, Vorschläge dafür wurden bereits in einem gemeinsamen Projekt mit dem
203 "Bündnis Eine Welt" entwickelt.

204 Wir wollen die erfolgreichen Kooperations-Projekte und die Zusammenarbeit mit
205 Institutionen wie dem "Bündnis Eine Welt" und dem Landesnetzwerk der
206 Entwicklungszusammenarbeit sowie die vielen Städtepartnerschaften,
207 Schulpartnerschaften und Verbände- und Wirtschaftspartnerschaften ausbauen. Das
208 erfolgreiche PromotorInnen-Programm soll weiter geführt, die Kofinanzierung aus
209 Landesmitteln weiter gewährleistet werden. Um in der Partnerschaftsarbeit noch
210 breiter aufgestellt zu sein, steht die Gründung von fairen
211 Wirtschaftspartnerschaften aus Schleswig-Holsteins mit Entwicklungsregionen an.

212 **Ja zu weltweiten Handelskooperationen - Nein zu CETA, TTIP und TiSA**

213 **Kollidierender Änderungsantrag: [Änderungsantrag zu LTW 4: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)**

214 **Ja zu weltweiten Handelskooperationen - Nein zu CETA,TTIP und TISA**

215 Im Land zwischen den Meeren wissen wir seit Jahrhunderten: Internationaler
216 Austausch von Ideen und Waren kann die Welt besser machen. Das ist kein
217 Selbstgänger. Wir stehen für faire Handelsbeziehungen. Sie sollten möglichst
218 multilateral zwischen allen Staaten, unter Beteiligung internationaler
219 Organisationen, wie der UN vereinbart und weiter entwickelt werden. Bei bilateralen
220 Handelsabkommen, etwa zwischen den USA und Europa, ist ein transparentes und
221 demokratisches Verfahren vom Beginn bis zum Abschluss der Verhandlungen
222 unabdingbar. Dazu gehört die Beteiligung eines gestärkten europäischen Parlamentes
223 und der Parlamente der Mitgliedsländer.

224 Handelsabkommen, die soziale und ökologische Standards abbauen oder zukünftig gar
225 verhindern, die Arbeitnehmerrechte gefährden, wird es mit uns nicht geben. Das gilt
226 auch für die Sicherung der Zuständigkeit für alle Bereiche der Daseinsvorsorge in
227 kommunaler und regionaler Hand. Die Schaffung von Investoren-Staatenschutzabkommen
228 – Konzerne können demokratische Staaten vor privaten Gerichten verklagen – werden
229 wir abwehren. Die Sonderklagerechte für Konzerne lehnen wir grundsätzlich ab. Diese
230 Form des Investor*innenschutzes schwächt unsere mittelständische Wirtschaft und
231 schränkt die Souveränität unserer Kommunen und Länder ein. Die sehr kostspieligen
232 Prozesse könnten sich nur Großkonzerne leisten. Trotz kleiner Verbesserungen im
233 Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada erfüllt das CETA-Abkommen unsere

234 Kriterien für ein faires Handelsabkommen nicht. Wir unterstützen die
 235 Volksinitiative "Schleswig-Holstein stoppt CETA", die unsere Landesregierung
 236 auffordert, dieses schädliche Handelsabkommen im Bundesrat abzulehnen. Eine
 237 Landesregierung, an der wir beteiligt sind, wird CETA im Bundesrat nicht zustimmen
 238 können.

239 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.67: LTW-Programm - WELTOFFEN**

240 Handelsabkommen, die soziale und ökologische Standards abbauen oder zukünftig gar
 241 verhindern, die Arbeitnehmerrechte gefährden, wird es mit uns nicht geben. Das gilt
 242 auch für die Sicherung der Zuständigkeit für alle Bereiche der Daseinsvorsorge in
 243 kommunaler und regionaler Hand. Der Schaffung von Investoren-Staatenschutzabkommen
 244 – Konzerne können Staaten vor privaten Gerichten verklagen – werden wir abwehren.
 245 Die Sonderklagerechte für Konzerne lehnen wir grundsätzlich ab. Wir streiten dafür,
 246 dass suprastaatliche öffentliche Gerichte für Klagen gegen Staaten unter dem
 247 Gesichtspunkt des Investitionsschutzes eingerichtet werden. Trotz kleiner
 248 Verbesserungen im Handelsabkommen zwischen der EU und Kanada erfüllt das CETA-
 249 Abkommen unsere Kriterien für ein faires Handelsabkommen nicht.

250 Die Entwicklung von Wirtschaftspartnerschaften auf Augenhöhe mit anderen Regionen
 251 weltweit ist für Unternehmen und Bürger*innen ein wichtiger Baustein. Wir GRÜNE
 252 streben in Schleswig-Holstein solche Netzwerke auch mit Staaten und Regionen in den
 253 USA und Kanada an und wollen die Außenwirtschaftsstrategie unserer
 254 Wirtschaftsfördereinrichtung WTSH um diese Punkte ergänzen. Auch an diese
 255 Kooperationsabkommen werden wir den Anspruch legen, nicht hinter unsere sozialen
 256 und ökologischen Standards zurückzufallen und Arbeitnehmer*innenrechte keinesfalls
 257 zu verschlechtern.

258 **Auf den Punkt**

- 259 • *Wir werden* Europa demokratischer und sozial gestalten,
- 260 • Brückenbauer zwischen Zentral- und Nordeuropa sein,
- 261 • Europäische Bildungs- und Kulturarbeit stärken,
- 262 • mit progressiven Parteien und Organisationen in Dänemark kooperieren,
- 263 • uns weiterhin gegen Grenzkontrollen nach Dänemark stark machen

264 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.120: LTW-Programm - WELTOFFEN**

- 265 • auch weiterhin Nein zu neuen Schlagbäumen und Grenzkontrollen sagen,
- 266 • Schleswig-Holsteins Vorreiterrolle für Nationale Minderheiten ausbauen,
- 267 • Faire Wirtschaftspartnerschaften mit Entwicklungsländern eingehen,
- 268 • Nein sagen zu CETA, TTIP und TiSA, aber Kooperationsabkommen mit hohen
 269 Verbraucher*innen und Arbeitnehmer*innenstandards unterstützen.

270 **Flucht und Asyl / Die Integration gestalten und Menschenrechte**
 271 **verteidigen**

272

273 Wir stehen für eine weltoffene Gesellschaft, die den Menschen Schutz bietet, die
 274 unseren Schutz brauchen. Das vergangene Jahr hat Deutschland verändert. Mehr als

275 800.000 Menschen mussten vor Krieg, Verfolgung und aus existenzieller Not aus ihrer
276 Heimat fliehen. Dank der großartigen Hilfsbereitschaft tausender Schleswig-
277 Holsteiner*innen aber auch einer engagierten Flüchtlingspolitik durch die Kommunen
278 und das Land, konnten allein in unserem Bundesland 35.000 Menschen Zuflucht finden.
279 Nun gilt es, in die Integration, in Sprachkurse, Bildung und Ausbildung und den
280 Zugang zu Arbeit zu intensivieren, damit zu uns geflüchtete Menschen ein
281 selbstbestimmtes Leben führen können.

282 Deutschland und Europa müssen aber auch die Fluchtursachen bekämpfen. Wir tragen
283 eine Mitverantwortung für die durch den Klimawandel ausgelösten Dürren und die
284 Wüstenbildungen, für die Verarmung und Vertreibung von Kleinbauern, weil wir eine
285 falsche Global-Agrarpolitik machen. Eine Sicherheits-, Friedens- und Außenpolitik,
286 die nicht auch Agrar-, Energie- und Handelsaußenpolitik ist, kann nicht gelingen.

287 Wir setzen uns für eine europäische Flucht- und Asylpolitik ein. Die europäische
288 Außengrenze darf keine Todeslinie werden. Wir setzen auf eine europäische humane
289 und menschenrechtsbasierte

290 Asylpolitik von der Aufnahme bis hin zum Grenzschutzsystem. Wir drängen auf die
291 Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege. So setzen wir auf das Resettlement-
292 Programm der UNHCR, das die Umsiedlung besonders gefährdeter Geflüchtete
293 organisiert und sie mit dauerhaften Aufenthaltserlaubnissen ausstattet. Von
294 zentraler Bedeutung ist für uns der geregelte Familiennachzug. Wir werden um Rahmen
295 der rechtlichen Möglichkeiten einen erweiterten Familiennachzug aus EU- und
296 Drittländern auch über Kontingente zeitnah möglich machen. Entsprechende
297 Initiativen von Kommunen Kontingente aufzunehmen, unterstützen wir.

298 Wir GRÜNE bekennen uns ausdrücklich zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen.
299 Um für kommende Herausforderungen gewappnet zu sein, braucht es Strukturen, die
300 flexibel genutzt werden können, wenn die Zugangszahlen wieder steigen oder stark
301 zurückgehen. Wir GRÜNE sehen in der Zuwanderung sowohl eine Bereicherung, die zu
302 einer Herausforderung werden kann, wenn diese nicht gut organisiert ist. Um eine
303 erfolgreiche Zuwanderungsgeschichte schreiben zu können, braucht es die
304 Handreichung aller Seiten.

305 **Faire Asylverfahren von Anfang bis Ende**

306 Wir finden schnelle Asylverfahren richtig – aber nicht zu Lasten rechtsstaatlicher
307 Standards. Unabhängige, individuelle Verfahrensberatung, Zugang zu qualifizierten
308 Dolmetscher*innen und rechtliche Unterstützung müssen gewährleistet werden. Dabei
309 darf es keine Rolle spielen, aus welchem Land die Geflüchteten kommen. Das Konzept
310 der sicheren Herkunftsstaaten lehnen wir weiterhin ab. Mit unserem Antrag zur
311 Abschaffung des AsylbLG haben wir im Bundesrat keine Mehrheit gefunden, dessen
312 Abschaffung bleibt dennoch unser Ziel.

313 Die Standards des Landes in Unterkünften müssen gehalten und ausgebaut werden.
314 Geflüchtete sollen die Möglichkeit haben sich zu beschweren und gehört zu werden in
315 Form von Geflüchtetenbeiräte in jeder Unterkunft. Individuelle Bedürfnisse von
316 Geflüchteten, zum Beispiel von Frauen und LGBTQI und Kindern, finden dabei
317 Berücksichtigung. Wir halten an der Vereinbarung des Flüchtlingspaktes fest, dass
318 niemand länger als drei Monate in der Erstaufnahme bleiben soll. Getrennte
319 Unterbringung der Geflüchteten nach Bleibeperspektive lehnen wir ab. Die Zeit muss
320 für die vorgelagerte Beratung, Anhörung, Willkommenskurse und ein Profiling genutzt
321 werden. Viele Kommunen in unserem Land haben noch Kapazitäten, um Flüchtlinge
322 aufzunehmen.

323 Wir drängen auf die Schaffung sicherer und legaler Fluchtwege. Von zentraler
 324 Bedeutung ist für uns der geregelte Familiennachzug. Wir werden im Rahmen der
 325 rechtlichen Möglichkeiten einen erweiterten Familiennachzug aus EU- und
 326 Drittländern auch über Kontingente zeitnah möglich machen.

327 Zudem setzen wir auf das Resettlement-Programm des UNHCR, das die Umsiedlung
 328 besonders gefährdeter Flüchtlinge organisiert und sie mit dauerhaften
 329 Aufenthaltserlaubnissen ausstattet.

330 Einwanderungsgesetz

331
 332 Auf Bundesebene fordern wir ein Einwanderungsgesetz. Alle Menschen, die nicht über
 333 Asyl oder Resettlement nach Europa kommen, können als Arbeitsmigrant*innen im
 334 Rahmen eines neu zu schaffenden Einwanderungsgesetzes einen Antrag stellen. Ihre
 335 Aufnahme richtet sich nicht nur nach den wirtschaftlichen oder gesellschaftlichen
 336 Bedürfnissen. Auch Menschen, die auf Grund von Armut oder zerstörter Umwelt nach
 337 Europa kommen wollen, brauchen die Möglichkeit legaler Zugangswege jenseits des
 338 politischen Asyls. Auch für die Menschen, die trotz allem in Deutschland
 339 verbleiben, gelten für uns die Menschenrechte. Kein Mensch ist illegal, nur weil er
 340 keinen Aufenthaltsstatus hat. Um dies klarzustellen, fordern wir die Abschaffung
 341 der Übermittlungspflicht aus §87 des Aufenthaltsgesetzes.

342 Diejenigen, die bei uns kein Asyl bekommen können, sollen in geordneten Verfahren
 343 in die Heimatländer rückgeführt werden. Wir lehnen Abschiebungshaft, nächtliche
 344 Abschiebungen und Abschiebungen im Winter als inhuman ab. Wir wollen in Schleswig-
 345 Holstein keine Ausreisezentren. Wir begrüßen die Arbeit von Initiativen, die sich
 346 gegen inhumane Abschiebungen einsetzen. Angesichts der restriktiven Asylpolitik des
 347 Bundes fordern wir die Überarbeitung der Kriterien der Härtefallkommission. Wer
 348 kein Bleiberecht erhält, soll kompetente und unabhängige Rückkehrberatung in
 349 Anspruch nehmen können. Wir werben im Bund und in Europa für sinnvolle Hilfen zum
 350 Neuanfang.

351 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.113: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)**

352 Diejenigen, die bei uns kein Asyl bekommen können, sollen in geordneten Verfahren
 353 in die Heimatländer rückgeführt werden. Wir lehnen Abschiebungshaft, nächtliche
 354 Abschiebungen und Abschiebung im Winter als inhuman ab. Wer kein Bleiberecht
 355 erhält, soll kompetente und unabhängige Rückkehrberatung in Anspruch nehmen können.
 356 Wir werben im Bund und in Europa für sinnvolle Hilfen zum Neuanfang.

357 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.103: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)**

358 Wir finden, dass eine freiwillige Ausreise der Abschiebung auf Zwang immer
 359 vorzuziehen ist. Diejenigen, die kein politisches Asyl bekommen haben und
 360 Deutschland wieder verlassen müssen, wollen wir daher bei ihrer Rückkehr beraten
 361 und wo möglich auch finanziell unterstützen. Nächtliche Abschiebungen und die
 362 Praxis der Abschiebungshaft lehnen wir aus humanitären Gründen ab.

363 **Integration nachhaltig organisieren**

364 Die Integration der Gesellschaft ist eine der drängendsten Aufgaben dieser Zeit.
 365 Sie ist eine Querschnittsaufgabe und findet sich deshalb in allen Abschnitten dieses
 366 Programms. Wir setzen uns für gute und qualifizierte Beratungs- und
 367 Betreuungsangebote ein und wollen deshalb eine Erweiterung der Angebote. Die
 368 Beratungsangebote wie auch die Beratungsstellen selbst müssen finanziell und
 369 personell gut ausgestattet sein. Der Bund darf die Länder und Kommunen mit dieser

370 Aufgabe nicht allein lassen. Viele Maßnahmen haben in Schleswig-Holstein bereits
371 gegriffen, einige sind noch ausbaufähig.

372 Es gibt ein breites Angebot an Sprach- und Integrationskursen, jedoch noch lange
373 nicht flächendeckend. Besonders in ländlichen Gebieten fehlt häufig die hierfür
374 erforderliche Infrastruktur, Wartezeiten auf Kursplätze, besonders im Bereich der
375 Alphabetisierung, sind immer noch viel zu lang. Ein besonderes Kursangebot für
376 Frauen mit Kinderbetreuung findet man noch viel zu selten. Arbeitsangebote gibt es
377 mehr und mehr, jedoch noch lange nicht genug. Es gilt nach wie vor, bürokratische
378 Hürden abzubauen und Zu- und Übergänge zu erleichtern. Auch hier sind es leider
379 meist die Frauen, die das Nachsehen haben.

380 Kontakt und Begegnung auf Augenhöhe sind elementar für erfolgreiche Integration.
381 Aus diesem Grund wollen wir Projekte fördern, die Begegnungen und Austausch möglich
382 machen. Auch Peer-to-Peer-Projekte zwischen Geflüchteten, die schon länger in
383 Schleswig-Holstein leben und neue Geflüchtete als Expert*innen in verschiedenen
384 Bereichen gesellschaftlicher und kultureller Integration werden wir fördern. Alles,
385 was der Emanzipation der Geflüchteten dient, ist zu unterstützen.

386 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.94: LTW-Programm - WELTOFFEN**

387 Die Integration der Geflüchteten ist eine der drängendsten Aufgaben dieser Zeit.
388 Sie ist eine Querschnittsaufgabe und findet sich deshalb in allen Abschnitten dieses
389 Programms. Der Bund darf die Länder und Kommunen mit dieser Aufgabe nicht allein
390 lassen. Viele Maßnahmen haben in Schleswig-Holstein bereits gegriffen. Es gibt ein
391 breites Angebot an Sprach- und Integrationskursen und Arbeitsangeboten. Kontakt und
392 Begegnung auf Augenhöhe sind elementar für erfolgreiche Integration. Aus diesem
393 Grund wollen wir Projekte fördern, die Begegnungen und Austausch möglich machen.
394 Auch Peer-to-Peer-Projekte im Rahmen der Geflüchteten, die schon länger in
395 Schleswig-Holstein leben, neue Geflüchtete als Expert*innen werden wir fördern.
396 Alles, was der Selbstbestimmung von Geflüchteten dient, ist zu unterstützen.

397 Deutsch lernen ist die Basis für eine erfolgreiche Integration. Mit seiner
398 restriktiven und zögerlichen Integrationspolitik legt der Bund den Menschen Steine
399 in den Weg. Die Lücken in der Integrationspolitik des Bundes wollen wir schließen
400 und allen Menschen in Schleswig-Holstein Zugang zu Sprachkursen und
401 Integrationsangeboten von Anfang an ermöglichen – unabhängig von ihrer willkürlich
402 am Herkunftsland festgemachten Bleibeperspektive. Wir fordern vom Bund ein Ende der
403 Diskriminierung aufgrund von Herkunftsländern. Wir wollen Angebote stärker prozess-
404 und an den Menschen orientiert gestalten. Zudem werden wir die Honorare für
405 Lehrer*innen dieser Landeskurse anheben.

406 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.110: LTW-Programm - WELTOFFEN**

407 Deutsch lernen ist die Basis für eine erfolgreiche Integration. Mit seiner
408 restriktiven und zögerlichen Integrationspolitik legt der Bund den Menschen Steine
409 in den Weg. Die Lücken in der Integrationspolitik des Bundes wollen wir schließen
410 und allen Menschen in Schleswig-Holstein Zugang zu Sprachkursen und
411 Integrationsangeboten von Anfang an ermöglichen. Die Aufteilung von Flüchtlingen
412 mit guter und mit schlechter Bleibeperspektive entlang von Länderschützquoten, wie
413 es die große Koalition in diversen Gesetzen manifestiert hat, lehnen wir
414 entschieden ab. Das Asylrecht ist ein Individualrecht und steht jeder pauschalen
415 Gruppensortierung entgegen. Außerdem führt diese Politik dazu, dass Schutzsuchende
416 von Integrationsleistungen ausgeschlossen sind obwohl sie absehbar viele Jahre in
417 Deutschland leben werden.

418 Wir werden die Kommunen weiterhin mit einer Integrationspauschale unterstützen, die
 419 wir auch für Familienangehörige zahlen wollen. Wir statten die Kommunen so aus,
 420 dass sie diese oder andere Gelder auch tatsächlich für Integrationsaufgaben
 421 verwenden können. Wir wollen, dass die Menschen dort wohnen, wo sie Arbeit und
 422 Integrationsangebote vorfinden. Die Wohnsitzauflage lehnen wir ab, denn sie
 423 beschneidet die Grundrechte der Geflüchteten, kann Integration erschweren und ist
 424 außerdem ein Bürokratiemonster. .

425 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.34: LTW-Programm - WELTOFFEN**

426 Wir werden die Kommunen weiterhin bei der Integration von Geflüchteten finanziell
 427 unterstützen und das auch bei Familienangehörigen, die dazu kommen. Wir erwarten,
 428 dass die Kommunen dieses Geld tatsächlich für Integrationsaufgaben verwenden und
 429 nicht für die Unterbringungskosten. Wir wollen, dass die Menschen dort wohnen, wo
 430 sie Arbeit und Integrationsangebote vorfinden. Die Wohnsitzauflage sehen wir
 431 kritisch.

432 *Abstimmen (da anderslautender KPT-Beschluss):*

433 Integrationsministerium

434 Für den nachhaltigen Integrationserfolg werden wir alle Zuständigkeiten in einem
 435 Ministerium bündeln und es auch so benennen. Eine der ersten Aufgaben des
 436 Ministeriums soll die Erarbeitung eines Integrations- und Partizipationsgesetzes
 437 sein, das allen Flüchtlingen Angebote macht.

438 Auch unterhalb der Staatsbürgerschaft wollen wir Zugezogenen Wahlrecht und
 439 Partizipation erkämpfen. Am Ende einer gelungenen Integration kann die deutsche
 440 Staatsbürgerschaft stehen. Das unterstützen wir. Wir halten fest an dem Ziel, dass
 441 auch mehrere Staatsbürgerschaften möglich sein sollen.

442 **Zivilgesellschaft und Selbstorganisation von Migrant*innen stärken**

443 Ob auf dem Dorf, am Flensburger Bahnhof oder auf dem Nordmarkfeld in Kiel – die
 444 Jahre 2015 und 2016 haben gezeigt, welche großartige Hilfsbereitschaft in uns
 445 steckt. Wir setzen uns weiter ein für eine Stärkung und Einbeziehung der
 446 Migrant*innenselbstorganisationen in die Gesellschaft und die damit verbundenen
 447 politischen Prozesse. Wir wollen das Netz der Migrations-Beratungsstellen weiter
 448 ausbauen und den Landesbeauftragten für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen
 449 weiter stärken. Angesichts der Anzahl der inzwischen bei uns lebenden Flüchtlinge
 450 muss seine Stelle mit weiteren Ressourcen ausgestattet werden.

451 **Dialog mit den Religionen**

452 Wir setzen uns für ein tolerantes und gleichberechtigtes Miteinander von Gläubigen
 453 und Nichtgläubigen in unserem Land ein. Wir sind uns unserer historischen und
 454 politischen Verantwortung gegenüber den jüdischen Gemeinden in Schleswig-Holstein
 455 bewusst und machen uns stark dafür, dass jüdische Begegnungsräume finanziell und
 456 politisch unterstützt und Synagogen saniert werden. Es darf nicht Religionen erster
 457 und zweiter Klasse geben, deshalb muss der Dialog mit Muslim*innen und Alevit*innen
 458 ernst genommen werden. Religionsunterricht ist verfassungsrechtlich geschützt.
 459 Langfristig soll es zum Abschluss einer Vereinbarung über die Rolle des Islam im
 460 Land kommen, ähnlich der Verträge, wie sie etwa für die christlichen Kirchen und
 461 Jüdischen Gemeinden bestehen.

462 Langzeitziel ist ein religionsübergreifender gemeinsamer Unterricht, der sachlich
 463 über alle Religionen und die gemeinsamen ethischen Grundlagen unserer Kultur
 464 informiert.

465 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.20: LTW-Programm - WELTOFFEN**

466 Wir setzen uns für ein tolerantes und gleichberechtigtes Miteinander von Gläubigen
467 und Nichtgläubigen in unserem Land ein. Es darf nicht Religionen erster und zweiter
468 Klasse geben, deshalb muss der Dialog mit Muslim*innen und Alevit*innen ernst
469 genommen werden.

470 **Schutz und Grenzen der Religionsfreiheit**

471 Gemäß Art. 4 unseres Grundgesetzes ist die Freiheit des religiösen und
472 weltanschaulichen Bekenntnisses eines jeden Menschen unverletzlich und dessen
473 ungestörte Religionsausübung gewährleistet. Der Staat hat sich nicht nur
474 weltanschaulich-religiös neutral zu verhalten, sondern auch offen und übergreifend,
475 die Glaubensfreiheit für alle Bekenntnisse gleichermaßen zu fördern.

476 Religionsunterricht steht damit ebenfalls unter dem Schutz unserer Verfassung.
477 Dort, wo es bisher keinen konfessionsübergreifenden Religionsunterricht gibt, ist
478 für uns neben dem Unterricht der christlichen Kirchen die Einführung von
479 Islamunterricht durch staatliche Lehrkräfte geboten. Das Grundrecht auf
480 Religionsfreiheit lässt keine unterschiedliche Behandlung von
481 Glaubensgemeinschaften zu. Das gilt auch für den Abschluss etwaiger Staatsverträgen
482 mit Religionsgemeinschaften.

483 Niemand von uns hat den Anspruch, von der Wahrnehmung anderer religiöser und
484 weltanschaulicher Bekenntnisse verschont zu bleiben. Die Freiheit ein Kreuz,
485 Kopftuch oder eine Kippa zu tragen, zeichnet eine weltoffene Gesellschaft aus.
486 Staatliche Neutralität gebietet aber auch den Schutz der Mindestanforderungen
487 gesellschaftlichen Zusammenlebens. Dazu gehört die Erkennbarkeit des Gesichts für
488 Mitmenschen. Mimik ist für eine friedliche Kommunikation unter Menschen noch
489 deutlich wichtiger als Sprache. Die Vollverschleierung von Frauen werten wir als
490 ein Instrument zur Marginalisierung und Unterdrückung von Frauen. Die
491 Vollverschleierung grenzt ihre Trägerin aus und verhindert eine gleichberechtigte
492 Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Das gesetzliche Verbot der Vollverschleierung
493 halten wir daher sowohl in Kitas, Schulen und Hochschulen als auch im gesamten
494 öffentlichen Dienst für erforderlich.

495 Religionsfreiheit hat auch da ihre Grenzen, wo sie mit anderen verfassungsrechtlich
496 geschützten Gütern kollidiert. „Keine Religion steht über dem Grundgesetz“
497 bedeutet, dass Menschenwürde, Gleichberechtigung nach Art 3 GG, die Freiheitsrechte
498 sowie die freiheitlich-demokratische Grundordnung unantastbar sind. Wir treten
499 daher entschieden jeglichem religiösen Fundamentalismus entgegen, der diese
500 Grundwerte in Frage stellt. Unsere entsprechende Präventionsarbeit werden wir
501 intensivieren und Verstöße gegen unsere Gesetze konsequent verfolgen.

502 **Salafismus und religiösem Fundamentalismus entgegentreten**

503 Religionsfreiheit hat da ihre Grenzen, wo Hass und Gewalt gepredigt und unsere
504 freiheitlich demokratische Ordnung angegriffen wird. Um religiösen Fundamentalismus
505 zu bekämpfen, wollen wir die Präventionsarbeit des Landes unter anderem im Bereich
506 Salafismus fortführen und noch wirksamer ausrichten.

507 **Auf den Punkt**

- 508 • *Wir werden* Integrationsangebote für alle ermöglichen,
- 509 • Den Familiennachzug stärken

- 510 • Ehrenamt professionell entlasten und dadurch stärken und Selbstorganisation
- 511 von Migrant*innen stärken,
- 512 • für ein Einwanderungsgesetz streiten,
- 513 • Integrationsaufgaben in einem Ministerium zusammenziehen.

514 **Demokratie / Wir wollen unsere Freiheit erhalten und eine**
 515 **bunte Gesellschaft entfalten. Sicherheit durch einen starken**
 516 **Rechtsstaat**

517

518 Wir leben in einer Gesellschaft mit stabiler Sicherheits-Architektur, die für Ruhe
 519 und Geborgenheit der Menschen sorgen kann. Gleichzeitig beherrschen innen- und
 520 sicherheitspolitische Besorgnisse die Debatte durch Terroranschläge, Übergriffe auf
 521 Frauen oder organisierte Wohnungseinbrüche – oft in alarmistischer Tonlage. Viele
 522 Menschen sind dadurch tief verunsichert. Von konservativer bis rechtspopulistischer
 523 Seite wird diese Gefühlslage immer wieder verstärkt, in der offenkundigen Absicht,
 524 aus Angst politisches Kapital zu schlagen. Wir reklamieren in der
 525 Sicherheitsdebatte – mit offenem Blick für die Verunsicherung vieler Menschen – die
 526 Stimme der Vernunft. Als GRÜNE leisten wir heftigen Widerstand, wenn Sicherheit
 527 vorgegaukelt und unsere Freiheit in unverhältnismäßiger Weise eingeschränkt wird.

528 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.122: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)**

529 Wir leben in einer Gesellschaft mit stabiler Sicherheits-Architektur. Dennoch
 530 beherrschen Meldungen über terroristische Bedrohungen , Übergriffe auf Frauen oder
 531 organisierte Wohnungseinbrüche sicherheitspolitische Debatten – oft in
 532 alarmistischer Tonlage. Viele Menschen sind dadurch tief verunsichert. Von
 533 konservativer bis rechtspopulistischer Seite wird diese Gefühlslage immer wieder
 534 verstärkt, in der offenkundigen Absicht, aus Angst politisches Kapital zu schlagen.
 535 Wir GRÜNE nehmen sowohl die faktischen Bedrohungen, als auch die individuellen
 536 Sorgen sehr ernst, wenden uns aber entschieden gegen populistische Stimmungsmache
 537 oder gar Hetze. In Sicherheitsdebatten sind wir die Stimme der Vernunft und sorgen
 538 dafür, dass bestehende Defizite schnellstmöglich abgestellt werden. Wir leisten
 539 Widerstand, wenn Sicherheit nur vorgegaukelt und unsere Freiheit in
 540 unverhältnismäßiger Weise eingeschränkt wird.

541 **Eine bürgernahe und handlungsfähige Polizei**

542 Unsere offene Gesellschaft braucht eine sowohl personell als auch materiell gut
 543 ausgestattete Polizei – das ist Voraussetzung für unsere Sicherheit. Wir verstehen
 544 unsere Landespolizei als Bürger*innenpolizei, die vor Ort ansprechbar und in der
 545 Gesellschaft verankert ist. Wir wollen die durch Rücknahme der Stellenkürzungen
 546 begonnene Stärkung der Polizei fortführen und setzen uns dafür ein, dass mehr
 547 Polizeianwärter*innen ausgebildet werden. Wir brauchen eine bessere Kooperation auf
 548 deutscher und europäischer Ebene. Wir wollen mehr Menschen mit
 549 Migrationshintergrund für unsere Polizei werben. Schon in den vergangenen Jahren
 550 haben wir die Haushalte darauf ausgerichtet. Eine Militarisierung der Innenpolitik,
 551 zum Beispiel durch die Diskussion um Bundeswehreinätze im Innern, lehnen wir ab.
 552 Stattdessen setzen wir weiterhin auf zielgerichtete Polizeiarbeit.

553 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.123: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)**

554 Unsere offene Gesellschaft braucht eine sowohl personell als auch materiell gut
 555 ausgestattete Polizei – das ist Voraussetzung für unsere Sicherheit. Wir verstehen

556 unsere Landespolizei als Bürger*innenpolizei, die vor Ort ansprechbar und in der
557 Gesellschaft verankert ist. Wir wollen die durch Rücknahme der Stellenkürzungen
558 begonnene Stärkung der Polizei fortführen und setzen uns dafür ein, dass mehr
559 Polizeianwärter*innen ausgebildet werden. Unsere Polizei machen wir fit für die
560 Herausforderungen des digitalen Zeitalters. Wir wollen mehr Menschen mit
561 Migrationshintergrund für unsere Polizei werben. Schon in den vergangenen Jahren
562 haben wir die Haushalte darauf ausgerichtet. Eine Militarisierung der Innenpolitik,
563 zum Beispiel durch die Diskussion um Bundeswehreinsätze im Innern, lehnen wir ab.
564 Stattdessen setzen wir weiterhin auf zielgerichtete Polizeiarbeit. Zudem brauchen
565 wir eine bessere Kooperation zwischen den Sicherheitsbehörden auf europäischer
566 Ebene nach klaren rechtsstaatlichen Kriterien.

567 **Polizei und Strafverfolgungsbehörden fit machen für das digitale Zeitalter**

568 Polizei und Strafverfolgungsbehörden wollen wir für das digitale Zeitalter voll
569 handlungsfähig machen. Sie brauchen das Rüstzeug, um geltendes Recht überall
570 zielgerichtet durchsetzen zu können – offline wie online. Die notwendige Bekämpfung
571 von „Hate Speech“, also strafbaren Meinungsäußerungen im Internet, ist hierfür nur
572 ein Beispiel. Geltendes Recht durchzusetzen, kann nur gelingen, wenn die
573 Strafverfolgungsbehörden personell wie technisch angemessen ausgestattet sind.
574 Genauso braucht die Polizei mehr spezielle Schulungsangebote, um besonders
575 schwierige Aufgaben noch besser bewältigen zu können. Anlasslose Massenüberwachung
576 erhöht die Sicherheit nicht, sie bindet dringend notwendige Kapazitäten und stellt
577 eine zusätzliche Gefahr für die informationelle Selbstbestimmung von 80 Millionen
578 Bürger*innen dar. Maßnahmen wie die Quellen-Telekommunikationsüberwachung und die
579 Online-Durchsuchung lehnen wir solange als unverhältnismäßige Eingriffe in die
580 informationelle Selbstbestimmung ab, bis ihre Verfassungskonformität nachgewiesen
581 ist.

582 **Mit Kriminalprävention Straftaten vorbeugend verhindern**

583 Sicherheitspolitik ist vielschichtig. Nicht allein Polizei, Geheimdienste und
584 Justiz können Garanten für Sicherheit sein. Kriminalität wird zunehmen, wenn in
585 einer Gesellschaft viele Menschen unter Armut leiden, durch fehlende Bildung kaum
586 Chancen haben aufzusteigen oder Minderheiten diskriminiert werden. Auch Kulturelle
587 Bildung im weitesten Sinne gehört zu einer wirksamen Prävention. Gelungene
588 Integration ist der beste Schutz vor Radikalisierung. Wir wollen die
589 kriminalpräventiven Projekte im Land ausbauen und neu aufstellen. Dazu gehören die
590 Förderung und Berücksichtigung von wissenschaftlichen Erkenntnissen, um
591 Zusammenhänge zwischen Sicherheit einerseits und Bildung, Armutsbekämpfung,
592 Integration und Städteplanung auf der anderen Seite zu untersuchen.

593 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.53: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)**

594 Sicherheitspolitik ist vielschichtig. Nicht allein Polizei, Geheimdienste und
595 Justiz können Garanten für Sicherheit sein. Kriminalität wird zunehmen, wenn in
596 einer Gesellschaft viele Menschen unter Armut leiden, durch fehlende Bildung kaum
597 Chancen haben aufzusteigen oder Minderheiten diskriminiert werden. Auch Kulturelle
598 Bildung im weitesten Sinne gehört zu einer wirksamen Prävention. Gelungene
599 Integration ist der beste Schutz vor Radikalisierung. Wir wollen die
600 kriminalpräventiven Räte im Land ausbauen und die Prävention neu aufstellen. Dazu
601 gehören Förderung und Berücksichtigung wissenschaftlicher Erkenntnissen, um
602 Zusammenhänge zwischen Sicherheit einerseits und Bildung, Armutsbekämpfung,
603 Integration und Städteplanung auf der anderen Seite zu untersuchen.

604 **Unsere Grundrechte stärken**

605 Terroristen zielen auch auf unser Zusammenleben in offenen, demokratischen
606 Gesellschaften. Denjenigen, die das Ziel verfolgen, unsere Freiheitsrechte
607 einzuschränken, gehen wir GRÜNE nicht auf den Leim: Statt fortwährender
608 Einschränkung unserer Grundrechte pochen wir auf den Ausbau unserer
609 Bürger*innenrechte.

610 Bestehende Sicherheitsgesetze sind regelmäßig auf ihre Effektivität und
611 Verhältnismäßigkeit von unabhängiger Seite zu evaluieren. Neue Sicherheitsgesetze
612 wollen wir mit einer zeitlichen Befristung belegen.

613 Instrumente, die unsere Freiheit unverhältnismäßig einschränken, lehnen wir ab.
614 Dazu gehören die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, die präventive
615 Telekommunikationsüberwachung, die Schleierfahndung und die generelle Ausweitung
616 der Videoüberwachung.

617 *Alternativen Verfassungsschutz*

618 *Alternative 1*

619 **Den Verfassungsschutz demokratisieren - Parlamentarische Kontrolle verbessern**

620 Die Aufarbeitung der NSU Terrorserie hat gezeigt, dass der Verfassungsschutz auf
621 Bundesebene und in vielen Ländern versagt hat. Wir streben an, dass der
622 Verfassungsschutz auf der Basis einer umfassenden Aufgabenkritik neu aufgestellt
623 wird. Wir wollen die Arbeit des Verfassungsschutzes auf die Beobachtung von
624 gewaltorientierten Gruppen, wie Rechtsextreme und Islamisten, konzentrieren. Der
625 Verfassungsschutz hat auf die Nutzung geheimdienstlicher Mittel, wie beispielsweise
626 den Einsatz von V-Menschen, zu verzichten. Geheimdienstliche Erkenntnisse dürfen
627 weiterhin vertraulich bleiben, aber die Arbeitsgrundlagen, die konzeptionellen
628 Ansätze und die Strukturen der Arbeit des Verfassungsschutzes müssen der
629 Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Dem Parlament sind hingegen alle
630 Informationen zugänglich zu machen.

631 *Alternative 2*

632 **Den Verfassungsschutz umwandeln**

633 Der Landesverfassungsschutz gehört auf den Prüfstand. Die Aufarbeitung der NSU
634 Terrorserie hat gezeigt, dass der Verfassungsschutz auf Bundesebene und in vielen
635 Ländern versagt hat. Die eigentliche Aufgabe des Verfassungsschutzes sollte die
636 Analyse von demokratiefeindlichen Bestrebungen und Denkmustern in unserer
637 Gesellschaft sein. Wie viele Expert*innen fordern wir, den Verfassungsschutz in ein
638 wissenschaftliches Institut umzuwandeln, das seine Erkenntnisse Parlament,
639 Regierung und Öffentlichkeit transparent zur Verfügung stellt. Die Aufdeckung und
640 Verfolgung demokratie- und staatsfeindlicher Kriminalität im Untergrund sollte dem
641 polizeilichen Staatsschutz mit den dafür vorgesehenen Instrumenten der
642 Strafprozessordnung und des Strafrechts vorbehalten sein.

643 **Unabhängige und funktionsfähige Justiz**

644 Unsere Gesellschaft braucht eine plurale, offene und den gesellschaftlichen
645 Entwicklungen zugewandte Justiz. Wenn ihre Arbeitsfähigkeit durch zu geringe
646 Personalausstattung leidet, schwindet das Vertrauen in unsere Demokratie. Um mehr
647 Vertrauen in unsere Justiz zu erzielen, wollen wir die Unabhängigkeit der Justiz
648 stärken. Dazu gehört die Einstellungs- und Beförderungspraxis für Richter*innen zu
649 reformieren, moderne Feedbackformate für Richter*innen einzuführen und Supervision

650 sowie eine regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen verbindlich zu machen ohne die
651 richterliche Unabhängigkeit anzutasten. Damit das Verständnis für Rechtsfragen in
652 der Bevölkerung verankert ist, wollen wir die Justiz zu einer aktiveren
653 Öffentlichkeitsarbeit ermutigen.

654 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.65: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)**

655 Unsere Gesellschaft braucht eine plurale, offene und den gesellschaftlichen
656 Entwicklungen zugewandte Justiz. Eine leistungsfähige Justiz braucht eine gute
657 personelle und technische Ausstattung. Um mehr Vertrauen in unsere Justiz zu
658 erzielen, wollen wir die Unabhängigkeit der Justiz stärken. Dazu gehört die
659 Einstellungs- und Beförderungspraxis für Richter*innen zu reformieren, moderne
660 Feedbackformate für Richter*innen einzuführen und Supervision sowie eine
661 regelmäßige Teilnahme an Fortbildungen verbindlich zu machen. Mittelfristig streben
662 wir eine von der Regierung unabhängige, selbstverwaltete und demokratisch
663 legitimierte Justiz an. Damit das Verständnis für Rechtsfragen in der Bevölkerung
664 verankert ist, wollen wir die Justiz zu einer aktiveren Öffentlichkeitsarbeit
665 ermutigen.

666 **Resozialisierung statt Repression**

667 Im Strafvollzug setzen wir auf Resozialisierung statt auf harte Strafen. Wir werden
668 eine wissenschaftliche Untersuchung über die Zusammenhänge von Freiheitsstrafen,
669 Ausgestaltung des Strafvollzugs und Rückfallgefährdung in Auftrag geben. Darüber
670 hinaus ist das Zusammenspiel zwischen staatlichen und freien Trägern für die
671 Resozialisierung mit einem Resozialisierungsgesetz zu stärken.

672 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.66: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)**

673 Im Strafvollzug setzen wir auf Resozialisierung. Eine gute Resozialisierung im
674 Strafvollzug ist der beste Schutz, damit Täter*innen nach ihrer Entlassung nicht
675 rückfällig werden. . Das Zusammenspiel zwischen staatlichen und freien Trägern für
676 die Resozialisierung ist zu stärken.

677 **Den Besitz von Cannabis entkriminalisieren**

678 Die Drogenpolitik der Bundesregierung ist unverhältnismäßig und kontraproduktiv.
679 Besitzer*innen von bereits wenigen Mengen Cannabis werden strafrechtlich verfolgt,
680 während Drogen wie Alkohol und Tabak mit einem höheren Abhängigkeitspotenzial legal
681 erstanden und beworben werden dürfen. Diese von Doppelmoral geprägte Drogenpolitik
682 wollen wir beenden und Anbau, Besitz und Konsum von geringen Mengen Cannabis
683 straffrei stellen.

684 Ziel Grüner Drogenpolitik ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit Drogen.
685 Während andere weiterhin auf Verbots- und Bevormundungspolitik setzen, wollen wir
686 die Präventionsarbeit stärken und den Markt endlich staatlichen Regeln unterwerfen.

688 **Entkriminalisierung weiterer Drogen**

689 Es ist auch über Cannabis hinaus Zeit für eine realistische Drogenpolitik. Durch
690 die bedarfsdeckende Einrichtung und Betrieb von sogenannten Fixerstube zur
691 kontrollierten Abgabe illegaler Drogen wie Heroin und Kokain an volljährige,
692 drogenabhängige Menschen werden Beschaffungskriminalität, Drogenhandel und
693 Drogentote reduziert. Wir erwarten zudem einen Rückgang der durch die Prohibition
694 verursachten Kosten, die von unserer Gesellschaft getragen werden, etwa für die
695 Durchführung von Strafverfolgungen, Gerichtsverfahren und für den Strafvollzug.
696

697 Gleichzeitig hoffen wir auf die Reduzierung von Einstiegsangeboten, dem so
 698 genannten „Anfixen“ durch Drogenhändler*innen, da die volljährigen,
 699 drogenabhängigen Menschen nicht mehr dauerhaft als Kundinnen und Kunden eingeplant
 700 werden können.

701 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.50: LTW-Programm - WELTOFFEN**

702 Ziel Grüner Drogenpolitik ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit Drogen.
 703 Während andere weiterhin auf Verbots- und Bevormundungspolitik setzen, wollen wir
 704 die Präventionsarbeit stärken und den Markt endlich staatlichen Regeln unterwerfen.

705
 706 Glücksspiel im Netz regulieren

707
 708 Schleswig-Holstein muss im Verbund mit den anderen Ländern den
 709 Glücksspielstaatsvertrag reformieren. Onlineglücksspiel findet momentan in einer
 710 Grauzone statt. Wir wollen diesen Bereich regulieren und auch im Netz den
 711 Spielerschutz sicherstellen.

712 **Kollidierender Änderungsantrag: LTW 4.57: LTW-Programm - WELTOFFEN**

713 Ziel Grüner Drogenpolitik ist ein verantwortungsbewusster Umgang mit Drogen.
 714 Während andere weiterhin auf Verbots- und Bevormundungspolitik setzen, wollen wir
 715 die Präventionsarbeit stärken und den Markt endlich staatlichen Regeln unterwerfen.
 716 Drogenabhängige Menschen sollen staatlich reglementierten Zugang zu Drogen
 717 erhalten. Analog zu den in Schleswig-Holstein durch den Generalstaatsanwalt
 718 festgelegten Grenzwerte soll der Besitz von Kleinstmengen straffrei bleiben..

719 **Bürger*innenbeteiligung verbindlich machen**

720 Um das Vertrauen in die Demokratie zu stärken oder zurückzugewinnen und die
 721 Legitimation politischer Entscheidungen zu erhöhen, sollen die Möglichkeiten zur
 722 Mitbestimmung erweitert werden. Wir haben deshalb u.a. die Hürden für
 723 Bürgerbeteiligung auf der Kommunalebene und bei Volksinitiativen gesenkt. Für
 724 Bürgerbegehren und Bürgerentscheide ist der Anwendungsbereich vergrößert worden.
 725 Das Wahlalter bei den Landtagswahlen ist auf Betreiben der GRÜNEN auf 16 Jahre
 726 gesenkt. Darauf wollen wir aufbauen.

727 Bürger*innen sollen mehr Möglichkeiten erhalten, sich frühzeitig in die
 728 Entscheidungen der Kommunen einzubringen, beispielsweise durch Zukunftsforen oder
 729 Online-Beteiligungsverfahren. Wir wollen sicherstellen, dass die Bevölkerung vor
 730 Ort bei Infrastrukturvorhaben frühzeitig beteiligt wird.

731 **Gesetze verständlich machen**

732 Gesetze und Verordnungen müssen so formuliert sein, dass alle sie verstehen.
 733 Deshalb sollen einzelne Gesetze auch in einfacher Sprache erstellt werden und im
 734 Internet abrufbar sein.

735 **Für eine bürgernahe Verwaltung**

736 Wir wollen interkulturelle Offenheit, Verständlichkeit, Transparenz, verlässlichen
 737 Datenschutz und bürgernahes Auftreten als Leitbild für unsere Verwaltung
 738 etablieren. Daher unterstützen wir es, wenn Fortbildungsprogramme für Verwaltungen
 739 auch Elemente wie interkulturelle Kompetenz, Kommunikation und Fragen der
 740 Konfliktbewältigung enthalten.

741 Es gilt, die Anzahl der Mitarbeiter*innen mit Migrationshintergrund in der
 742 öffentlichen Verwaltung zu erhöhen und Angebote bereit zu stellen, die
 743 gegenseitiges Kennenlernen fördern.

744 **Datenschutz stärken**

745 Wir GRÜNE verstehen Datenschutz als Grundvoraussetzung für eine freie Gesellschaft.
 746 Mit einer freien Gesellschaft ist es nicht vereinbar, wenn Menschen selbst nicht
 747 wissen, wer, wann und was über sie weiß. Datenschutz ist aber mehr als nur
 748 Selbstbestimmung. Die Wahrung von Grundrechten im digitalen Leben darf nicht auf
 749 den Einzelnen abgewälzt werden. Transparenz und klare Auskunft darüber, was mit
 750 persönlichen Daten geschieht, sind wichtig. In einer digitalen Welt ist es aber
 751 ebenso wichtig, dass wir uns darauf verlassen können, dass es klare Regeln und eine
 752 wirksame Kontrolle gibt. Darum setzen wir GRÜNE uns für das Grundrecht auf
 753 Datenschutz als Schutzauftrag des Staates ein. Menschen haben ein Recht darauf,
 754 dass ihre Daten nicht gespeichert, verarbeitet und verknüpft werden. Es ist Aufgabe
 755 des Staates dieses Menschenrecht zu schützen, indem er die Verarbeitung von
 756 personenbezogenen Daten angemessen beschränkt, wirksam kontrolliert und effektiv
 757 durchsetzt - sowohl vor staatlicher als auch vor kommerzieller Datenverarbeitung.
 758

759 Um vertrauensvolle und sichere Kommunikation von Bürger*innen mit den
 760 Landesinstitutionen zu ermöglichen, wollen wir verschlüsselte Kommunikation mit
 761 Behörden zum Standard machen.

762 Die Verabschiedung der europäischen Datenschutzgrundverordnung war ein wichtiger
 763 Meilenstein. Ihre Umsetzung entscheidet darüber, ob wir künftig einen besseren
 764 Grundrechtsschutz in einer digitalen Welt durch höhere Datenschutzstandards
 765 bekommen. Im Landesrecht werden wir hierfür die Weichen stellen. Das Unabhängige
 766 Landeszentrum für Datenschutz (ULD) wollen wir stärken, um auch kommenden
 767 Herausforderungen im Datenschutz gerecht zu werden.

768 Wir setzten uns dafür ein, dass der Staat so wenig über seine Bürger*innen weiß,
 769 wie möglich, das heißt nur soviel und soweit es für seine Aufgabenerfüllung gerade
 770 noch zwingend erforderlich ist. Es gilt daher auszuloten, wie eine Balance aus dem
 771 Schutz der Menschen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und datennutzendem
 772 Regierungshandeln (Data Driven Government) gelingen kann.

773 Wo es landesrechtlich möglich ist, wollen wir Hinweisgeber*innen (so genannte
 774 Whistleblower*innen) zu Missständen in öffentlichen Einrichtungen besser schützen.

775 **Kommunen zukunftsfähig aufstellen**

776 Schleswig-Holstein hat mit mehr als 1000 Gemeinden in den Ämtern eine besonders
 777 kleinteilige Struktur. In kleinen Gemeinden werden viele Aufgaben hervorragend
 778 erfüllt. Das zeigt z.B. die Integration der Flüchtlinge. In Schleswig-Holstein haben
 779 aber viele Gemeinden nicht die Größe, um die immer komplexeren
 780 Selbstverwaltungsaufgaben zu lösen. Deshalb verlagern sie häufig Aufgaben auf das
 781 Amt und auf Zweckverbände, um dort Entscheidungen treffen zu lassen. Mit den Ämtern
 782 haben sich oft effiziente, dynamische und bürgernahe Verwaltungen heraus gebildet.
 783 Die Amtsausschüsse sind aber nicht direkt gewählt. Ihnen fehlt damit die
 784 demokratische Legitimation. GZahlreiche Verwaltungsgemeinschaften und Fusionen
 785 zeigen, dass die kommunale Landschaft in Schleswig-Holstein in Bewegung ist: Viele
 786 Gemeinden machen sich bereits auf den Weg, um in neuen Kommunalstrukturen ihre
 787 Aufgaben erfüllen zu können. Darin wollen wir sie unterstützen. Unser Ziel ist es,
 788 kommunale Strukturen zu ermöglichen, in denen die Kommunen ihre Aufgaben umfänglich

789 selbst wahrnehmen können.

790
791 Beim Vorschlagsrecht für die Ausschussvorsitze sollen die von den
792 Gemeindevertretungen gewählten Bürgermeister*innen zukünftig angerechnet werden.

793 Wir wollen die kommunalen Strukturen reformieren und verfolgen das Ziel, Ämter in
794 Amtsgemeinden umzuwandeln. Die Aufgabenzuteilung und Gestaltungskompetenz soll sich
795 dabei an Beispielen wie den Einheitsgemeinden in Niedersachsen orientieren.

796 Das Szenario: Ehemals amtsangehörige Gemeinden werden zu Orten, wo weiterhin
797 Ortsbeiräte und ehrenamtliche Ortsbürgermeister*innen gewählt werden können. In den
798 Amtsgemeinden werden Amtsgemeindevertretungen und hauptamtliche
799 Amtsbürgermeister*innen gewählt. Die Amtsausschüsse entfallen.

800
801 Um die Arbeit der ehrenamtlichen Gemeindevertreter*innen zu erleichtern, wollen
802 wir die Wahl von Vertreter*innen einführen, die bei Abwesenheit der
803 Gemeindevertreter*innen diese im Gemeinderat und im Ausschuss vertreten können.

804
805 Um die Findung von Kandidat*innen zu erleichtern, sollen künftig
806 Gemeindevertreter*innen, die ihr Mandat niederlegen, wieder auf die Liste ihrer
807 Partei oder Wählergemeinschaft kommen, so dass sie erneut nachrücken können, wenn
808 ein*e andere Gemeindevertreter*in ihr Mandat niederlegt.

809
810 Bei der Bürgermeisterwahl wollen wir die Präferenzwahl einführen, so dass sich ein
811 zweiter Wahlgang erübrigt.

812 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.7: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)**

813 Um dorthin zu kommen, wollen wir die Amtsausschüsse künftig direkt wählen und so zu
814 Amtsvertretungen weiterentwickeln. Anstelle der Amtsvorsteher*innen sollen
815 hauptamtlich Amtsbürgermeister*innen direkt gewählt werden.

816 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.128: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)**

817 Das Szenario: Ehemals amtsangehörige Gemeinden werden zu Orten, wo weiterhin
818 Ortsbeiräte und ehrenamtliche Ortsbürgermeister*innen gewählt werden können. In den
819 Amtsgemeinden werden Amtsgemeindevertretungen und hauptamtliche
820 Amtsbürgermeister*innen gewählt. Die Amtsausschüsse entfallen.

821 **Norddeutsche Kooperation weiter vertiefen**

822 Die Zusammenarbeit Schleswig-Holsteins mit den norddeutschen Ländern, allen voran
823 mit Hamburg, ist in den vergangenen Jahren vertieft worden. Auch parlamentarisch
824 wurde mit dem Beschluss zur Einrichtung eines gemeinsamen Ausschusses von
825 Schleswig-Holsteinischem Landtag und Hamburger Bürgerschaft eine engere Kooperation
826 auf den Weg gebracht. Diesen Prozess begrüßen wir und begleiten ihn aktiv. So
827 werden wir etwa auf eine gemeinsame Landes- und Verkehrsplanung und eine gemeinsame
828 Schulentwicklungsplanung hinarbeiten. Nicht Abschottung, sondern die Entwicklung
829 gemeinsamer Perspektiven stärkt den Norden. Die Unternehmen im Norden gehen mit
830 großen Schritten voran.

831 **Demokratie@Digital**

832 Wir wollen alle Verwaltungsabläufe und den Bürgerservice im Rahmen einer
833 Prozessoptimierung in der öffentlichen Verwaltung (E-Government-Strategie)
834 digitalisieren und den Bedarf von Bürger*innen-Servicezentren für die Verwaltung
835 prüfen. Ziel ist ein zentrales Internet-Portal, unabhängig davon, ob Bürger*innen

836 von ihrer Kommunalverwaltung oder dem Land Auskunft suchen. Open Data (freie
837 Verfügbar- und Nutzbarkeit von – meist öffentlichen – Daten) und eine offene
838 Verwaltungskultur sind unverzichtbare Elemente in einer Teilhabegesellschaft.
839 Deshalb werden wir die Veröffentlichung und kostenfreie Bereitstellung von
840 Landesdatenbeständen und Geodaten im Rahmen des von uns novellierten
841 Informationszugangs- und Transparenzgesetzes weiter vorantreiben.

842 Die Digitalisierung von Staat und Verwaltung erfordert den Einsatz von kompatiblen,
843 offenen Formaten – möglichst landes-, bundes- oder sogar europaweit.

844

845 **Klarheit und Wahrheit**

846

847 Wir lehnen geheime inhaltliche Nebenabreden zu Koalitionsverträgen entschieden ab.
848 Mit uns wird es keine inhaltlichen Nebenabreden geben, unser Grundprinzip lautet
849 "Klarheit und Wahrheit".

850

851 Es bleibt unser Ziel, Politik transparent und nachvollziehbar zu gestalten. Daher
852 werden wir zukünftig alle politischen Inhalte und die zwischen den Vertragspartnern
853 vereinbarten Regularien in die jeweiligen Kooperationsverträge und deren ebenfalls
854 öffentlichen Anhang aufnehmen. Davon ausgenommen werden dürfen nur Personalfragen.
855 Vor Erteilung solcher Ausnahmen in Personalfragen ist zumindest unsere
856 Landtagsfraktion zu beteiligen.

857 **Auf den Punkt**

- 858 • Wir werden unsere Polizei und Justiz personell und materiell stärken und fit
859 machen für das digitale Zeitalter
- 860 • uns weiterhin gegen Massenüberwachung und den Abbau von Freiheits- und
861 Grundrechten aussprechen
- 862 • einen Grundrechte-TÜV für Gesetze und die Schaffung eines
863 Grundrechteministeriums auf die Tagesordnung setzen,
- 864 • den Verfassungsschutz reformieren
- 865 • auf eine ganzheitliche Kriminalprävention drängen und die Resozialisierung im
866 Strafvollzug stärken,
- 867 • den Besitz von Cannabis entkriminalisieren,
- 868 • Bürger*innenbeteiligung ausbauen und kommunale Strukturen reformieren,
- 869 • kommunale Strukturen reformieren,
- 870 • Whistleblower*innen schützen und sichere Kommunikation ermöglichen,
- 871 • die länderübergreifende Planung mit Hamburg voranbringen.

872 **Rassismus und Diskriminierung / Die Würde des Menschen ist** 873 **unantastbar, das ist uns Verpflichtung**

874

875 Gewalttaten auf Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund, Brandanschläge
876 auf Asylbewerber*innenheime nehmen immer weiter zu. Es ist geboten, dass wir uns
877 noch mehr mit den Ursachen von Rassismus in unserer Gesellschaft auseinandersetzen.

878 Dabei ist die Präventionsarbeit zu stärken, antirassistische Bildungsarbeit zu
 879 fördern und ausreichend Beratungszentren für Opfer rassistischer und
 880 rechtsextremistischer Gewalt vorzuhalten. Wir wollen rassistischen Stammtischparolen
 881 und rechter Gewalt entschieden entgegentreten, indem wir - ob nun im Internet, auf
 882 offener Straße oder im Regierungsviertel -, uns immer klar gegen Rassismus und
 883 Diskriminierung und Vielfalt und Toleranz aussprechen.

884 **Antirassismus- und Antidiskriminierungsarbeit stärken**

885 Wir setzen uns dafür ein, dass an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen aktive
 886 Antirassismuserbeit geleistet wird. Aufklärungs- und Präventionsarbeit soll
 887 verbessert, Schulmaterial auf rassistische Passagen überprüft werden.
 888 Geschichtsunterricht soll unsere Schüler*innen auch über die deutsche
 889 Kolonialgeschichte aufklären. Antirassistische Arbeit lebt durch eine engagierte
 890 aktive Zivilgesellschaft. Wir GRÜNE bekennen uns zu antirassistischen Bündnissen
 891 und unterstützen sie.

892 Wir fordern die Aufstockung des von uns geschaffenen Landesprogramms für
 893 Demokratisierung und gegen Rechtsextremismus, beispielsweise durch ein weiteres
 894 regionales Beratungszentrum in Neumünster. Wir werden Beratungsstellen für Opfer
 895 rechter Angriffe stärker fördern und uns für ein flächendeckendes Angebot in
 896 Schleswig-Holstein einsetzen.

897 **Kollidierender Änderungsantrag: [LTW 4.48: LTW-Programm - WELTOFFEN](#)**

898 Wir fordern die bedarfsgerechte Aufstockung des von uns geschaffenen
 899 Landesprogramms für Demokratieförderung und Rechtsextremismusbekämpfung in
 900 Schleswig-Holstein durch weitere Beratungszentren in Städten wie zum Beispiel
 901 Neumünster. Gerade an Orten, an denen es eine aktive rechtsextreme Szene gibt, muss
 902 es Beratungsstellen geben. Außerdem setzen wir uns für die finanzielle Aufstockung
 903 von staatlich unabhängigen Beratungsstellen und Initiativen, die sich bereits seit
 904 langer Zeit engagieren.

905 **Wir sind die Queer-Lobby**

906 Mehr als 40 Prozent der Menschen finden es abstoßend, so haben es Untersuchungen
 907 belegt, wenn sich Homosexuelle in der Öffentlichkeit küssen. Gewalttaten gegen
 908 Homosexuelle und Transgender nehmen zu, "schwul" ist nach wie vor ein beliebtes
 909 Schimpfwort: In größeren Teilen unserer Gesellschaft halten und bauen sich
 910 totgeglaubte Vorurteile und Diskriminierungen auf. Wir wollen der Ausgrenzung und
 911 Verunglimpfung von Lesben, Schwulen, Bi-, Inter- und Transsexuellen entschieden
 912 begegnen und das Konzept von Vielfalt und Toleranz dagegen setzen, das auf grünen
 913 Grundüberzeugungen basiert. Wir GRÜNE sind die Stimme für ein
 914 diskriminierungsfreies, buntes und tolerantes Schleswig Holstein.

915 Nachdem wir in dieser Wahlperiode auf grüne Initiative den Aktionsplan für sexuelle
 916 Vielfalt geschaffen haben, Projekte gefördert und Kürzungen bei LGBTIQ-Initiativen
 917 (lesbisch, schwul, bisexuell, transsexuell, intersexuell und queer) rückgängig
 918 gemacht wurden, wollen wir die Präventionsarbeit weiter ausbauen. Wir werden
 919 unseren Aktionsplan "Echte Vielfalt für Trans- und Intersexuelle Menschen"
 920 verstärkt öffnen und ihre besonderen Belange einbeziehen.

921 **Junge Menschen beim Coming Out unterstützen**

922 Junge Menschen brauchen mehr Unterstützung, um ihre sexuelle Identität ohne
 923 Diskriminierung entwickeln zu können. Wir werden das "Schlau Projekt", "Na sowas"
 924 und "HAKI" stärken. Sie sollen in die Lage versetzt werden,

925 Schulaufklärungsprojekte im ganzen Land anzubieten. Lehrkräfte sind in Aus- und
926 Fortbildung für den Umgang mit sexueller Vielfalt zu sensibilisieren.

927 **Sei so, wie du bist – egal, wo du wohnst**

928 Die Situation für LGBTIQ-Menschen ist bei uns regional unterschiedlich. Neben der
929 Förderung von Projekten in Städten, werden wir Modelle für den ländlichen Raum
930 entwickeln: Auch dort sollen entsprechende Beratungsangebote entstehen. Für das
931 Hamburger Umland wollen wir einen gemeinsamen Aktionsplan mit der Stadt Hamburg
932 entwickeln.

933 **Ein Denkmal für die verfolgten Homosexuellen und Transsexuellen**

934 In unserem Land sind bis 1994 homosexuelle Männer aufgrund ihrer Sexualität noch
935 verfolgt worden. Ihnen ist Unrecht geschehen. Wir setzen uns im Bundesrat für ihre
936 Entschädigung ein. Zur Erinnerung an die homosexuellen und transsexuellen Opfer des
937 Nazi-Regimes in Schleswig-Holstein möchten wir ein Landesdenkmal errichten lassen
938 und die historische Aufarbeitung fördern.

939 **Queere Menschenrechte enden nicht an der Haustür**

940 In vielen Staaten, mit denen Schleswig Holstein kooperiert, werden die Rechte von
941 Lesben, Schwulen, Bisexuellen und Transgender mit Füßen getreten. Wir dringen
942 darauf, dass in den politischen und wirtschaftlichen Kooperationen mit Staaten wie
943 Russland, China oder auch dem Baltikum die Lage von LGBTIQ thematisiert wird und
944 Kooperationen mit Initiativen aus Schleswig-Holstein vereinbart werden.

945 **Auf den Punkt**

- 946 • *Wir werden* die Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rassismus und die
947 Antidiskriminierungsstelle stärken,
- 948 • ein Präventionszentrum gegen Rechtsextremismus in Neumünster einrichten und
949 die bestehenden ausbauen,
- 950 • antirassistische Bildungsarbeit an öffentlichen Schulen verstärken und
951 unterstützen,
- 952 • nichtstaatliche antirassistische Initiativen und Beratungsstellen
953 unterstützen,
- 954 • den Aktionsplan für sexuelle Vielfalt ausweiten und für Trans- und
955 Intersexuelle Menschen noch mehr öffnen,
- 956 • Bildungs- und Antidiskriminierungsprojekte zu sexueller und geschlechtlicher
957 Vielfalt in den Schulen voranbringen,
- 958 • sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in der Lehreraus- und Fortbildung
959 verankern,
- 960 • ein Denkmal für homosexuelle Opfer des NS Regimes einrichten,
- 961 • LGBTIQ-Themen bei internationalen Kooperationen auf den Tisch bringen.

962 **Kultur / Menschen über Kulturprojekte jenseits des Mainstreams**
 963 **zueinander bringen und Kreativität fördern**

964

965 Unsere Gesellschaft erfährt durch die Kultur lebenswichtige Impulse. GRÜNE
 966 Kulturpolitik fördert – neben der etablierten Kultur (Landestheater, Orchester,
 967 große Museen) – die Kultur jenseits des etablierten Betriebs und verbürgter
 968 Wertschätzungen. Dafür schaffen wir Freiräume und wollen Menschen über
 969 Kulturprojekte miteinander verbinden. Diese Kulturpolitik nach dem Konzept
 970 „Kulturperspektiven Schleswig-Holstein“ werden wir fortsetzen und weiterentwickeln.

971

972 Nachhaltige und innovative kulturelle Infrastruktur schaffen
 973 GRÜNE Kulturpolitik ist nachhaltig. Sie beruht auf dem Grundverständnis, nicht nur
 974 in Kategorien wie Projektförderung zu denken, sondern Kultur als sinnvollen und
 975 elementaren Teil des Alltags zu begreifen und für Menschen heutiger und künftiger
 976 Generationen zugänglich zu machen. Erst das Erlernen und die Weitergabe von
 977 Kulturtechniken ermöglicht kulturelle Teilhabe. Auf kultureller Teilhabe beruhen
 978 Begegnungen jenseits etablierter Milieus und die Fähigkeit zur kreativen und
 979 innovativen Mitgestaltung unserer Lebenswelt.

980 Wir erkennen in der Verbindung von Kultur- und Sozialpolitik einen Schwerpunkt für
 981 ein nachhaltiges und zukunftsorientiertes Handeln. Hierbei streben wir ein
 982 flächendeckendes und ortsbezogenes Handeln an, welches sich an den europäisch
 983 humanistischen Grundpositionen orientiert, ohne die örtlichen Gegebenheiten und
 984 Notwendigkeiten zu ignorieren. Gerade in den ländlichen Gemeinden und mittleren
 985 Städten wollen wir dem immer weiter fortschreitenden Ausbluten von kulturellen und
 986 sozialen Angeboten entgegenstehen und den Dialog mit den Bürger*innen vor Ort
 987 dauerhaft suchen.

988 **Kulturelle Vielfalt fördern**

989 Wir fördern den interkulturellen Dialog zugunsten einer vielfältigen kulturellen
 990 Landschaft. Projekte, die diesem Grundsatz folgen, werden wir zukünftig stärker in
 991 der Kulturförderung berücksichtigen. Beiräte und Jurys sollen alle
 992 gesellschaftlichen Gruppen, insbesondere auch Migrant*innen und Neuzugewanderte
 993 abbilden..

994 **Freiräume schaffen**

995 Es gilt, neue Kulturräume zu entwickeln und Kreativität zu fördern. Wir setzen uns
 996 deshalb für Produktions- und Proberäume für Musiker*innen ein, für freies Theater
 997 und Tanz sowie für Räume, in denen zeitweise Produktionsbüros für junge
 998 Filmemacher*innen eingerichtet werden können. Günstige Atelierräume sind vermehrt
 999 bereit zu stellen sowie Orte für temporäre Ausstellungen (In- und Outdoor) und zur
 1000 Kommunikation.

1001 **Denkmalschutz weiterentwickeln**

1002 Wir GRÜNE stehen für einen verbesserten Denkmalschutz. Das novellierte
 1003 Denkmalschutzgesetz bietet einen guten Ausgleich zwischen dem Anspruch der
 1004 Gesellschaft, historische Bausubstanz zu erhalten und den Interessen der
 1005 Eigentümer*innen. Besonderen Wert legen wir darauf, dass die Belange der
 1006 Energiewende und der Inklusion angemessen berücksichtigt werden und jeder
 1007 Einzelfall sorgfältig abgewogen wird. Kompromisse sind im Denkmalschutz
 1008 unerlässlich, vor allem wenn Fragen energetischer Sanierung, Ausbau der Windkraft
 1009 und Barrierefreiheit zu berücksichtigen sind. Denkmalschutz bedeutet nicht nur zu

1010 erhalten, was breite Zustimmung findet. Gerade unbequeme Denkmale sind ein
1011 Spiegelbild ihrer Zeit.

1012 **Zeugnisse des nationalsozialistischen Unrechtsystems lebendig halten**

1013 Gerade angesichts zunehmender nationalistischer und rassistischer Tendenzen in
1014 unserer Gesellschaft kommt den Gedenkstätten im Land eine aufklärerische
1015 Bildungsfunktion zu. Sie stehen für eine lebendige Erinnerungskultur, die sich
1016 dadurch auszeichnet, dass sie eine Brücke zur Gegenwart schlägt und so engagierte
1017 gesellschaftliche Auseinandersetzung fördert.

1018 Historisches außerschulisches Lernen für alle Alters- und Bevölkerungsgruppen zu
1019 ermöglichen erfordert die Entwicklung und Umsetzung besonderer methodisch-
1020 didaktischer Konzepte, um Geschichte vor Ort erfahrbar und fühlbar zu machen. Nur
1021 so kann Erinnerungsarbeit in Demokratieförderung münden. Dabei kommt der
1022 Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten, der Landesarbeitsgemeinschaft
1023 Gedenkstätten und Erinnerungsorte in Schleswig-Holstein e. V. (LAGSH) und der
1024 jährlich stattfindenden Landesgedenkstättentagung eine besondere Bedeutung zu.
1025 Wir setzen uns für den Erhalt, die Sicherung und die weitere Entwicklung der
1026 Gedenkstätten ein. Sie müssen finanziell so ausgestattet werden, nicht zuletzt
1027 personell und professionell, dass sie in zeitgemäßen Angeboten ihrer mahnenden
1028 Funktion gerecht werden können. Die Weiterentwicklung und Umsetzung des
1029 Landesgedenkstättenkonzeptes unterstützen wir ausdrücklich.

1030 **Kulturelle Bildung fördern**

1031 Die kulturelle Bildung bei jungen Menschen ist zu stärken. Dazu wollen wir allen
1032 Kindern in ihrer Schulzeit vielfältige Begegnungen mit der Kultur ermöglichen. Wir
1033 unterstützen Kooperationen von Schulen, Theatern, Museen, Musikschulen, freien
1034 Anbietern, LAG Soziokultur und Künstler*innen.

1035 **Filmförderung als Aushängeschild**

1036 Unsere gemeinsame Filmförderung mit dem Nachbarland Hamburg hat sich bewährt. Es
1037 werden spannende Filmprojekte unterstützt und durch die Produktionen weltweit
1038 Werbung für Schleswig-Holstein gemacht. Diesen Weg werden wir weiter gehen.

1039 Um schleswig-holsteinische Produktionen zu fördern, soll in unseren Kinos vor dem
1040 Hauptfilm jeweils ein Kurzfilm aus Schleswig-Holstein gezeigt werden.

1041 **Kultur@Digital**

1042 Durch die Digitalisierung verändert sich unsere Kultur, neue Chancen eröffnen sich.
1043 Wir werden digitale Methoden im Sinne der sozialen Teilhabe bei der Vermittlung
1044 kultureller Angebote sowie als Gestaltungsmittel für alle Künste fördern.

1045 Weiterhin setzen wir auf eine Modernisierung des Urheberrechts, die vor allen
1046 anderen den Kreativen zu Gute kommt, neue Nutzungsformen kultureller Werke erlaubt
1047 und das Ziel eines fairen Interessenausgleichs zwischen den beteiligten Akteuren
1048 verfolgt. Die Verbreitung von Creative Commons Lizenzen (eine einfache Weise,
1049 Nutzungsrechte für urheberrechtsgeschützte Werke zu ermöglichen) unterstützen wir.
1050 Auch Werke, wie Fotos und Texte, die im Auftrag des Landes erstellt wurden, sind
1051 unter Creative-Commons-Lizenz zur Verfügung zu stellen.

1052 Wir brauchen eine Digitalisierung der Archive und eine Archivierung des Digitalen.
1053 Hierfür wollen wir den Landesarchiven die nötigen Ressourcen Schritt für Schritt
1054 bereitstellen.

1055 Der Kulturbegriff wandelt sich. Es gilt, die Möglichkeit zu schaffen, Fördermittel
1056 auch für die Entwicklung von Videospiele einzusetzen.

1057 –
1058 Professionell organisierte eSports-Turniere (Videospiele) sollen unter die
1059 staatliche Sportförderung fallen.

1060 **Auf den Punkt**

- 1061 • *Wir werden* den kulturellen Dialog mit Migrant*innen fördern und ihre Teilhabe
1062 sichern,
- 1063 • Freiräume für Kulturarbeit schaffen,
- 1064 • kulturelle Bildung in Kooperation zwischen Schulen und Künstler*innen
1065 voranbringen,
- 1066 • Filmförderung stärken,
- 1067 • uns für eine Modernisierung des Urheberrechts einsetzen und Kultur durch
1068 Creative Commons-Lizenzen verbreiten.

1069 **Medien / Die Vielfalt und Unabhängigkeit unserer** 1070 **Medienlandschaft erhalten – das dient der Meinungsfreiheit und** 1071 **der Demokratie**

1072
1073 Eine unabhängige und vielfältige Medienlandschaft, bestehend aus Zeitung,
1074 Fernsehen, Radio und Internet, ist heute wichtiger denn je und Grundvoraussetzung
1075 für eine lebendige Demokratie. Medien sichern Meinungsvielfalt, erklären
1076 komplizierte Sachverhalte und decken oftmals durch Recherchen gesellschaftliche
1077 Missstände auf. Dies gilt für den starken öffentlichen Rundfunk wie für die
1078 privaten Sender. Wir werden unsere unabhängige und facettenreiche Medienlandschaft
1079 sichern.

1080 Der Zugang zu Medien für alle ist ein Grundrecht. Unsere Medien stehen unter Druck:
1081 durch Zusammenlegung von Zeitungen, aufgrund von Stellenstreichungen, nicht zuletzt
1082 wegen der zumeist anti-demokratischen Stimmungsmache. Die zunehmende
1083 Kommerzialisierung und Konzentration im Journalismus sehen wir GRÜNE kritisch.

1084 Für die Untermauerung der politischen Diskussion über die Zukunft unserer
1085 Medienlandschaft soll die Landesregierung einen Bericht zur Situation der
1086 Medienlandschaft in Schleswig-Holstein erstellen.

1087 Medienpolitik muss im Zeitalter der Digitalisierung neue Wege wagen: Vor allem
1088 junge Menschen nutzen viel häufiger Angebote im Internet als in gedruckter Form
1089 oder am Fernseher. Dieser Entwicklung müssen sich alle Beteiligten stellen. Auch im
1090 Internet gelten Meinungsvielfalt und Minderheitenschutz beim Informationstransfer.
1091 Die Rundfunk- und Medienstaatsverträge müssen hierauf Antworten geben.

1092 **Journalistische Qualität fördern – analog wie digital**

1093 Die Situation der Printmedien hat sich in den vergangenen Jahren erheblich
1094 verschlechtert: Sinkende Auflagen, erhöhter Konkurrenzdruck durch Online-Medien,
1095 schrumpfende Einnahmen und wachsende Anforderungen bei schlechteren Verträgen für
1096 Journalist*innen sind eine Gefahr für die Qualität der Berichterstattung. Das hat
1097 Auswirkungen auf die Arbeitssituation der Journalist*innen wie auch auf die
1098 Meinungsvielfalt in unserem Land.

1099 Wir werden Modelle entwickeln, die qualitativ gute lokale und regionale
1100 Berichterstattung erhalten. Beispielhaft dafür sind Stiftungsmodelle oder die
1101 Förderung von neuen Formen des Journalismus, wie beispielsweise von
1102 Kleinstverlagen.

1103 Wir GRÜNE begrüßen, dass durch den Onlinebereich zahlreiche weitere Möglichkeiten
1104 für einen neuen Bürger*innen-Journalismus und zur unabhängigen Information
1105 hinzugekommen sind. Gleichzeitig wächst hierdurch auch die Notwendigkeit einer mit
1106 dieser Entwicklung schritthaltenden Vermittlung von Medienkompetenz.

1107 **Medienkompetenz neu aufstellen**

1108 Die Medienkompetenzstrategie des Landes wird neu aufgestellt. Bis zum Jahr 2025
1109 soll für alle Schleswig-Holsteiner*innen der selbstbestimmte und souveräne Umgang
1110 mit digitalen Medien so selbstverständlich sein wie heute das Telefonieren oder das
1111 Öffnen von Briefen. In der digitalen Gesellschaft ist Medienkompetenz eine
1112 Schlüsselqualifikation. Wichtig ist es, Informationen nicht nur zu finden, sondern
1113 sie auch einordnen zu können. Ziel muss es sein, alle Menschen in Schleswig-
1114 Holstein mit alters- und bedarfsgerechten Angeboten zu erreichen. Wir setzen dazu
1115 auf bestehende Institutionen, wie zum Beispiel den Offenen Kanal, das IQSH
1116 (Institut für Qualitätssicherung SH), auf unsere Hochschulen, die
1117 Verbraucherzentrale, aber auch die Einbeziehung all derjenigen, die sich in diesen
1118 Prozess einbringen wollen.

1119 Zusätzlich werden wir einen Fortbildungscampus online stellen, auf dem alle
1120 Angebote des Landes zu Themen der Digitalisierung gebündelt sind und weitere
1121 Vernetzungs- und Kontaktmöglichkeiten entstehen,

1122 Wir begrüßen es, wenn Bürger*innen selbst Fernseh-, Hörfunk- und Internetangebote
1123 gestalten und sich direkt am Meinungsbildungsprozess beteiligen. Vor allem der
1124 Offene Kanal in Schleswig-Holstein trägt hierzu bei: Seine Funktion als Forum für
1125 Bürger*innen sowie als Lokalradio und Lokalfernsehen ist wichtig. Die Aus- und
1126 Fortbildungsaktivitäten des Offenen Kanals geben ein Vorbild.

1127 **Rundfunkangebote zukunftsfähig machen**

1128 Durch das Internet ist der Zugang zu den Angeboten der Rundfunkanstalten schon
1129 jetzt flexibel. Die Pflicht, öffentlich-rechtliche Angebote nach kurzer Zeit wieder
1130 aus dem Online-Angebot zu löschen, führt dies jedoch ad absurdum. Wir wollen, dass
1131 das Sieben-Tage-Limit für öffentlich-rechtliche Angebote im Netz abgeschafft wird.
1132 Wir setzen uns dafür ein, dass auch beim Offenen Kanal alle Sendungen online
1133 abzurufen sind.

1134 Bei einer Novellierung des NDR-Staatsvertrages wollen wir uns dafür einsetzen, dass
1135 der NDR noch transparenter wird. NDR-Gremien sollen wie der Rundfunkrat öffentlich
1136 tagen, im Rundfunkrat auch Zuschauervertreter*innen sitzen. Den Einfluss der
1137 Politik auf die Räte sehen wir kritisch.

1138 Wir setzen uns dafür ein, dass der NDR mehr Sendungen in unseren Regional- und
1139 Minderheitensprachen ausstrahlt.

1140 **Auf den Punkt**

- 1141 • *Wir werden* einen Bericht zur Situation der Medienlandschaft in Schleswig-
1142 Holstein erarbeiten,
- 1143 • neue Formen des Journalismus zur Sicherung der Meinungsvielfalt unterstützen,

- 1144 • ein neues Medienkompetenzkonzept für Schleswig-Holstein vorlegen und Projekte
1145 zur Vermittlung von Medienkompetenz ausbauen,
- 1146 • den Offenen Kanal stärken,
- 1147 • dafür eintreten, dass die Nutzungsdauer von Angeboten in den Mediatheken
1148 ausgeweitet wird.

1149 **Netzpolitik / Die Vorteile der Digitalisierung nutzen und**
1150 **Herausforderungen annehmen**

1151

1152 Digitalisierung verändert alle Lebensbereiche, von der Bildung, über die Mobilität,
1153 der Arbeitswelt, der Landwirtschaft bis zur Art, wie wir miteinander ins Gespräch
1154 kommen. Wir GRÜNE denken Netzpolitik ganzheitlich und haben daher in allen Kapiteln
1155 unseres Landtagwahlprogramms ein Unterkapitel "Digitalisierung" hinzugefügt, in dem
1156 wir die jeweiligen fachpolitischen Herausforderungen und unsere Antworten hierauf
1157 skizzieren. Unsere netzpolitische Bilanz der vergangenen Legislatur kann sich sehen
1158 lassen. Hierauf wollen wir aufbauen. Den digitalen Wandel unserer Gesellschaft
1159 werden wir auch weiterhin intensiv begleiten und netzpolitische Kompetenzen
1160 bündeln. Die digitale Agenda des Landes wollen wir mit allen Interessierten
1161 weiterentwickeln. Sie ist eine gute Grundlage. Darüber hinaus gibt es übergreifende
1162 netzpolitische Themen, die wir als GRÜNE ebenfalls weiter voranbringen wollen.

1163 **Digitalisierung in der Landesregierung**

1164 Aufbauend auf der digitalen Agenda des Landes werden wir ein stufenweises
1165 Umsetzungskonzept erarbeiten, damit die Menschen in Schleswig-Holstein von der
1166 Digitalisierung profitieren und Risiken minimiert werden. Das Thema Digitalisierung
1167 ist in der Landesregierung noch nicht ausreichend verankert, hier wollen wir
1168 nachbessern. Digitalisierung muss als Querschnittsaufgabe der Landesregierung
1169 wahrgenommen und politisch aufgewertet werden. Gleichzeitig wollen wir die
1170 Koordinierung digitalpolitischer Themen verbessern und klare Verantwortlichkeiten
1171 schaffen.

1172 **Open Data**

1173 Wir wollen schrittweise sämtliche technischen Daten, die das Land erhebt, allen
1174 Bürger*innen kostenlos, maschinenlesbar und in offenen Standards zugänglich machen.
1175 So erhöhen wir Transparenz und Nachvollziehbarkeit politischen Handels und
1176 ermöglichen wirtschaftliche Innovation, gerade für Start-ups. Dazu gehören unter
1177 anderem Geodaten, Umweltdaten und Verkehrsdaten. Für die Aufbereitung werden wir
1178 den Umwelt- und Landwirtschaftsatlas <http://www.umweltdaten.landsh.de/atlas> und den
1179 Digitalen Atlas Nord <http://www.digitaleratlasnord.de/> sukzessive ausbauen. Gleich
1180 zu Beginn der nächsten Legislaturperiode werden wir eine Open-Data-Strategie
1181 vorlegen, die konkrete Umsetzungen der Datenveröffentlichung beschreibt.

1182

1183 **Freie und quelloffene Software (FOSS) fördern**

1184

1185 **Wir setzen uns für einen verstärkten Einsatz von freier und quelloffener Software**
1186 **(Open-Source) ein. Sie bietet vielfältige Vorteile: Sie erhöht die Sicherheit,**
1187 **senkt Kosten, erleichtert den Wissenstransfer und dient durch eine stetige**
1188 **Weiterentwicklung durch die Nutzer*innen dem Gemeinwohl. Bei öffentlichen**
1189 **Beschaffungsmaßnahmen kann die Anschaffung von Open-Source-Software statt**
1190 **lizenzpflichtiger Produkte zu Einsparungen führen. Software, die eigens für**

1191 **öffentliche Einrichtungen entwickelt wird, soll grundsätzlich als Open-Source**
 1192 **veröffentlicht werden.**

1193

1194 **Der verstärkte Einsatz von freier und quelloffener Software ist gerade im**
 1195 **schulischen und wissenschaftlichen Bereich wichtig. Wir wollen weg von Systemen,**
 1196 **die nicht frei und quelloffen sind, deshalb setzen wir uns für einen verstärkten**
 1197 **Einsatz von freier und quelloffener Software an (Hoch-)Schulen, in öffentlichen**
 1198 **Institutionen und der Verwaltung ein.**

1199 **Netzneutralität erhalten**

1200 Die Gleichbehandlung aller Daten im Internet ist Voraussetzung für wirtschaftliche
 1201 und demokratische Chancengleichheit im Netz. In einem modernen Glasfasernetz sind
 1202 genügend Kapazitäten vorhanden, um allen Nutzer*innen einen
 1203 Hochgeschwindigkeitszugang zu ermöglichen. Wir werden uns auch weiterhin auf allen
 1204 politischen Ebenen für die effektive Sicherung der Netzneutralität und gegen ein
 1205 „Zwei-Klassen-Internet“ einsetzen, in dem die Daten von Nutzer*innen priorisiert
 1206 werden, die mehr bezahlen können.

1207 **Daten- und Verbraucher*innenschutz stärken**

1208 Bei allen neuen Chancen, die uns das Internet zweifellos bietet, bringt es auch
 1209 neue Herausforderungen mit sich – vor allem für Menschen, die nicht mit dem Netz
 1210 aufgewachsen sind. Genauso aber für Verbraucher*innen. Wir können die digitalen
 1211 Potentiale nur dann voll ausschöpfen, wenn demokratische Grundpfeiler als Chancen
 1212 und nicht als Hindernisse verstanden werden. Das Recht auf digitale
 1213 Selbstbestimmung, ein innovativer Daten- und Verbraucherschutz, eine effektive IT-
 1214 Sicherheit und die Gleichbehandlung informierter Nutzerinnen und Nutzer stehen für
 1215 uns im Mittelpunkt unserer Bemühungen für eine lebenswerte digitale Zukunft.
 1216 Gemeinsam mit vielen Verbündeten streiten wir für Innovation, Vertrauen und
 1217 Sicherheit im Netz. Hierzu gehört auch die Transparenz von Angeboten, übergroßer
 1218 Marktmacht durch Regulierung zu begegnen, einen innovativen Datenschutz von
 1219 vornherein mitzudenken und IT-Sicherheit ganzheitlich anzugehen, beispielsweise,
 1220 indem wir durchgehenden Ende-zu-Ende-Verschlüsselungen zum Standard machen.

1221 **Störerhaftung abschaffen – Freifunk unterstützen**

1222 Die sogenannte Störerhaftung bringt eine erhebliche Rechtsunsicherheit mit sich.
 1223 Gerade in einem Land wie Schleswig-Holstein, dessen wirtschaftliche Perspektiven in
 1224 Tourismus und Digitalisierung von einer hohen Verfügbarkeit öffentlicher WLAN-Netze
 1225 abhängt, besteht ein großes Interesse daran, diese politische Fußfessel endlich
 1226 loszuwerden. Auf Bundesebene werden wir uns weiterhin für eine schnellstmögliche
 1227 Abschaffung der Störerhaftung einsetzen, damit mehr Menschen ihr Netz für Dritte
 1228 öffnen. Hiervon profitieren nicht nur Nachbar*innen, sondern auch Flüchtlinge und
 1229 die Wirtschaft. Die Freifunkbewegung unterstützen wir auch weiterhin und setzen uns
 1230 dafür ein, dass Freifunkvereine als gemeinnützig anerkannt werden.

1231 **Smart Cities und Smart Regions**

1232 Digitalisierung bietet auch Kommunen Chancen, ihre Aufgaben besser zu bewältigen.
 1233 Hierzu zählen vernetzte Mobilität, Daseinsvorsorge und Bildung. Wir wollen Konzepte
 1234 für die ländlichen und die städtischen Regionen entwickeln, damit diese von der
 1235 Digitalisierung profitieren können und suchen den Schulterchluss mit den Kommunen.

1236 **Auf den Punkt**

- 1237 • Wir werden die Digitale Agenda weiterentwickeln und gemeinsam in einem
1238 partizipativen Prozess ausdifferenzieren,
- 1239 • für Netzneutralität sowie hohe Datenschutz- und Verbraucherstandards kämpfen
- 1240 • mit offenen Daten Demokratie und Wirtschaft in Schwung bringen,
- 1241 • die Störerhaftung abschaffen, Freifunk und freie und offene Software fördern
- 1242 • das Thema Digitalisierung stärker in der Landesregierung verankern.

D 1 Anträge

Antragsteller*in: KV Nordfriesland, KV Flensburg, Aminata Touré, KV Kiel, Eka von Kalben, KV Pinneberg, Luise Amtsberg, KV Kiel, Steffen Regis, KV Kiel, Johannes Albig, KV Kiel, Ines Strehlau, KV Pinneberg, Beate Seifert, KV Pinneberg, Arfst Wagner, KV Schleswig-Flensburg
Thema: Landtagswahlprogramm

Keine Abschiebungen nach Afghanistan!

- 1 Bündnis 90/Die Grünen in Schleswig-Holstein kritisieren das Rückführungsabkommen
- 2 der Bundesrepublik mit Afghanistan scharf!
- 3 In Afghanistan herrscht Krieg, wie der Anschlag von Masar-e-Scharif gezeigt hat,
- 4 gibt es dort faktisch schon lange keine sicheren Regionen mehr!
- 5 Menschen dorthin abzuschicken ist menschenrechtswidrig und durch Politik nicht zu
- 6 rechtfertigen!
- 7 Wir fordern eine Aufkündigung des Rückführungsabkommens und einen sofortigen
- 8 Abschiebestopp nach Afghanistan, denn Afghanistan ist nicht sicher, nirgends!
- 9 Zudem fordern wir, dass Afghanen genau wie z.B. Syrern Integrations- und
- 10 Sprachkurse zugänglich sind.

Begründung

Afghanistan ist nicht sicher, dort herrschen Krieg, Unterdrückung, Korruption und Willkür, genau so unsicher also, wie z.B. Syrien. Zudem ist das Land komplett mit seinen Binnenflüchtlingen überlastet und bietet keinerlei Perspektiven, was auch durch das mit der BRD geschlossene Rückführungsabkommen keinen Deut besser wird! Speziell Rückkehrer bzw. Abgeschobene sind in Lebensgefahr.

Wir möchten stattdessen, dass in Schleswig-Holstein alle geflüchteten Menschen ein Recht darauf haben, Sprach- und Integrationskurse zu besuchen, ohne Ansehen der Nationalität! Nur so ist eine schnellstmögliche Integration zu schaffen.

Integration und ein rücksichtsvoller, wertschätzender Umgang miteinander sind gleichermaßen wichtig für die Geflüchteten und das aufnehmende Land, daher sollten wir Schleswig-Holsteiner hier weiter mit gutem Beispiel vorangehen!

Begründung der Dringlichkeit

Nach dem Anschlag in Masar-e-Scharif am 10.11.2016 zeigt sich noch einmal ganz klar, dass Afghanistan KEIN sicheres Land ist, nicht einmal in den als sicher eingestuft und unter militärischer "Aufsicht" stehenden Gebieten.

Daher und weil zur Zeit nach Abschluß der Abkommen mit Afghanistan vermehrt in dieses zutiefst unsichere Land abgeschoben wird, halten wir es für absolut unerlässlich, zu diesem Thema deutlich Stellung zu beziehen!

Die aus Afghanistan Geflüchteten verdienen die selbe Unterstützung wie alle anderen aus Kriegsgebieten geflüchteten Menschen und haben ein Anrecht auf ein faires Asylverfahren, dessen Ergebnisse NICHT von Abkommen zwischen Staaten beeinflusst sein dürfen!

Asyl ist ein Menschenrecht und seine Gewährung kann nicht durch Verträge außer Kraft gesetzt werden!

Unterstützer*innen

Uta Röpcke; Lasse Petersdotter; Anette Reinders; Wiebke Garling-Witt

V 1 Anträge

Antragsteller*in: Philipp Schmagold
Thema: Landtagswahlprogramm

Endlich noch bessere Seeluft für alle - Landstromanschlüsse jetzt!

- 1 Wir, Bündnis 90 / Die Grünen Schleswig-Holstein, fordern Landstromanschlüsse
- 2 insbesondere für unsere stark frequentierten Häfen Kiel, Lübeck und Flensburg.
- 3 Bisher setzt sich diese Technik nicht durch, weil die Stromversorgung der im Hafen
- 4 liegenden Schiffe mit schmutzigem Schiffstreibstoff billiger ist. Der
- 5 Schiffstreibstoff enthält bis zu 3,5% Schwefel und ist damit bis zu 3.500 mal so
- 6 schwefelhaltig wie LKW-Diesel. Daher werden wir neben finanziellen Zuschüssen des
- 7 Landes auch weitere Möglichkeiten prüfen und die besten davon umsetzen, um die
- 8 Einrichtung und Nutzung von Landstromanschlüssen zunächst in Kiel, Lübeck und
- 9 Flensburg insbesondere für Kreuzfahrtschiffe verbindlich zu machen.

- 10 Diese Maßnahmen sollten trotz der damit verbundenen Kosten schnellstmöglich,
- 11 zumindest aber in der Legislatur 2017-2022, umgesetzt werden, um das Zieldreieck
- 12 Umweltschutz, Klimaschutz und Lungenschutz im Bereich der Häfen bestmöglich zu
- 13 realisieren und die Anwohner*innen und Erholungssuchende nicht weiter unnötig zu
- 14 belasten.

Begründung

Kieler Hafen begräbt Pläne für Landstrom

Der Kieler Seehafen hat seine Pläne für Landstrom allerdings erstmal zu den Akten gelegt. Der Hafen müsste dafür Millionen investieren, sagt Hafensprecher Ulf Jahnke - die Nachfrage sei aber nicht da. Schließlich sei Landstrom für die Reeder deutlich teurer als Kraftstoff. Für das Umweltbundesamt kein schlagkräftiges Argument. "Der Hafen hätte es ja in der Hand, es zur Auflage zu machen: 'Wer in unserem Hafen liegen will, muss Landstrom nutzen'", sagt UBA-Experte Lars Mönch.

Quelle: NDR, 25.04.2016, Link:

<http://www.ndr.de/nachrichten/schleswig-holstein/Traumurlaub-auf-See-Albtraum-fuer-die-Luft,schiffsabgase110.html>

Unterstützer*innen

Dennis Mihlan; Hans-Jürgen Bethe

V 2 Anträge

Antragsteller*in: Philipp Schmagold
Thema: Landtagswahlprogramm

Förderprogramm Elektrobusse für unseren ÖPNV im ganzen Norden

- 1 Wir, Bündnis 90 / Die Grünen Schleswig-Holstein, werden uns für ein Förderprogramm
- 2 stark machen, mit dem jährlich mindestens 50 Elektrobusse für den ÖPNV mit bis zu
- 3 50% des Anschaffungspreises durch das Land Schleswig-Holstein gefördert werden.
- 4 Dieses Programm werden wir zunächst die kommenden 5 Jahre laufen lassen, wodurch
- 5 bis zu 250 Elektrobusse unsere gute Luft spürbar entlasten werden. Durch den
- 6 Entfall der Dieseltankung und die damit verbundenen Einsparungen rechnet sich
- 7 dieses Modell auch für die beteiligten ÖPNV-Dienstleister.

Begründung

Köln: Die Kölner Verkehrs-Betriebe (KVB) haben am 11.07.2014 den Kaufvertrag über acht Elektrobusse des Herstellers VDL Bus & Coach unterzeichnet. Die batteriebetriebenen, 18 Meter langen, Gelenkbusse werden im Sommer und Herbst 2015 geliefert und sollen dann auf der KVB-Linie 133 eingesetzt werden. Für den Erwerb der Busse, die Anpassung der Infrastruktur in der Buswerkstatt und die wissenschaftliche Beraterleistung wendet die KVB etwa sechs Millionen Euro auf, von denen ein Teil durch das Land Nordrhein-Westfalen gefördert werden wird. Die KVB ist eines der ersten Verkehrsunternehmen in Deutschland, die E-Mobilität im Betrieb einer gesamten Linie einführen. Und sie ist das erste Unternehmen, das batteriebetriebene Gelenkbusse einsetzt.

Die E-Busse bieten, genauso wie die konventionellen Gelenkbusse der KVB, den Fahrgästen 48 Sitz- und 110 Stehplätze. Sie besitzen drei Türen und sind durchgängig barrierefrei. Für den Fahrgast besteht kein Unterschied in der Nutzung der Busse. Im Stadtbild fallen VDL-Busse jedoch durch ihr typisches Außendesign auf, das sich von den Bussen anderer Hersteller unterscheidet.

E-Mobilität ist eine wesentliche Entwicklung im ÖPNV. Im Busbetrieb werden elektrische Antriebe zukünftig den Antrieb auf Dieselmotor ablösen. Hierfür bestehen verschiedene Gründe: Durch die weltweit steigende Nachfrage nach Kraftstoffen auf Rohölbasis steigt der Preis des Diesels kontinuierlich an. Im Jahr 2013 wendete die KVB durchschnittlich 1.095 Euro je 1.000 Liter Diesel auf. In 2005 waren es noch durchschnittlich 850 Euro, im Jahr 2010 950 Euro. Ziel der KVB ist es, die Verkehrsleistung von der Dieselpreis-Entwicklung zu entkoppeln, um noch wirtschaftlicher arbeiten zu können. Zudem erwartet die KVB sinkende Instandhaltungskosten ihrer Busflotte, da bei

vollelektrischen Antrieben zum Beispiel die aufwändige Wartung der Technik zur Abgasnachbehandlung entfällt. Des Weiteren ist E-Mobilität im Busverkehr ein wesentlicher Lösungsansatz für die Aufgaben des Klima- und Umweltschutzes. (...)

Quelle: <http://www.omnibusvertrieb-ost.de/testberichte/KVBerwirbt8E-Busse.pdf>

V 3 Anträge

Antragsteller*in: Philipp Schmagold
Thema: Landtagswahlprogramm

Fischerei ohne Grundschieppnetze und Stellnetze

- 1 Wir, Bündnis 90 / Die Grünen Schleswig-Holstein stellen fest:
- 2 Das Fischen mit Grundschieppnetzen und Stellnetzen sollte mittelfristig nicht mehr
- 3 erlaubt werden.
- 4 Zunächst und dringend schon kurzfristig muss diese schädliche Art des Fischfangs in
- 5 den ufernahen Flachwasserbereichen der Ostsee bis zu einem Abstand von 3.000m (rund
- 6 1,6 Seemeilen) zur Küste und in mindestens 11 der Tidebecken der Nordsee
- 7 eingestellt werden, damit sich dort die Fischbestände und der Meeresboden erholen
- 8 können.
- 9 Ein Kurswechsel ist dringend notwendig, weil die Grundschieppnetzfisherei den
- 10 Meeresboden mit allen dortigen Pflanzen und Tieren in regelmäßigen Abständen
- 11 abrasiert und dadurch ökologisch runiniert, selbst im Nationalpark Wattenmeer. In
- 12 langen Stellnetzen zum Fang von Kabeljau und Plattfischen verfangen sich auch in
- 13 der Ostsee Schweinswale und Seevögel, die diese Fische jagen. Schweinswale
- 14 ersticken und Vögel ertrinken dadurch. Wirtschaftliche Härten für die betroffenen
- 15 regionalen Fischer sollten finanziell in Form von Umstiegs-und/oder Ausstiegshilfen
- 16 aufgefangen werden.

Begründung

„Das Bundesumweltministerium argumentiert so: Mit teils tonnenschweren Grundschieppnetzen werde der Meeresboden bis zu 20 Mal im Jahr umgepflügt, um Fische aufzuscheuchen und im Netz zu fangen. Darunter litten Muscheln, Schnecken und Seeigel, das Meeresökosystem werde dauerhaft geschädigt. In langen Stellnetzen zum Fang von Kabeljau und Plattfischen wiederum verfangen sich Schweinswale und Seevögel, die diese Fische jagen. Schweinswale ersticken und Vögel ertrinken.“ Quelle: <http://www.shz.de/regionales/schleswig-holstein/fangverbot-plaene-in-der-nordsee-robot-habeck-will-krabbenfischern-helfen-id13082206.html>

„NABU fordert naturverträglichere Fangmethoden

Stellnetze: Gefahr für Seevögel und Meeressäugtiere“ Quelle: <https://schleswig-holstein.nabu.de/natur-und-landschaft/aktionen-und-projekte/stellnetzfisherei>

„Grundschieppnetze

Für den Fang von Plattfischen und Krebsen werden Grundschieppnetze eingesetzt. Hierbei pflügen schwere Ketten und Balken (Baumkurren) über den Meeresgrund und scheuchen die Fische auf. Die fliehenden Fische werden von einem trichterförmigen Netz "eingesammelt", das sich hinter den Ketten befindend. Diese Fangmethode hinterlässt große Schäden am Meeresboden und hat einen hohen Anteil an Beifang. Besonders große Schäden richtet diese Fangmethode an Riffen aus. Das Ausmaß der Zerstörungen ist abhängig von der Häufigkeit der Befischung und dem Gewicht der Baumkurren. Manche Meeresgebiete der Nordsee werden jährlich bis zu 20mal regelrecht umgepflügt. Der BUND fordert daher ein grundsätzliches Verbot von Grundschieppnetzen.“

Quelle:

http://www.bund.net/themen_und_projekte/meeresschutz/belastungen/fischerei/fangmeth-oden/

Unterstützer*innen

Dennis Mihlan; Sven Radestock; Hans-Jürgen Bethe

V 4 Anträge

Antragsteller*in: Dennis Mihlan (KV Plön)

Naturschutzflächen bewahren – keine Ausnahmeregelungen für den Bau von Flüchtlingsunterkünften auf Naturschutzflächen

- 1 Wir, Bündnis 90/Die Grünen in Schleswig-Holstein nehmen die Vereinbarungen und
- 2 Zielsetzungen des Flüchtlingspaktes für Schleswig-Holstein beim Wort: Die Verteilung
- 3 von Geflüchteten innerhalb der Kreise in den kreisangehörigen Bereich soll
- 4 gesteuert erfolgen, indem sie primär an den örtlichen Gegebenheiten und Bedarfen
- 5 ausgerichtet und nicht wie bislang vorrangig anhand des Einwohnerschlüssels
- 6 berechnet wird.

- 7 Wenn dringend benötigte Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete in einer Kommune
- 8 auch unter Anwendung der Sonderregelungen der Absätze 8 bis 13 des § 246
- 9 Baugesetzbuch (BauGB) nicht rechtzeitig errichtet werden können, muss das Land
- 10 Schleswig-Holstein regulatorisch in den geltenden Verteilschlüssel eingreifen. In
- 11 diesen Fällen muss zwingend eine anderweitige Unterbringung im zuständigen Kreis
- 12 geprüft werden. Ist auch diese Prüfung nicht erfolgreich ist landesweit zu prüfen.

- 13 Wir müssen zudem klare programmatische Signale senden, dass der Eingriff in Flächen
- 14 des Naturschutzes und/oder der Landschaftspflege keine Lösung für die
- 15 vermeintlichen Probleme der Unterbringung Geflüchteter sein kann. Vielmehr müssen
- 16 wir darauf hinwirken, dass die Unterbringung von Flüchtlingen und anderen
- 17 Asylsuchenden in lebendigen Quartieren und Gemeinschaften erfolgt. So funktioniert
- 18 Integration besser als auf der grünen Wiese und wir wirken weiteren Eingriffen in
- 19 unsere schützenswerte Natur entgegen.

Begründung

Einführung

Die Zahl der Asylsuchenden ist im Vergleich zum Höhepunkt im Jahr 2015 deutlich zurückgegangen, der Zuzug von Geflüchteten hält aber nach wie vor an. Wie sich die Lage angesichts der andauernden Konflikte und der Perspektivlosigkeit vor allem in Staaten des Nahen Ostens und in Afrika weiter entwickelt ist schwer vorauszusagen. Die Menschen, die unser Land nach ihrer Flucht erreichen, brauchen unsere Hilfe und Unterstützung und sie brauchen vernünftige, menschenwürdige Unterkünfte, im Idealfall in intakten, gemischten Quartieren – nur so kann Integration auf beiden Seiten gelingen.

Was wir **alle** brauchen ist eine intakte Natur. Diese gilt es zu schützen und zu bewahren, so dass die natürliche Lebensgrundlage für Menschen, Tiere und Pflanzen dauerhaft erhalten bleibt.

Problemdarstellung/Begründung

Durch die mit Artikel 6 des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes vollzogene Änderung des Baugesetzbuches (BauGB), insbesondere des § 246 BauGB, ist es nunmehr möglich, in bestimmten Fällen von den Regelungen des Baugesetzbuches abzuweichen. Im speziellen sehen die Sonderregelungen für Flüchtlingsunterkünfte vor, dass, wenn dringend benötigte Unterkunftsmöglichkeiten im Gebiet einer Gemeinde nicht oder nicht rechtzeitig hergestellt werden können, diese gem. § 246 (14) BauGB auch auf Naturschutzflächen und auf Flächen der Landschaftspflege errichtet werden können. Die im Baugesetzbuch definierten Vorschriften zum Umweltschutz und die Verweise auf das

Bundesnaturschutzgesetz (BNatSchG) wie zum Beispiel die Berücksichtigung der Auswirkungen auf Tiere, Pflanzen, Boden, Wasser, Luft, Klima und die biologische Vielfalt (Biodiversität) werden ausgehebelt und die Entscheidung per Gesetz auf die zuständige höhere Verwaltungsbehörde delegiert. Dieses ist für die allermeisten Kommunen in Schleswig-Holstein der entsprechende Landkreis. In der Regel sollte dort die gewöhnlich damit befasste Untere Naturschutzbehörde (UNB) zuständig sein, qua Amt hat aber die entsprechende Landrätin bzw. der entsprechende Landrat als oberste Kommunalbeamtin bzw. oberster Kommunalbeamter und vorgesetztes Organ der UNB das letzte Wort – auch gegen ein eventuell anders lautendes Votum der Fachleute der UNB.

Der Bau von Unterkünften auf Naturschutzflächen stellt einen irreparablen Schaden an den betroffenen Flächen dar. Auch die gesetzlich verankerte Verpflichtung zum Rückbau eben solcher Unterkünfte, auch in „mobiler“ Herstellungsweise, kann den angerichteten Schaden nicht wieder beheben. Gewachsene Natur lässt sich nicht einfach durch das Verfüllen einer Baugrube und ein paar Anpflanzungen wieder in den Ursprungszustand zurück versetzen, einmal zerstörte Natur ist auf lange Zeit für den Naturhaushalt verloren. Zudem ist absehbar, dass sich Lärm- und Lichtemissionen nachteilig auf die Fauna im gesamten Schutzbereich auswirken. Temporäre Entlassungen aus dem Naturschutz können nicht die Lösung für eine vermeintliche Flächenknappheit sein. In der Regel sind ausreichend Flächen für Flüchtlingsunterkünfte in bereits ausgewiesenen oder geplanten Baugebieten vorhanden oder durch Nachverdichtung oder Nutzungsänderungen im Innenbereich zu erschließen. Hier eröffnen die neuen Erleichterungen im Bauplanungsrecht eine Vielzahl an Möglichkeiten und vergrößern den Handlungsspielraum der Kommunen gewaltig. Dort könnte nachhaltiger Wohnungsbau erfolgen und die i. d. R. öffentlichen Gelder wären zukunftsorientiert investiert. Alternativ könnten so erschlossene Flächen im Innenbereich nach der Nutzung als Unterkunft für Geflüchtete rentabel veräußert werden.

Außerdem, und darauf zielt dieser Antrag ebenfalls ab, ist es fraglich in wieweit der Schutzstatus einer Fläche nach so einer Maßnahme überhaupt noch gegeben ist und ob dann nicht die Unterbringung von Flüchtlingen als Einfallstor für die Erschließung und den Bau auf Naturschutzflächen dient. Viele Flächen, auf denen die Bebauung nach geltender Gesetzeslage nun möglich wäre, sind besonders attraktiv und schon lange im Fokus von Gemeinden und Investoren. Die Problematik rund um die Unterbringung von Geflüchteten darf nicht der Türöffner für den Zugriff auf bisher nicht erschließbare Flächen sein.

Der Begriff Naturschutzfläche ist gewollt so weit gefasst, da es explizit nicht nur um Areale innerhalb von Naturschutzgebieten (NSG) gem. Bundesnaturschutzgesetz geht, sondern auch um sonstige Flächen des Naturschutzes wie zum Beispiel (gesetzlich geschützte) Biotopverbundsysteme, besonders geschützte Landschaftsteile, Reservate und Pufferzonen zu Schutzgebieten sowie Flächen der Landschaftspflege (LSG) in denen entsprechende Eingriffe im Normalfall regelmäßig durch die UNB versagt werden.

Unterstützer*innen

Susanne Elbert (KV Plön), Dr. Ulrich Markmann-Mulisch (KV Plön), Monika Petermann (KV Plön), Gerd Dreßler (KV Plön), Regina Jaeger (KV Plön)